KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 208 März / April 2020 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 208 März/April 2020

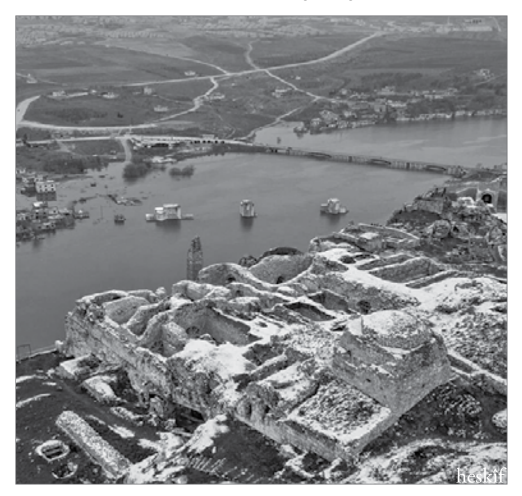




Seit August 2019 ist Abdullah Öcalan erneut totalisoliert. Zum 15. Februar gingen die Menschen an vielen Orten für seine Freiheit auf die Straße.



Durch den anhaltenden Krieg des NATO-Mitglieds Türkei gegen Nordsyrien ist die Zahl der Binnenflüchtlinge auf weit über 300.000 Menschen gestiegen.



Ökologischer Zerstörungswahn in der Türkei und Nordkurdistan erreicht neue Dimension. Das Wasser des Ilısu-Stausees hat Hasankeyf erreicht.

Liebe Leserinnen und Leser,

der Eintritt in die neue Dekade war in Hinsicht auf die Gewaltspirale im Nahen Osten ein nahtloser Übergang. Die gezielte Tötung des einflussreichen iranischen Generals Qasem Soleimani im Irak erschütterte die ganze Region. Der US-amerikanisch-israelische »Jahrhundertplan« für Nahost hat nochmals klar vor Augen geführt, dass weder die regionalen noch die internationalen Kräfte ein Lösungskonzept für die umfassenden Probleme im Nahen Osten haben. Dasselbe gilt auch für die Annäherung an die kurdische Frage, die der kurdische Vordenker Abdullah Öcalan mit einem gordischen Knoten vergleicht und wie folgt treffend zum Ausdruck bringt: »Wenn in Kurdistan die nationalistisch-etatistische Strömung die Oberhand gewinnt, entsteht nicht nur ein neuer Israel-Palästina-Konflikt, sondern gleich vier davon.«

Die kurdische Freiheitsbewegung plädiert weiterhin dafür, dass die Probleme in der Region weder durch Nationalismus, Konfessionalismus und den Sexismus des patriarchalen Systems noch durch die kapitalistische Moderne gelöst werden können. Die oft verwandte Parole »Freiheit für Kurdistan« interpretiert die kurdische Bewegung also konkret als Demokratisierung des Nahen Ostens und Offenheit der jeweiligen Staaten für eine demokratische Selbstverwaltung in Kurdistan. In diesem Sinne kann man sagen, dass die Lösung der kurdischen Frage als eine Art »demokratischer Katalysator« für die gesamte Region wirken könnte.

Nach einem Winter, der in Kurdistan durch einen Angriffskrieg der Türkei auf Rojava begann und das Ziel verfolgte, die Insel der Hoffnung zu ersticken, sind es nun die Gesellschaften, die zu Frühlingsanfang ihre Stimme für Demokratie, Frauenbefreiung und Ökologie erheben werden. Der internationale Frauentag und das Newroz-Fest im März werden in diesem Sinne ein Ausdruck der Verbundenheit der kurdischen Gesellschaft und ihrer Freundinnen und Freunde mit dem Projekt des demokratischen Konföderalismus und der Frauenrevolution in Kurdistan sein.

Die internationale Konferenz »Die kapitalistische Moderne IV herausfordern: Wir wollen unsere Welt zurück – Autonome Bildung und Organisierung« am Osterwochenende vom 10. bis 12. April 2020 in Hamburg wird hierbei eine gute Gelegenheit bieten, sich über alternative Konzepte auszutauschen und voneinander zu lernen. Wir würden uns jedenfalls freuen, Euch dort anzutreffen.

Im Kontext der Kriminalisierungspolitik der deutschen Bundesregierung gegenüber kurdischen Aktivist*innen und Organisationen gewinnt diese Konferenz an besonderer Bedeutung. Denn während die deutschen Behörden sich krampfhaft an ihre »Öcalan-Phobie« klammern und die Isolation auf der Gefängnisinsel Imralı versuchen auch in Deutschland aufrechtzuerhalten, bringt das freiheitliche gesellschaftliche Denken der Philosophie Öcalans längst unzählige Menschen der Revolution in Kurdistan näher.

In diesem Sinne wünschen wir einen starken 8. März und ein erfolgreiches Newroz,

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung

Gesellschaftliche Organisierung jenseits von Machtstrukturen als Alternative zum kapitalistischen Staatssystem

Songül Karabulut

Das Jahr 2019 war gekennzeichnet von Kriegen und Widerständen, und schon jetzt ist klar, dass 2020 noch ereignisreicher werden wird.

Nur drei Tage nach Silvester wurde der Kommandant der iranischen Revolutionsgarde Qasem Soleimani in Bagdad durch die USA ermordet und Ende Januar veröffentlichte Trump seinen »Friedensplan des Jahrhunderts« für den Nahostkonflikt. Während die Türkei in Nordostsyrien weitere Gebiete besetzt und momentan um Idlib ringt, ließ Erdoğan am 2. Januar das Mandat für einen türkischen Militäreinsatz in Libyen durch das türkische Parlament absegnen und schickte Kämpfer, die in seinem Namen im Libyenkonflikt mitmischen. Nacheinander finden Libyenkonferenzen mal in Istanbul unter Putin und Erdoğan, dann in Berlin unter Merkel, dann in Genf unter UNO-Ausrichtung statt, alle ohne nennenswerte Erfolge. Das syrische Regime weitet seine Macht im Land aus und geht gegenwärtig trotz Widerstand und Kritik in Idlib gegen bewaffnete Milizen vor. Dabei kommt es zu militärischen Zusammenstößen zwischen der Türkei und dem syrischen Regime. Wendet sich das Blatt für die Türkei in Syrien endgültig?

Veränderung der Weltordnung

Zweifellos sind die Ereignisse nicht nur auf diejenigen im Mittleren Osten begrenzt, auch die Welt durchzieht ein Wirbelwind. In lateinamerikanischen Ländern häufen sich die Proteste gegen Polizeigewalt, soziale Ungleichheit, autokratische Führung und Manipulation sowie Korruption. Die EU verändert sich durch den Austritt Großbritanniens und EU-Staaten haben sowohl mit ökonomischen Krisen als auch mit dem Erstarken von rechten Parteien zu kämpfen. Klimaproteste und Frauenaufstände schmücken das Straßenbild. Die USA erklären China wirtschaftlich den Krieg, indem sie die eigene Tür vor der Konkurrenz versperren. Neben den politischen Entwicklungen bestimmen auch Naturereignisse und Krankheiten wie die Waldbrände in Australien oder der Coronavirus die Tagesordnung.

Es ist kaum möglich, die Entwicklungen anhand tagespolitischer Ereignisse zu erfassen, wenn die strategische Triebkraft hinter all diesen Veränderungen unberücksichtigt bleibt.

Bevor wir uns den aktuellen Entwicklungen widmen und sie einzuordnen versuchen, wäre es vielleicht sinnvoll, einige Eckpunkte in Erinnerung zu rufen:

Wir haben es mit einer Systemkrise zu tun und mit dem Versuch des kapitalistischen Systems, mit militärischen, politischen, ökonomischen und psychologischen Mitteln ein seinen Interessen entsprechendes neues politisches System zu errichten. Auch wenn die Neue Weltordnung mit der Neuordnung des Mittleren Ostens zementiert wird, so handelt es sich keineswegs nur um einen regionalen Konflikt. Die Veränderung der Weltordnung, angeführt von der Hegemonialmacht des Kapitalismus, den USA, in Form eines neuen Weltkriegs, des Dritten Weltkriegs, wird gegenwärtig mit voller Gewalt und Zerstörung in der Region ausgetragen. Dieses Vorhaben stößt auf Widerstand. So leisten z. B. die regionalen Nationalstaaten mit ihren Regimen, die im 20. Jahrhundert mit der Unterstützung des Westens an die Macht gebracht und dort gehalten wurden und heute für den Status quo eintreten, Widerstand, weil sie nun einer nach dem anderen entmachtet werden. Diese regionalen Regime haben in den Augen des Kapitalismus ihre Schuldigkeit getan und stellen nunmehr ein zu überwindendes Hindernis dar.

Dann gibt es die Bevölkerungs- und gesellschaftlichen Gruppen, die Massen, die sowohl unter dem Kapitalismus als auch unter ihren Regierungen ihres Atems beraubt wurden, unterdrückt und ausgebeutet werden, die jetzt für ihre Interessen und Rechte eintreten und die Straßen füllen.

Drang nach Machtakkumulation

Dass wir es mit einer Systemveränderung zu tun haben, macht sich nicht nur aufgrund der entmachteten Regime bemerkbar, sondern auch dadurch, dass alle internationalen Institutionen, Organisationen und »Werte« sowie politische und diplomatische Gepflogenheiten sich verändern und ihre ursprüngliche Bedeutung verlieren. Seit dem Kosovokrieg 1999 haben die UN ein ernsthaftes Identitätsproblem, sie sind viel mehr Schein als Sein. Nicht klar definierbar ist auch die NATO, die eigentlich durch den Zerfall der UdSSR ihre Existenzgrundlage verloren hat. Nicht zufällig erklärte Macron sie für hirntot. Auch die EU steckt in einem Umwandlungsprozess, vor allem nach dem Austritt Großbritanniens. Wer spricht heute noch vom Kriegsrecht oder dem internationalen Völkerrecht? Das alles waren Institutionen und »Werte« des 20. Jahrhunderts. Diese Veränderungen werden auch bestehende Grenzen berühren und die Entstehung neuer Strukturen und Institutionen sowie Gepflogenheiten mit sich bringen.

Die kapitalistische Moderne mit ihrer 5000-jährigen Machtgeschichte veränderte sich und nahm neue ökonomische und politische Formen an, ohne ihren grundsätzlichen Charakter wirklich zu ändern. Als die Form der »Führung« an ihre Grenzen stieß, wurden Restaurationen vorgenommen, um ihre Lebenszeit verlängern zu können. Unverändert bleibt der Drang nach Machtakkumulation, was wiederum Ausbeutung und Unterdrückung bedeutet. Jedes Mal, wenn sie an ihre Grenzen gelangt – wie es seit einigen Jahrzehnten erneut der Fall ist –, versucht sie durch Reorganisation ihre Schale abzulegen, wie eine Schlange, die sich häutet. Die Erschließung neuer Gebiete, Rohstoffe, Arbeitskraftreservoire, technischer Neuerungen dient zur Gewährleistung des Akkumulationszwangs. Das wiederum bedeutet mehr Ausbeutung, mehr Unterdrückung, mehr Krise und Chaos, Krieg, Armut, Flucht, Umweltzerstörung. Diese Situation ist vergleichbar mit dem Schneeballeffekt – der wird beim Rollen im Schnee immer größer und unberechenbarer. Der Druck auf die Menschen und auf die Umwelt wird immer unerträglicher und stärker. Wir stecken gegenwärtig in dieser Phase, in der die kapitalistische Moderne die Welt gemäß den eigenen Interessen neu zu ordnen versucht.

Gesellschaftliche Organisierung jenseits von Machtstrukturen

Gegen das System der kapitalistischen Moderne gibt es nur einen wahren Gegner und eine wahre Alternative. Und zwar die gesellschaftliche Organisierung jenseits von Machtstrukturen, mit ihrer eigenen ungeschriebenen Ethik, mit ihren eigenen Organisierungsstrukturen, mit ihren eigenen Werten, ihrer Kollektivität und Solidarität. Den Kern dieser



Zehntausende Menschen demonstrierten am 21. Jahrestag der Verschleppung von Abdullah Öcalan in Straßburg und forderten ein Ende der Isolation sowie die Freilassung des Friedenspolitikers. Foto: anf



Die kapitalistische Moderne war zu keiner Zeit dermaßen demaskiert. Die Menschen erkennen, dass dieses System die Ursache für all die Probleme ist und nicht imstande, Lösungen zu entwickeln. Die Suche nach einer Lösung bzw. einer Alternative wird intensiver. Frauen werden in diesem Jahrhundert eine führende Rolle spielen. Foto: KR

Gesellschaftlichkeit vertritt in erster Linie die Gruppe der Frauen. Die kapitalistische Moderne wurde auf der Grundlage der Unterwerfung des Frauengeschlechts errichtet und ist seitdem strukturell patriarchal. Die Frauen sind am stärksten von diesem Machtsystem ausgegrenzt und ausgebeutet. Dann gibt es noch die infolge dieses Machtsystems entrechteten und unterdrückten Volksgruppen, die das aber nicht hinnehmen, wie z. B. das kurdische oder das palästinensische Volk. Jede organisierte Kraft, die das System infrage stellt, ist strategische Gegnerin der kapitalistischen Moderne. Vor diesem Hintergrund können wir sagen, dass strategische Gegnerin der kapitalistischen Moderne die ethisch-politische Gesellschaft ist, darin in erster Linie die Frauen. Die Gesellschaftlichkeit ist im Mittleren Osten noch immer stark, trotzt den Einflüssen des Kapitalismus mit seiner liberalen Ideologie. Dass der Dritte Weltkrieg im Mittleren Osten entfacht wurde, ist vor diesem Hintergrund kein Zufall. Die Gesellschaftlichkeit des Mittleren Ostens ist eines der Hauptangriffsziele dieses Krieges. Eine Neue Weltordnung auf dem Boden der totalen Eroberung der Region durch den Kapitalismus kann nur erfolgen, wenn die Gesellschaftlichkeit zerschlagen ist und die Region mitsamt ihren Menschen und Idealen sowie materiellen Ressourcen der Ausbeutung zur Verfügung steht. Es ist ein Krieg der materiellen Zivilisation des Westens gegen die moralische Zivilisation des Ostens. Der AKP kommt hier die Rolle des trojanischen Pferdes zu. Dazu gleich mehr. Vor diesem Hintergrund können wir sagen, dass der gegenwärtige Dritte Weltkrieg strategisch gesehen zwischen der kapitalistischen Moderne und der demokratischen Moderne (den ethisch-politischen Gesellschaften) stattfindet.

In diesem Krieg wird zudem ein Kampf um die Hegemonie geführt, was wiederum als Machtkampf unter den Kräften der kapitalistischen Moderne gewertet werden kann. Die USA versuchen sich als Hegemonialmacht zu behaupten, während andere Mächte ihren Einfluss und ihre Macht ausweiten und mit den USA konkurrieren wollen. Russland und China sind hier zu erwähnen. Auch Regionalstaaten ringen um die regionale Hegemonie, wie z. B. die Türkei oder Iran. Während alle Staaten der kapitalistischen Moderne gegen die strategische Gegnerin, die demokratische Moderne, das System verteidigen, kämpfen sie in der Frage von Macht und Einfluss gegeneinander. So ist ersichtlich, dass die Staaten sowohl gegeneinander kämpfen als auch miteinander agieren.

Die Staaten müssen sowohl auf globaler Ebene militärisch, politisch, ökonomisch agieren als auch innenpolitisch die eigene Bevölkerung im Zaum halten.

Die Staaten versuchen die Reaktionen der eigenen Bevölkerung, die von der Krise militärisch, politisch, wirtschaftlich und psychologisch betroffen ist, zu kontrollieren. Einige ver-

suchen es mit diktatorisch-faschistischer Führung und mit Gewalt und Autorität, andere durch ideologisches Gift wie Nationalismus, Sexismus oder religiösen Fanatismus, und noch beliebter und verbreiteter wie in Europa und Lateinamerika ist es, mit dem Aufkommen rechtspopulistisch-faschistischer Parteien die Bevölkerung dazu zu bringen, das alte System zu verteidigen (die »Wahl zwischen Pest und Cholera«), anstatt sich gänzlich vom System abzuwenden und nach Alternativen zu suchen.

Eine kurze Chronologie des Dritten Weltkriegs

Ein erstes Anzeichen für den Dritten Weltkrieg nach dem Zerfall des Realsozialismus war 1990 der Golfkrieg. Nach der militärischen Intervention Saddam Husseins in Kuwait begannen die USA mit der militärischen Einmischung ihre Vorbereitungen zu treffen. Saddams Einfluss wurde auf Bagdad begrenzt und es wurden die Grundsteine für die Dreiteilung Iraks gelegt. Mit dem Oslo-Friedensprozess 1993 wurde der palästinensische Widerstand geschwächt. Und letztlich wurde mit der Unterstützung Tansu Çillers [türkische Ministerpräsidentin 1993-1996] der totale Krieg gegen die kurdische Befreiungsbewegung PKK begonnen mit dem Ziel, sie im Keim zu ersticken und zu verhindern, dass sie sich Richtung Südkurdistan (Nordirak) ausweitet. Saddam hätte ohne Weiteres 1990 entmachtet werden können, aber die Bedingungen waren noch nicht reif, so dass damit gewartet wurde, bis es so weit war. Ohne diese Vorkehrungen hätte eine Entmachtung Saddams 1990 dazu führen können, dass das Machtvakuum von aktiv kämpfenden Völkern ausgefüllt worden wäre. Während der Vorbereitungen für einen aktiven Eingriff in den Mittleren Osten wurden zeitgleich auch der Balkan, der Kaukasus, Afrika, Asien und Lateinamerika, die angelehnt an den Realsozialismus gegen den globalen Kapitalismus eingestellt waren, ins System zu integrieren versucht.

Die zweite Phase begann mit den Anschlägen vom 11. September 2001. Sie wurden dazu benutzt, militärisch gegen Afghanistan (Taliban) und Irak (Saddam Hussein) vorzugehen. Die Handlungskraft der PKK wurde mit dem internationalen Komplott 1998 und später durch die Spaltungsversuche 2003 ziemlich minimiert, so dass sie als »ungefährlich« galt, als Irak zerfiel. An ihrer Stelle wurde in Nordirak mit systemkonformen Kurden quasi ein »Kurdenstaat« gegründet.

Die dritte Phase begann 2010 mit dem sogenannten Arabischen Frühling. Tunesien, Ägypten, Jemen, Libyen und zuletzt Syrien – die Volksaufstände wurden dazu benutzt, die Bürgerkriegsländer zu steuern, um die Veränderung nach eigenen Interessen zu gestalten.

Als vierte Phase können wir die Zeit nach der Befreiung Raqqas, d. h. nach dem Sieg über Daesch (den »Islamischen Staat«, IS) nennen. Die USA versuchten die Errungenschaften des Kampfes gegen den IS für sich zu reklamieren und adressierten neue Gegner. Das sind jetzt zweifellos Iran und die Kurden, die nach den Paradigmen Abdullah Öcalans handeln. Sehen wir uns kurz in Stichpunkten an, was nach Raqqa passiert ist: Kerkûk, Besetzung Efrîns, Serê Kaniyê, Girê Spî, Angriffe auf al-Haschd asch-Schaabi, 2018 Embargo gegen Iran, bürgerkriegsähnliche Entwicklungen in Irak und Iran, US-Kopfgeld auf drei hochrangige PKK-Führungsmitglieder.

Die USA wollen verhindern, dass die PKK den Krieg zwischen den USA und Iran zur Erweiterung ihres Einflusses und ihrer Stärkung nutzt wie damals beim Angriff auf Irak. Daher ist eine Zunahme der Angriffe zu erwarten.

Das ist auch der Grund, warum die Türkei trotz Differenzen unterstützt wird. Sie wird so lange unterstützt werden, wie eine Keule gegen die Kurden benötigt wird.

Stellvertreterkrieg in Syrien und Irak

Nach diesen Grundkonstanten und dem kurzen historischen Background widmen wir uns nun den politischen Entwicklungen und versuchen sie einzuordnen.

Nach den Anschlägen am 11. September 2001 erklärte der damalige US-Präsident Bush u. a. Iran zur »Achse des Bösen« gehörig. 2017 unterstrich Trump das erneut und verstärkte 2018 die Sanktionen. Iran hat seinen Einfluss in Irak und Syrien sehr ausgeweitet. Die von ihm ins Leben gerufenen Haschd-asch-Schaabi-Kräfte sind aktiv und wirksam. Daher läuft seit längerem der Krieg zwischen den USA und Iran in Form eines Stellvertreterkriegs in Syrien und Irak.

Das änderte sich damit, dass am 3. Januar auf Trumps Befehl der Kommandeur der iranischen Revolutionsgarden Qasem Soleimani am Bagdader Flughafen mit einer US-Rakete getötet wurde. Soleimani hatte die iranischen Auslandseinsätze in der Region koordiniert. Iran konnte seinen Einfluss in Syrien und Irak ausweiten. Zuvor war der Krieg zwischen den USA und Iran konkret im Irak zu beobachten gewesen. Während der Druck zunahm, die irannahe Regierung zum Rücktritt zu bewegen, setzte Iran schiitische Kräfte im Land gegen die USA ein und forderte deren Abzug. Über Monate hinweg hielten in Bagdad und anderen Gebieten (überwiegend schiitischen Städten) Massenaufstände an und es kam zu Angriffen auf die US-Botschaft in Bagdad *[siehe dazu das Interview mit Sait Ervan in der letzten Ausgabe]*. Wenn auch nach dem Anschlag auf Soleimani die erwartete militärische Eskalation zwischen den

USA und Iran ausblieb, heißt das in keinster Weise, dass der Konflikt beigelegt wäre. Die Lunte ist entzündet. Angesichts der Äußerungen auf beiden Seiten können wir sagen, dass beide einen direkten Krieg verhindern wollen. Iran reagierte auf die Ermordung mit Vergeltungsdrohungen und nicht mit der Entfesselung des offenen Krieges. Es scheint, dass die USA Irans Einfluss in der Region zu brechen versuchen werden, ihn eindämmen wollen, so dass er keine Bedrohung mehr für Israel darstellt. Vor diesem Hintergrund werden sie ihre Aktivitäten von Syrien mehr in Richtung Irak verlagern. Iran soll auf sein Kernland begrenzt und zu Zugeständnissen bewegt werden. Vor diesem Hintergrund sind in der Region von beiden Seiten militärische Aktivitäten gegeneinander außerhalb Irans und der USA zu erwarten. Des Weiteren werden die USA wirtschaftlich und psychologisch gegen Iran agieren.

Zwar hat dieser Anschlag Iran nach außen geschadet, innenpolitisch aber eher genützt. Der bestehende und aktive Unmut der Bevölkerung gegen das Regime konnte mithilfe des US-Angriffs mit »Feindrhetorik und Nationalismus« zum Schweigen gebracht werden. Aber lange kann sich Iran den legitimen Forderungen der Bevölkerung nicht verschließen. Er könnte einer Intervention von außen entkommen, wenn er sich ernsthaft mit den Problemen befasst, wenn er unter Einbeziehung der unterschiedlichen ethnischen und religiösen Bevölkerungsgruppen sowie der Frauen nachhaltige Lösungen entwickelt. Aber wie bei allen anderen Herrschenden ist diese Option unwahrscheinlich. Entweder wird das Land mit begrenzter Gewalt, ökonomischem und politischem Druck durch Zugeständnisse in das System der Neuen Weltordnung integriert oder ebenfalls mit einem direkten Krieg konfrontiert werden.

Iran hat sich bislang erfolgreich aus dem Brennpunkt halten können, indem er Konfrontationen außerhalb des Landes ausgetragen hat. Das ist auch der Grund, warum er erneut in Idlib aktiv ist und sich in der Idlib-Frage als Vermittler zwischen der Türkei und dem syrischen Regime angeboten hat. Iran hat kein Interesse daran, dass solche Konflikte beigelegt sind.

Iran und die Türkei rivalisieren um die regionale Hegemonie. Während Iran seine Macht auf die schiitische Präsenz stützt, setzt die Türkei auf die sunnitische. Trotz historischer tiefer Differenzen haben beide des Öfteren bewiesen, dass sie diese ignorieren können, wenn es um die Bekämpfung der Kurden geht.

Die Entwicklungen in Irak werden sich an die iranische Politik anlehnen. Die Proteste halten an und eine Lösung scheint nicht in Sicht. Durch den US-Anschlag wurden die schiitischen Kräfte in Irak in Unruhe versetzt und die südkurdischen politischen Kräfte wollen weder die USA noch Iran gegen sich aufbringen. Sie haben Angst, vor die Wahl gestellt zu werden. Sie setzten daher auf eine ausbalancierte Politik. Aber dass Iran für seine Vergeltung US-Stützpunkte in Hewlêr ausgesucht hat, zeigt, dass es nicht einfach sein wird. Außerdem besagen Gerüchte, die Demokratische Partei Kurdistans PDK sei in den Tod Soleimanis verwickelt; diese Ungewissheit kann neue Krisen provozieren.

Es ist auch nicht unwahrscheinlich, dass die Türkei im Zuge ihrer neoosmanischen Hegemonialpolitik ein militärisches Besatzungsabenteuer in Südkurdistan beginnt. Entgegen anderslautenden Äußerungen Nêçîrvan Barzanîs (des Präsidenten der Autonomen Region), der den Besatzungskrieg der Türkei in Rojava mit derselben Argumentation wie die Türkei selbst legitimierte, hat die Bevölkerung die von der Türkei ausgehende Gefahr als gegen alle Kurden gerichtet wahrgenommen. Viele Menschen äußerten, die Türkei würde sich nach einem Erfolg in Syrien Irak zuwenden und ihr Territorium besetzen. Das Misstrauen der Bevölkerung wird in Form von Protesten und Kampagnen gegen die Türkei immer sichtbarer. So wurde zum ersten Mal in Südkurdistan ein sehr effektiver Boykott gegen türkische Waren durchgeführt. Neben dem wirtschaftlichen Schaden für die Türkei hat sie eine darüber hinausreichende Bedeutung.

Die Ausbeutung Libyens und die Türkei

Ein weiterer ungelöster und sich immer weiter verschärfender Konfliktherd ist Libyen. Am 18. März 2011 wurde das Land von den USA, Frankreich und Großbritannien nach UN-Sicherheitsratsbeschluss aus der Luft angegriffen. Am 22. August 2011 schließlich wurde Muammar al-Gaddafi entmachtet und seitdem befindet sich das Land im Bürgerkrieg. Nach den Wahlen 2014 ist es zwischen den Truppen und Milizen der Übergangsregierung von Fayiz as-Sarradsch (GNA) und des Militärmachthabers Ostlibyens, Chalifa Haftar, quasi zweigeteilt.

In dem relativ kleinen Land mit einer Bevölkerungszahl von sechseinhalb Millionen wird wegen seines Ölreichtums ebenfalls ein Stellvertreterkrieg ums Öl geführt. Während die Regierung unter as-Sarradsch die Unterstützung der Türkei, Katars, der EU und der UN genießt, wird Haftar von Ägypten, Russland, Saudi-Arabien, den USA, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Frankreich unterstützt. Wie in Syrien sind es die regionalen und internationalen Mächte, die dort Krieg führen.

Am 2. Januar stimmte das türkische Parlament für die Entsendung türkischer Soldaten nach Libyen, um der Regierung in Tripolis zu helfen. In Wahrheit geht es um die dschihadisti-

schen Gruppen, die in Nordsyrien gegen die Kurden eingesetzte al-Qaida und Daesch-Überreste. Wie in Syrien ist die Türkei eines der ersten Länder, die militärisch in einem anderen Land mitmischen und Partei ergreifen. Erdoğan hatte zuvor mit der Regierung am 27. November ein »Sicherheits- und Militärabkommen« abgeschlossen. Die libysche Seite räumte türkischen Kräften im Rahmen einer Sicherheitskooperation zugleich das Recht ein, auch im libyschen Teil des Mittelmeers präsent zu sein. Der türkische Präsident dazu: »Alle Projekte, die das Ziel hatten, die Türkei im Mittelmeer nicht mitreden zu lassen und sie auszugrenzen, sind durch unsere jüngsten Schritte zerschlagen worden. Durch die geplante Unterstützung der legitimen libyschen Regierung in Tripolis werden wir erreichen, dass die Vereinbarungen mit all ihren Komponenten umgesetzt werden.«

Die Türkei unterstützt mit ihrer Parteilichkeit für as-Sarradsch die Gegenseite der von Russland unterstützten Partei. Russland seinerseits ist mit der Sicherheitsfirma Wagner in Libyen militärisch präsent. Das könnte die in Idlib ohnehin angespannte Beziehung zu Russland noch weiter belasten. Die Türkei hat neben ihrer militärischen Präsenz auch mit Russland die politische Initiative zu ergreifen versucht, um einen Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien auszuhandeln und ein Vorrücken von Haftars Truppen in Richtung Tripolis zu verhindern. Das Treffen hatte keinen Erfolg, so dass sich die Konfliktparteien mit ihren Unterstützerstaaten zu einer breiten Libyenkonferenz in Berlin nur eine Woche später entschlossen, auf der sich zu einer Waffenruhe, einem Waffenembargo und dem Abzug aller ausländischen Kampfverbände entschieden wurde. Auch diese Konferenz blieb größtenteils ohne Folgen. Die Waffenruhe wurde nicht eingehalten, Länder wie die Türkei hielten sich nicht an das Embargo und verstärken ihre Militärpräsenz. Gegenwärtig versuchen die Vereinten Nationen über einen Waffenstillstand zu verhandeln.

Viele Beobachter sind sich einig, dass die Türkei in Libyen gefährlich pokert. Die Sorge, sich bietende Chancen nicht rechtzeitig zu ergreifen, führt zu übereilten Reaktionen, die sich dann nachteilig auswirken könnten. Zu erwähnen wären hier Syrien, Ägypten und jetzt Libyen.

Die Türkei und die AKP

Wie schon des Öfteren unterstrichen, wurde Erdoğans Partei, die AKP, als »liberal-islamisches Modell« für die Region im Rahmen des Projekts Großraum Mittlerer Osten unterstützt und entwickelt. Die USA wandten sich von ihrer bis dahin strategischen Bündnispartnerin, der kemalistischen Elite, ab und entschlossen sich, auf eine islamische Karte zu setzen.

Die AKP wurde von den USA, der EU und den arabischen Ländern regelrecht auf die politische Bühne geschoben und als islamischer Hort der Freiheiten, der Demokratie, des Wohlstands und der Rechtsstaatlichkeit propagiert. Alle Möglichkeiten des Systems wurden ihr eröffnet. Sie übernahm den Vorsitz in internationalen Institutionen, wurde zu den wich-



Etwa 300.000 Zivilistinnen und Zivilisten hat der türkische Staat mit seinen Angriffen und der Besetzung von Girê Spî und Serêkaniyê vertrieben. Ein großer Teil von ihnen muss nun unter schwierigen Bedingungen in Flüchtlingslagern oder Schulen leben. Da internationale Hilfsorganisationen keine Mittel bereitstellen, versuchen der Kurdische Rote Halbmond (Heyva Sor a Kurdistanê) und die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien die Menschen mit dem Lebensnotwendigsten zu unterstützen.
Foto: anha

tigsten Treffen und politischen Veranstaltungen eingeladen und vorgeführt. Das ging so weit, dass Erdoğan als Retter arabischer Staaten gefeiert wurde.

Während sich die AKP auf der einen Seite dem US-Projekt des liberalen Islams entsprechend präsentierte, erfuhr sie andererseits die Unterstützung des kolonialfaschistischen türkischen Staates aufgrund ihrer Zusage, die kurdische Frage zu eliminieren. Sie nutzte die Vorzüge dieser Unterstützung, um ihre Macht innerhalb der Türkei zu konsolidieren und den Staat zu unterwandern. Das ist ihr in den letzten Jahren gelungen. Sie hat ihre Macht in faschistischer Manier ausgeweitet.

Die Widersprüche des US-EU-arabischen »Paktes« mit der AKP begannen sich mit der Syrienpolitik zu offenbaren und wurden seitdem immer deutlicher.

Die Türkei verfolgt ihre Hegemonialpolitik und erhebt in diesem Zusammenhang Ansprüche auf Gebiete, die sie nach dem Ersten Weltkrieg hatte abgeben müssen. Die beanspruchten Territorien umfassen westliche und östliche Schwarzmeergebiete, Zypern, Thessaloniki, Sofia, Batumi und Nachitschewan sowie Mûsil, Kerkûk, Hewlêr, Silêmanî, Aleppo bis an die Grenze zu Iran.

Erdoğan hat begonnen, den Vertrag von Lausanne als Verrat zu bezeichnen, und will mit der Besetzung dieser Gebiete zum hundertsten Jahrestag der Republikgründung seine Hegemonie in der Region verankern sowie sich im Jahre 2071 zum tausendsten Jahrestag der Landnahme Anatoliens als wichtige Kraft in der Region beweisen.

Vor diesem Hintergrund müssen seine Besatzungskriege in Rojava und seine militärische, ökonomische und politische Präsenz in Südkurdistan sowie seine Libyen-Politik betrachtet werden.

Die kurdenfeindliche Haltung der AKP in ihrer Syrienpolitik hat ihre Beziehungen zu den USA so weit geschädigt, dass sie eine Hundertachtziggradwendung vornahm und sich dem russisch dominierten Lager zuwandte. Russland ist es gelungen, die Türkei als einen NATO-Staat gegen ihre eigenen Bündnispartner zu positionieren, was zudem durch den Verkauf von S-400-Raketen erhärtet wurde. Aber auch dieses kurzfristige



Immer mehr Menschen fliehen aus Idlib vor den unberechenbaren Bombardierungen des von Russland unterstützten syrischen Regimes und der unmenschlichen Behandlung durch die von der Türkei gesteuerten Dschihadistengruppen in die Demokratische Föderation Nord- und Ostsyrien. Foto: anha

AKP-russische Bündnis scheint aktuell in Idlib und womöglich auch in Libyen an seine Grenzen gestoßen zu sein.

Idlib – ein Wendepunkt?

Die Stadt Idlib befindet sich seit März 2015 in den Händen der Rebellengruppen. Neben der Al-Nusra-Nachfolgeorganisation Haiat Tahrir asch-Scham (Komitee zur Befreiung der Levante) gehören dazu auch islamistische Gruppen wie Failak al-Scham oder Ahrar al-Scham.

Die Bedingungen für die Einbeziehung des türkischen Präsidenten Tayyip Erdoğan in die Moskauer Erklärung (Dezember 2016), die Astana-Erklärung (Januar 2017), die Deeskalationsabkommen im Mai 2017 und den Sotschi-Konsens (September 2018) durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin waren von Anfang an offensichtlich.

Bei jeder Erklärung wurde auf den Kampf gegen den Terrorismus sowie auf die territoriale Integrität Syriens hingewiesen. Die Türkei übernahm die Koordination, bewaffnete Gruppen aus dem östlichen Aleppo, Daraa, Ost-Ghuta, Qunaitra nach Idlib zu transportieren. Warum? Um weiterhin am Tisch sitzen und Mitspracherecht haben zu können, um mitspielen und mitmischen zu können, um bewaffnete Auseinandersetzungen in der Hinterhand halten zu können und, das Allerwichtigste, um eine gegen die Kurden einsetzbare Trumpfkarte in der Hand zu haben.

Die Roadmap aus der Vereinbarung von Sotschi vom 17. September 2018 sah vor, eine entmilitarisierte Zone in Idlib in einer Breite von fünfzehn Kilometern bis zum 10. Oktober 2018 von schweren Waffen zu befreien, bis zum 15. Oktober sollten alle bewaffneten Gruppen die Möglichkeit haben, die Region zu verlassen. In diesem Rahmen hatte sich die Türkei als Schutzmacht der »Opposition« in Idlib positioniert und die Aufgabe übernommen, die Dschihadisten in der Region in »Gemäßigte« und »Radikale« aufzuteilen; bis zum 31. Dezember 2018 sollten die Schnellstraßen M4 und M5 geöffnet werden. Im Rahmen dieses Abkommens unterhält die Türkei zwölf Beobachtungsposten in Idlib und Russland dreizehn.

Nachdem es der Türkei nicht gelungen war (bzw. sie nicht gewollt hatte), die Gruppen entsprechend der Idlib-Vereinbarung zu entwaffnen, begannen Assad-Truppen mit russischer Luftunterstützung, Idlib militärisch anzugreifen und die Stadt zurückzuerobern. Dabei sind russische und türkische Truppen aneinandergeraten. Es kam zu Verlusten auf beiden Seiten. Auch wenn Russland keine Verantwortung für den Angriff auf türkische Soldaten übernimmt und es dem syrischen Regime allein zuschreibt, glaubt niemand ernsthaft, dass es ohne das Wissen Russlands geschah. Die Türkei sah sich gezwungen – um ihr Gesicht zu wahren – zu erklären, dass dieser Vorfall vom Regime verursacht worden sei und sie daher keinen Anlass sehe, gegen Russland vorzugehen.

Die Pläne der Türkei und der USA im Hinblick auf Idlib decken sich. Erdoğan will den Status quo hier beibehalten, denn er weiß, wenn die Front in Idlib geschlossen ist, dann sind die von ihr eingenommenen Gebiete (durch Operation Olivenzweig, Operation Schutzschild Euphrat und zuletzt Operation Friedensbrunnen) an der Reihe. Er will nicht eher aufgeben, bis nicht alle Früchte aus den Astana-Sotschi-Treffen eingesammelt sind. Die USA hingegen wollen ebenfalls Idlib aufrechterhalten, als blutende Wunde, an der sich das syrische Regime abarbeitet. Sollte Idlib auf irgendeine Weise abgeschlossen sein, befürchten sie ebenfalls, dass ihre militärische Präsenz auf die Tagesordnung kommen wird.

Die USA geben als Grund für ihre Präsenz in Syrien den iranischen Einfluss an, ebenso begründet Israel seine Angriffe in Syrien. Vor diesem Hintergrund hatte sich Iran auch auf den Ratschlag Moskaus hin etwas zurückgehalten. Aber nach der Ermordung Qasem Soleimanis interveniert Iran erneut in Idlib und spricht davon, aus Rache die USA aus Irak und Syrien zu verjagen.

Es ist natürlich kein Zufall, dass die Türkei bei ihrer Idlib-Politik von den USA unterstützt wird und dass Erdoğan am 6. Februar die ukrainische Stadt Kiew besuchte und hier die Soldaten mit »Ruhm der Ukraine« begrüßte, die wiederum mit »Ruhm den Helden!« antworteten. Diese Show wird als Provokation und Vergeltung angesehen für die in Idlib getöteten acht türkischen Soldaten. Das könnte auch den Beginn des Endes der russisch-türkischen Beziehungen bedeuten. Es scheint, dass die Widersprüche zwischen dem Russland-Lager und der Türkei nicht mehr zuzukleistern sind. Das kurzfristige Bündnis scheint ausgedient zu haben. Die Türkei könnte sich erneut ihrer strategischen Bündnispartnerin USA zuwenden.

Die Innenpolitik der Türkei

Ein erneuter Kurswechsel in seiner Bündnispolitik würde auch Auswirkungen auf die Innenpolitik haben. Sowohl Russland (Eurasien) als auch die USA (Westen) korrespondieren mit entsprechenden Kräften in der Türkei. Es bleibt abzuwarten, aber die aktuelle Polemik zwischen dem ehemaligen Generalstabschef Ilker Başbuğ und Erdoğan könnte ebenfalls als Anzeichen dafür gewertet werden.

Sowie die Ergenekon-Leute mit der Annäherung an Russland »begnadigt« wurden, kann eine Annäherung an Fethullah Gülen zu erwarten sein.

Während die AKP fester als je zuvor an ihrem Sessel klebt, ist ihr Rückhalt in der Bevölkerung umso schwächer. Sie verliert kontinuierlich an Unterstützung. Das Land ist gespalten, wirtschaftlich und moralisch auf dem niedrigsten Niveau.

In der Türkei ist weiterhin jeder ein Terrorist, der Erdoğans Politik nicht mitträgt. Die Kurden sind seit eh und je die Hauptterroristen des Landes. Die AKP sorgt mit Unterstützung des kapitalistischen Systems dafür, dass ihnen kein Artikulationsfeld bleibt. Die Totalisolation des kurdischen Volksvertreters Abdullah Öcalan hält weiterhin an. Nur kurzzeitig während des Todesfastens durften ihn seine Anwälte im Mai besuchen (nach acht Jahren). Öcalan rief die Hungerstreikenden auf, ihr Todesfasten zu beenden. Auf seine Initiative hin wurde es im Mai beendet und seit August sind die Gespräche auf Imralı erneut verboten.

Die ehemaligen Ko-Vorsitzenden der Demokratischen Partei der Völker (HDP), Figen Yüksekdağ und Selahattin Demirtaş, sitzen weiterhin im Gefängnis. Die AKP-Regierung setzt weiterhin HDP-Bürgermeister ab und ernennt Zwangsverwalter, inzwischen 24, und Dutzende Bürgermeister sitzen gegenwärtig in Haft. Die Militäroperationen gegen die kurdische Guerilla sowohl im Inland als auch in Südkurdistan halten unvermindert an. Hochtechnisiert werden Anschläge verübt und die Bewegungsfähigkeit der Guerilla wird einzugrenzen versucht. Der Kampf gegen den kurdischen Befreiungskampf als einen der strategischen Gegner der kapitalistischen Moderne wird mit internationaler Unterstützung geführt. Trotz der Gerichtsentscheidung aus Brüssel, die PKK sei keine terroristische Organisation, bekundete z. B. die belgische Regierung, dass sich nichts ändern werde. Das heißt, es wurde erneut bestätigt, dass es sich bei der Terroreinstufung und dem Verbot um eine politische Entscheidung handelt und keine juristische.

Die USA und Russland ermöglichen der Türkei, die kurdisch verwalteten Gebiete zu besetzen und dort »Flüchtlinge« anzusiedeln. In Nordostsyrien wird mit Unterstützung der USA, Deutschlands, der UN u. a. m. eine demografische Säuberung vollzogen.

Türkei wird weiter an der Macht bleiben, weil kapitalistische Moderne sie braucht

Die AKP dient als Schlagstock gegen die Kurden und sie wird gegen Iran von Nutzen sein. Die Diskussion über eine Spaltung steht schon länger auf der Tagesordnung. Wenn der Unmut in der Bevölkerung groß war, wurde sofort eine angebliche neue Partei propagiert und bei den Menschen wurden Erwartungen geweckt. Vor diesem Hintergrund, denke ich, sollte diese neue »Zukunftspartei« (Gelecek Partisi) unter Ex-Premier Davutoğlu die Macht Erdoğans weiter sichern. Es ist eine Vorsichtsmaßnahme, um die Wähler unter Kontrolle zu behalten. Die etablierten Parteien haben ihren Kredit verbraucht, daher wird das System für seinen Weiterbestand neue Parteien ins Feld schicken. Neben den neuen Parteien aus der AKP-Ecke wird es möglicherweise auch bei Mitte und Links Neugründungen geben.

Das Land wird seit Jahren unter Hochspannung regiert. Krieg, Wahlen, Polarisierung, Militarisierung. Die Probleme im Land werden nicht gelöst, sondern angehäuft und die Bevölkerung wird mit Gewalt und nationalistischen Gefühlen kontrolliert. Ein wichtiger Teil der »Liberalen« verlässt das Land, ein Teil hat sich zurückgezogen und ein Teil degeneriert. Frauenmorde haben dramatisch zugenommen, junge Frauen verschwinden.

Mit der bestehenden nationalistischen, militaristischen, autokratischen, kurden- und frauenfeindlichen Politik der AKP macht sich eine gefährliche soziale Hoffnungslosigkeit breit. Entgegen der propagierten wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte der AKP können die Menschen nicht mehr ihren Alltag sichern. Eine neue Entwicklung erschüttert das Land emotional: Menschen nehmen sich das Leben, weil sie nicht mehr in der Lage sind, ökonomisch zu überleben. Im November 2019 nahmen sich vier Geschwister kollektiv das Leben, einige Tage später schreckten Nachrichten über weitere Selbsttötungen auf, diesmal aus Antalya. Ein Vater vergiftete sich, seine Ehefrau und die neun und fünf Jahre alten Kinder. Er hinterließ einen Brief voller Ausweglosigkeit und Verzweiflung. Zuletzt hat sich ein Mann in Hatay vor dem Gouverneur angezündet und dabei gerufen: »Ich kann meine Kinder nicht mehr ernähren.«

Nach einem Bericht der stellvertretenden Vorsitzenden der oppositionellen Republikanischen Volkspartei (CHP), Gamze Akkuş İlgezdi, nahmen sich im Jahre 2017 233 Menschen aus wirtschaftlichen Gründen das Leben.

Die Arbeitslosigkeit liegt bei 13,4 % (Stand Dezember 2019) und die Jugendarbeitslosigkeit bei 26,7 % (April 2019).

Wie die türkischen Statistikbehörden verlautbarten, betrug die Inflationsrate im Januar 12,15 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Teuerungsrate stieg damit um 1,35 % gegenüber dem Vormonat.

Es gibt nichts Schlimmeres für ein Land, als dass seine Bevölkerung kein Licht am Ende des Tunnels sieht. Die AKP



3.12.2019: Berliner Studierende fordern Boykott türkischer Universitäten. Foto: anf

ist verantwortlich für diese Resignation, weil sie sich wie eine Zwangsjacke auf das Leben der Menschen auswirkt.

Fazit

Wie bereits oben erwähnt, sind die strategischen Gegner der kapitalistischen Moderne Frauen und organisierte Bevölkerungsgruppen. Vor diesem Hintergrund ist auch zu verstehen, dass die Angriffe auf Frauen während der dreißigjährigen Umbruchphase zugenommen haben und sich die Lage immer mehr verschlechtert. Die dschihadistischen Terrorgruppen wie Daesch, al-Nusra, Boko Haram und wie sie sonst noch heißen haben in erster Linie Frauen angegriffen und sie zu Sexualobjekten des Mannes reduziert. Diese Extremform fand aber ihre Projektionen in unterschiedlichen Staaten wieder. Vor allem für die Frauen hat sich unter der AKP alles zum Negativen entwickelt. Der Faschismus des Patriarchats nimmt ungezügelt seinen freien Lauf. So sieht es momentan in der Türkei aus. Eine Zunahme der Fallzahlen von verschleppten, vergewaltigten und ermordeten Frauen ist hier zu beobachten. Die Politik ist Patriarchat und die Gesellschaft wird frauenfeindlicher. Überall auf der Welt ist eine Verschlechterung für die Rechte der Frauen erkennbar. Das hat unmittelbar mit dem System zu tun. Das letzte Jahr war geprägt von weltweiten Massenprotesten von Frauen als Reaktion auf diese gefährliche Entwicklung. Auch sehen wir, dass die Angriffe auf die kurdische Befreiungsbewegung oder ähnliche gesellschaftliche Bewegungen zugenommen haben. Mit aller Gewalt soll verhindert werden, dass eine Alternative jenseits ihres Systems entsteht.

Aber die kapitalistische Moderne war zu keiner Zeit dermaßen demaskiert. Die Menschen erkennen, dass dieses System die Ursache für all die Probleme ist und nicht imstande, Lösungen zu entwickeln. Die Suche nach einer Lösung bzw. einer Alternative wird intensiver. Frauen werden in diesem Jahrhundert eine führende Rolle spielen und das Feld nicht nur dem Patriarchat überlassen. Auch stellt der »dritte Weg« der kurdischen Bewegung eine reelle Alternative zum System dar. Die Rückschläge in Rojava bedeuten nicht, dass die Alternative untauglich ist, sondern vielmehr, wie sehr diese Alternative gefürchtet wird. ♦

Eine freie Zukunft als Alternative zur Mentalität von Erdoğan und IS aufbauen

Erdoğan will mit allen Mitteln seinen Machtbereich ausdehnen

Fehim Işık, Journalist

Als die AKP im Jahr 2002 die Regierungsgeschäfte in der Türkei übernahm, verfolgte sie eine liberale muslimisch-demokratische Linie. Das war nicht überraschend. Denn die bislang machthabende kemalistische Elite verfolgte eine repressive Politik gegen all jene, die nicht die offizielle Ideologie akzeptierten. Es gab keine Chance, sich außerhalb der vorgegebenen Schablonen auszudrücken, geschweige denn an die Regierung zu kommen. Die AKP rund um Erdoğan und seine Weggefährten trennte sich deshalb von ihrem alten Anführer Necmettin Erbakan und gründete ihre eigene Partei, mit der sie die Nähe zum Westen in den Vordergrund rückte. Auf diese Weise konnte sie mit ihrer Politik in der Türkei und später in ihren Bestrebungen zur Institutionalisierung ihrer eigenen Macht die Unterstützung des Westens nutzen und die Reaktionen der kemalistischen Elite abfedern.

Erdoğans flexible Linie

Das war einer der wichtigsten Gründe für die von der AKP und Erdoğan verfolgte westliche Linie. Erdoğan hat hierfür einen flexiblen Politikansatz umgesetzt, der von den Muslimen auch als »Taqīya« bezeichnet wird. Beispielsweise hat er den Prozess zum Eintritt in die Europäische Union beschleunigt. Während er unter der Hand propagierte, die Demokratie sei nur ein Werkzeug für die Fortsetzung ihres Weges, hat er sich als Verteidiger der Demokratie präsentiert. Diese Haltung hat ihm zum einen die dauerhafte Unterstützung des Westens gesichert, der die AKP als muslimisch-demokratisch orientiert betrachtete, zum anderen einer Verstetigung der Unterstützung im Inneren den Weg geebnet. Diese Politik hat die AKP an der Macht gehalten und ihr die Kontrolle über die staatlichen Institutionen gesichert.

Gülen als Partner

Die stärkste Unterstützung für die Regierung von Erdoğan kam in den ersten Tagen von der Gülen-Bewegung, die sich seit über 40 Jahren innerhalb des Staates organisierte. Sie war verankert in der Armee und der Polizei, verfügte über Einfluss auf den verschiedenen Ebenen des Staates und hatte beträchtliches Kapital. Insbesondere ab dem Jahr 2007 begann die Gülen-Bewegung in Kooperation mit der AKP den Staat effektiver zu beeinflussen.

Die Kurd*innen als Baustein zur eigenen Machtfülle?

Die AKP war für ihre Machterhaltung auch auf die Kurd*innen angewiesen. Dafür begannen 2008 Geheimgespräche mit der PKK in Oslo. In den folgenden Jahren offenbarte sich, dass Erdoğan mit diesen Gesprächen weniger das Ziel einer Lösung verfolgte, als vielmehr die Kurd*innen für die Festigung der eigenen Macht benutzen zu wollen.

Die Regierung von Erdoğan kontrollierte ab 2008 Schritt für Schritt den militärischen und bürokratischen Apparat der Türkei. Nach dem Ausbruch der Krise in Syrien 2011 begann sie dann ihre Machtbestrebungen auf den ganzen Mittleren Osten auszudehnen. Als die Gespräche mit der PKK fehlschlugen und 2011 wieder schwere Gefechte ausbrachen, unternahm Erdoğan 2013 erneut Schritte für den Beginn eines Lösungsprozesses. Auch hier standen Erdoğans Pläne, die zu Beginn nicht offensichtlich schienen, zum Erhalt und zur Ausdehnung der Macht im Zentrum. Später sollte es aus den zum Teil veröffentlichen Protokollen der Gespräche mit dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und den Erklärungen der kurdischen Bewegung ersichtlich werden, dass Erdoğan die kurdische Bewegung unter Kontrolle bekommen wollte, um sich in der Region noch einfacher auszudehnen. Die kurdische Bewegung war sich darüber im Klaren und reagierte besonnen.

Das Scheitern des Einvernahmeplans

Erdoğan erkannte die Unmöglichkeit, die kurdische Bewegung nach seinem Gutdünken zu benutzen. Im Jahr 2014 beendete er mit dem im Nationalen Sicherheitsrat vorbereiteten »Zerschlagungsplan« offiziell den Verhandlungsprozess. Doch de facto endete dieser nach den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015.

Erdoğan zielte 2014 mit der Unterstützung des Nationalen Sicherheitsrates zum einen auf die Zerschlagung der Gülen-Bewegung ab. Zum anderen verfolgte er eine harte Politik gegenüber der kurdischen Bewegung, um mit Provokationen ein Ende des Waffenstillstandes herbeizuführen.

Es gab zwei Gründe für den Angriff Erdoğans auf die Kurd*innen und die Gülen-Bewegung. Erstens hat Erdoğan der Gülen-Bewegung in der gemeinsamen Regierungszeit eine Vielzahl von Trümpfen in die Hand gegeben, und die Gülen-Bewegung wusste von Korruption und seinen schmutzigen Machenschaften. Zweitens war die kurdische Bewegung in der Verhandlungsphase politisch stärker geworden und dies war ein Hindernis für die AKP für die Institutionalisierung ihrer Macht.

Neue Bündnisse

Die AKP war dafür auf illegale Methoden angewiesen. Dafür bekämpfte sie zum einen die Gülen-Bewegung und begann zum anderen mit Ergenekon[1] zusammen zu agieren. Später gewann sie die Unterstützung faschistischer Parteien wie der MHP und schloss ein neues Bündnis.

Dieses Bündnis mit MHP und Ergenekon war für Erdoğan ein Segen und kennzeichnet den Höhepunkt der Kriegspolitik.

In dieser Zeit ist auch die expansive Politik Erdoğans, die sogenannte neoosmanische Politik, im Mittleren Osten klarer zutage getreten.

Intensivierung der Vernichtungspolitik

Die AKP und Erdoğan begannen mit der Annullierung der Wahlergebnisse vom 7. Juni 2015. Sie erklärten der kurdischen Bevölkerung den offenen Krieg und zerstörten mit schweren militärischen Angriffen die kurdischen Städte. Die Zerstörung der Städte Sûr (Altstadtviertel in Amed/Diyarbakır), Cizîr (Cizre), Nisêbîn (Nusaybin), Şirnex (Şırnak) und Hezex (İdil) sowie die Verbrennung von Menschen in den Kellern kennzeichnen die Politik dieser Phase. Ohne Rechtsgrundlage und ohne Differenzierung zwischen Zivilist*innen und Kämpfer*innen hat Erdoğan zur Festigung seiner Macht die Politik der Gewalt eskaliert.

Die westlichen Staaten, vor allem die EU und die USA, drückten all diesen Praktiken gegenüber die Augen zu. Nachdem die Türkei eine Zeit lang mit Russland aneinandergeraten war, begannen auch diese sich auf der Basis gegenseitigen Interesses stärker einzumischen. Erdoğan nutzte die Widersprüche zwischen den USA, Russland und den EU-Ländern aus und verschaffte sich Einfluss in Syrien. Zunächst besetzte die Türkei die Gebiete im Nordwesten von Syrien zwischen Kaniya Dil (Cerablus) und Bab. Anschließend im März 2018 Efrîn und ab Oktober 2019 die beiden Städte Serê Kaniyê (Ras al-Ain) und Girê Spî (Tal Abyad).

Der EU drohte Erdoğan mit Flüchtlingen. Mit der Annäherung an Russland bedrohte er die USA und Russland mit der Annäherung an die USA. Die Staaten der internationalen Koalition gegen den sog. Islamischen Staat schwiegen zu der Besatzungspolitik der Türkei gegen die im Kampf verbündeten Kurd*innen. Russland unterstützte offen die Besatzung Efrîns und die USA offen die Besatzung in Serê Kaniyê und Girê Spî. Die Länder der EU unterstützen generell die aggressive Politik Erdoğans, der erklärte, die besetzten Gebiete für die Flüchtlinge bereitstellen zu wollen. Auch wenn für die Milliarden-Euro-Unterstützung für Erdoğan ökonomische und andere politische Gründe ausschlaggebend sind, ist die Angst Europas vor den Flüchtlingen ebenfalls ein wichtiger Faktor.

Die Kurd*innen sind vielleicht die Einzigen, die Erdoğan mit seiner Politik noch nicht bezwingen konnte. Sie haben gegen alle Angriffe Erdoğans Widerstand geleistet. Anstatt zum Spielball der Politik Erdoğans zu werden, haben sie es bevorzugt, eine freie Zukunft als Alternative zur Mentalität von Erdoğan und IS aufzubauen. Es zeigt sich zunehmend, dass die Politik Erdoğans, Widersprüche ausnutzen zu wollen, nicht fortgesetzt werden kann. ♦

Die Kurd*innen haben gegen alle Angriffe Erdoğans Widerstand geleistet. Anstatt zum Spielball der Politik Erdoğans zu werden, haben sie es bevorzugt, eine freie Zukunft als Alternative zur Mentalität von Erdoğan und IS aufzubauen.

Der Autor ist Journalist und schreibt u. a. für die Tageszeitung Yeni Özgür Politika.

1 Mafiöse Struktur innerhalb des türkischen Staates bestehend aus einflussreichen Personen aus Politik, Wirtschaft, Militär, Medien etc.

Die Türkei im Widerspruch zu den Interessen der hegemonialen Mächte?

Erdoğan setzt mit seiner Außenpolitik auf eine Ausweitung des Kriegs

Der Kurdistan Report im Gespräch mit dem Sprecher der PYD Salih Muslim

Die Militäroperation der syrischen Armee mit Unterstützung Russlands gegen die von al-Qaida gesteuerte Gruppierung Haiat Tahrir asch-Scham (HTS) in Idlib und Umgebung dauert an. Angesichts des Vormarsches der syrischen Armee und der zunehmenden Verluste der islamistischen Gruppen, die eng mit der Türkei verbunden sind, ist eine verstärkte Intervention des türkischen Staatspräsidenten Erdoğan in die dortigen Geschehnisse zu verzeichnen. Neben der Truppenverlagerung nach Syrien versucht die Türkei mit Militärstützpunkten ein Vorrücken der syrischen Armee zu verhindern. Diese Provokationen sind am 3. Februar in bewaffnete Auseinandersetzungen gemündet. Infolge von Artilleriebeschuss durch Syrien und Russland sind acht türkische Soldaten getötet und mehrere Soldaten verletzt worden. Der Sprecher der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), Salih Muslim, beantwortete unsere Fragen rund um diese Entwicklungen.

Wie bewerten Sie die Zunahme der kriegerischen Auseinandersetzungen in Idlib und im Westen von Aleppo sowie die Zunahme der türkischen Angriffe auf Nord- und Ostsyrien?

Mit den Interventionen der USA, Russlands, der Türkei und des Iran hat die Krise in Syrien eine andere Qualität gewonnen. Der Krieg in Syrien wird geführt, weil jeder dieser Staaten jeweils seine eigenen Ziele in Syrien verfolgt. Es gibt gegenwärtig zwei Faktoren, die die syrische Krise bestimmen. Zum einen die internationale Koalition und zum anderen Russland. Beide wollen in Syrien entsprechend eigenen Interessen Einfluss haben. Daneben versuchte der türkische Staat immer wieder vom »Arabischen Frühling« zu profitieren. Der türkische Staat hat diesen Ansatz heute verstärkt und begonnen, sich in Widerspruch zu den Interessen der hegemonialen Mächte zu begeben. Darüber hinaus ist in Nord- und Ostsyrien eine autonome Selbstverwaltung entstanden, die keiner der kolonialistischen Staaten auf der Rechnung hatte. Die Selbstverwaltung hat in der Region neue und historische Veränderungen geschaffen und die Gleichgewichte verändert. Zwischen den Staaten, die die Selbstverwaltung nicht auf dem Schirm hatten, sind Interessenskonflikte hervorgetreten. Der Krieg in Idlib war mit dem Prozess von Astana zu erwarten. Seit dem Astana-Prozess hat es zahlreiche taktische Vorstöße gegeben. Russland hatte erklärt, dass sich in der Region radikale dschihadistische Gruppen befänden und solange diese dschihadistischen Gruppen nicht aus der Region entfernt worden seien und solange Idlib nicht wieder unter der Kontrolle des syrischen Regimes stehe, würde sich dort der Krieg fortsetzen.

Was sagen Sie zu dem Politikwechsel der in Syrien aktiven Staaten und vor allem zu dem Interessenskonflikt zwischen Russland und der Türkei?

Zwischen den herrschenden Kräften gab es immer Widersprüche. Die Türkei tat mit der Zeit ihre speziellen Pläne kund, die dann nicht unterstützt wurden. Die Pläne des türkischen Staates entsprechend dem Nationalpakt Misak-ı Millî[1] wurden von der internationalen Koalition, syrischen Regime und Russland abgelehnt. Die Türkei hat zudem seit Beginn der Krise in Syrien bis heute Europa mit den Flüchtlingen erpresst. Mit diesem Ziel hat der türkische Staat den syrischen Flüchtlingen die Türen geöffnet und ihnen erlaubt, sich in der Türkei niederzulassen. Die Türkei hatte also das Ziel, mit ihrer Flüchtlingspolitik ihre weiteren Ziele in der Region zu verwirklichen. Ein Beispiel dafür ist die Situation in Nord- und Ostsyrien heute. Der türkische Staat hat radikalislamistische Gruppen in die von ihr besetzten Gebiete in Nordsyrien umgesiedelt. Hier werden natürlich Widersprüche auftreten. Der Widerstand der Völker in Nord- und Ostsyrien, das gemein-

1 Der Nationalpakt der türkischen Unabhängigkeitsbewegung nach dem Ersten Weltkrieg skizzierte u. a. die Grenzen des neuen türkischen Staates, inkl. Thrakien, Mûsil, Aleppo und Batum.



Women Defend Rojava gegen Angriffskrieg des NATO-Mitglieds Türkei. Blockade der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Foto: A. Bender

same Lebensprojekt der Völker, und vor allem der Widerstand des kurdischen Volkes und das von ihm entwickelte System der demokratischen Nation haben die Politik des türkischen Staates ins Leere laufen lassen. Der Beweis dafür ist der anhaltende Widerstand in Efrîn, Kobanê, Serê Kaniyê und Girê Spî. Dieser Widerstand hat die internationale Politik entscheidend geprägt. Da der türkische Staat dieses Projekt zu zerschlagen versucht, ist die gegenwärtige Kriegsphase entstanden.

Welche Absichten verfolgt der türkische Präsident Erdoğan mit seinen Erklärungen bezüglich der Gespräche in Astana und Sotschi?

Wir haben erwartet, dass die Prozesse wie Astana und Sotschi keine Ergebnisse bringen werden. Beide Prozesse waren taktisch orientiert und Russland hat seine Ziele erreicht. Ziel von Astana war es, die dschihadistischen Gruppen an einem Ort zu sammeln und sie dort zu vernichten. Dieser Plan ist aufgegangen, die Gruppen haben sich in Idlib versammelt. Die gegenwärtigen Ereignisse sind die letzte Etappe dieses Prozesses, also die Vernichtung dieser dschihadischten Gruppen. Auch wenn es Erdoğan nicht gefällt, so hat er doch erklärt, dass die Prozesse von Astana und Sotschi zum Ende gekommen sind. Das ist eine richtige Feststellung.

Erdoğan wollte damit eigentlich erklären, dass die Partnerschaft zwischen Russland und der Türkei endet. Russland hat einen Großteil seiner Ziele in Syrien verwirklicht. Es hat gewährleistet, dass das syrische Regime wieder die Herrschaft über einen großen Teil syrischen Bodens innehat. Es hat die Position des syrischen Regimes in der internationalen Arena gestärkt. Der Sturz von Assad ist von der Tagesordnung verschwunden. In all diesen Themen wurde die Türkei besiegt, und Russland hat gegenüber der NATO wichtige Errungenschaften erzielen können.

Russland war auch erfolgreich damit, Widersprüche zwischen dem türkischen Staat und der NATO zu erzeugen. Mit der Verlegung von Pipelines durch die Türkei hat sie die Türkei an sich gebunden. Damit kann sich Russland in viele Geschäfte der Türkei einmischen. Deshalb kann sich die Türkei nicht mehr von Russland distanzieren. International wird die Türkei zudem weitgehend isoliert.

Was können Sie zu den Erklärungen Erdoğans gegenüber Russland sagen?

Erdoğan verfolgt eine erpresserische Politik. Er betreibt sowohl die Außen- als auch die Innenpolitik auf diese Weise, gegenüber den europäischen Ländern mithilfe der Flüchtlinge. Dass die Türkei Russland erklärt, es müsse sich zwischen ihr und Syrien entscheiden, ist auch ein Produkt dieser erpresserischen Politik. Am Ende wird die Türkei die Politik Russlands als legitim ansehen. Mit der Erpressung Russlands wird sie in Libyen, Griechenland und Zypern verlieren. Erdoğan betrachtet sich aufgrund der NATO-Mitgliedschaft als stark, doch dies kann sich auch schnell umkehren. ♦

Über den Zusammenhang zwischen der Isolation von Abdullah Öcalan auf Imralı, der Demokratisierung der Türkei und der Erlangung demokratischer Rechte durch die kurdische Gesellschaft

Isolation auf Imralı und Demokratisierung der Türkei

Rechtsanwältin Newroz Uysal, Istanbuler Rechtsbüro Asrın

Im Europaparlament in Brüssel hat Anfang Februar zum 16. Mal die internationale Konferenz »Die Europäische Union, die Türkei, der Mittlere Osten und die Kurden« stattgefunden. Die zweitägige Konferenz wurde von der EU-Turkey Civic Commission (EUTCC), den Fraktionen GUE/NGL, Die Grünen | Europäische Freie Allianz, Progressive Allianz der Sozialdemokraten und dem Kurdischen Institut Brüssel organisiert.
Wir veröffentlichen im Folgenden den Beitrag der Rechtsanwältin Newroz Uysal vom Istanbuler Rechtsbüro Asrın, die die Isolationsbedingungen ihres Mandanten Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı beschrieb:

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

ich freue mich, an dieser nunmehr 16. Konferenz teilzunehmen, und ich möchte Sie alle im Namen der Anwaltskanzlei Asrın begrüßen. Am 15. Februar wird Herr Öcalan 21 Jahre auf der Insel Imralı inhaftiert sein. Wir alle haben erlebt, dass in diesen 21 Jahren im Rahmen des Isolationssystems Imralı, das sich im Laufe der Zeit immerfort veränderte, weiterentwickelte und verschärfte, einerseits das Recht durch Willkür und Unregelmäßigkeiten definiert wurde, während andererseits die Politik von interessengeleiteten Herangehensweisen geprägt war.

Imralı widerspricht dem Folterverbot

Mit der Art und Weise der Verhaftung, des Prozesses, der Verurteilung und der Strafvollstreckung ist Imralı willkürlich und verstößt sowohl gegen universelle Rechtsnormen als auch gegen Rechtsvorschriften der Türkei. Das Imralı-System zeichnet sich durch Maßnahmen aus, die sich erstaunlich von vergleichbaren Beispielen in der ganzen Welt unterscheiden. Da es speziell als Insel für eine Person konzipiert ist, hat es zudem eine räumliche Dimension. Die Besonderheiten ergeben sich nicht aus rechtlichen, sondern aus politischen Motiven; folglich geht es hier um eine politische Frage. Das Inselgefängnis von Imralı ist als Erstes seiner Art eine Ausnahme. Seit der Überstellung Öcalans nach Imralı kann jede Ordnung auf der Insel als systematisch bezeichnet werden, denn sie wird fortwährend planvoll und als Ganzes weiterentwickelt. Die angewandten Maßnahmen werden je nach Ergebnis variiert, ersetzt oder verschärft. Grundlage des Systems ist nicht die Gewährung, sondern die Einschränkung von Rechten. Dieses System wird 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche aufrechterhalten, ohne Unterbrechung. Wegen seiner Auswirkungen auf Körper, Gesundheit und Psyche des Menschen widerspricht das System der Isolationshaft zudem gänzlich dem Folterverbot.

Das Imralı-System der Isolation begann mit einer Verletzung des Völkerrechts, mit einer rechtswidrigen Festnahme und Verhaftung, der Verletzung des Rechts auf einen fairen Prozess und des Rechts auf Verteidigung. Dann wurde eine vollständige Abschottung errichtet, Herr Öcalan wurde 10 Jahre lang ganz allein festgehalten. Weder durfte er von seinem Recht auf Telefongespräche Gebrauch machen, noch bekam er die ihm zugesandten Briefe; und ihm wurde der Zugang zu Zeitungen, Fernsehen und anderen Medien vorenthalten. Familienbesuche, die einen besonderen Platz unter den Rechten einnehmen, wurden eingeschränkt oder meist sogar verweigert, während das Verwehren von Anwält*innenbesuchen zu einer durchgängigen Praxis geworden ist. Schließlich wurde das Imralı-Gefängnis zu einem Ort, der 8 Jahre lang von keinem/r einzigen Anwalt*in betreten werden konnte.

Freiheitsstrafe bis zum Tod

Obwohl das gegen Herrn Öcalan verhängte Todesurteil während des EU-Beitrittsprozesses der Türkei gemäß der Rechtsharmonisierung aufgehoben wurde, erhielt er keine »festgeleg-

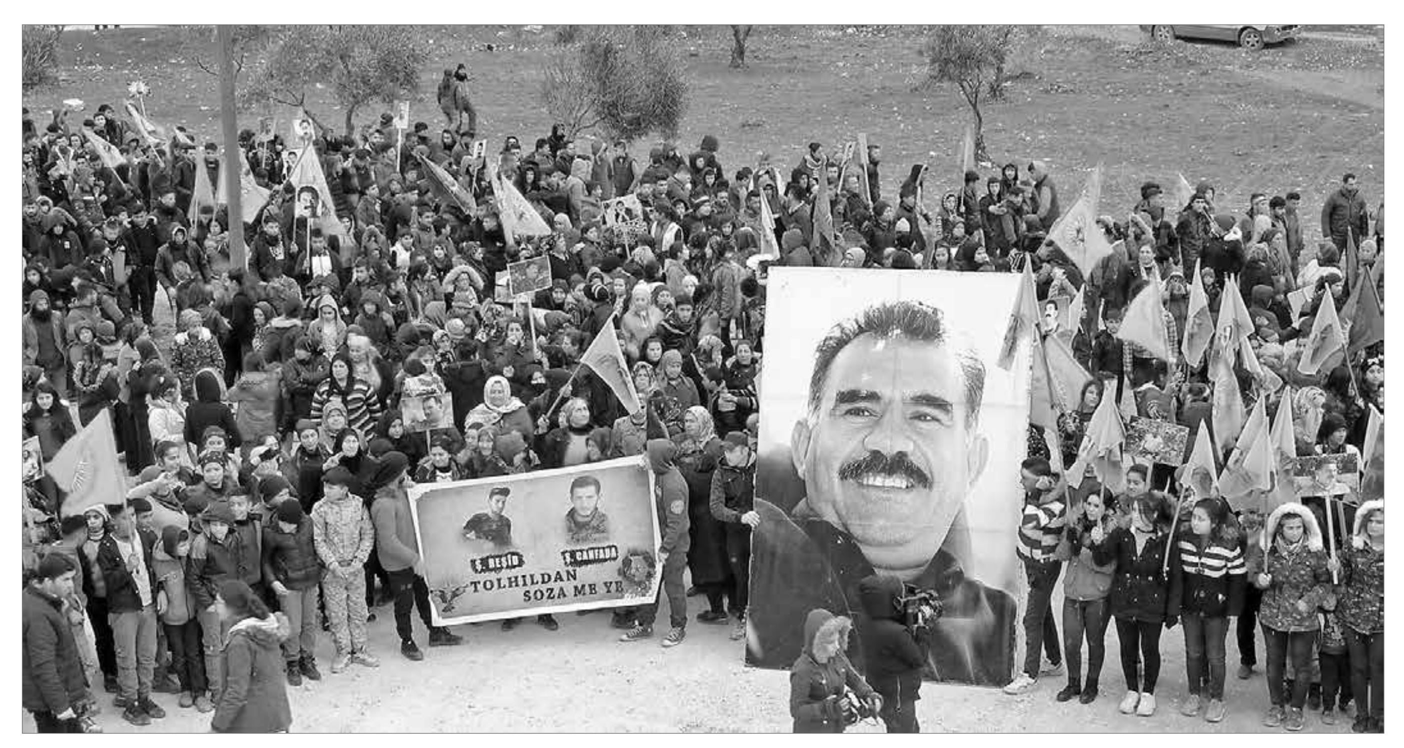
te Freiheitsstrafe«, sondern eine »lebenslange Freiheitsstrafe bis zum Tod ohne Möglichkeit der Entlassung auf Bewährung«. Dafür wurde die bestehende Gesetzgebung vor allem durch die Einführung einer »verschärften lebenslangen Freiheitsstrafe« geändert. In seinem Urteil vom 18. März 2014 hat der EGMR *[Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte]* entschieden, dass die Qualität dieser Freiheitsstrafe gegen das Folterverbot verstößt. Das führte jedoch nicht dazu, dass die Türkei eine Änderung ihrer nationalen Gesetzgebung vorgenommen hätte.

Die Isolationshaft geht alle etwas an

Unter Berücksichtigung der historischen Hintergründe sowie der jüngeren Entwicklungen, die beide im Folgenden skizziert werden, ist anzumerken, dass die Gefangenschaft und Isolationshaft von Herrn Öcalan nicht nur die Kurd*innen und/oder die kurdische Politik etwas angeht, sondern alle, die das Streben der Völker des Mittleren Ostens nach Freiheit unterstützen. Die Parallelität zwischen den Umständen der Isolation Öcalans, die sich in den letzten 7 bis 8 Jahren verschärft hat, und einer Phase außerordentlicher Unbeständigkeit im Mittleren Osten verrät uns viel. Der Aufbau und die Fortführung des Imralı-Systems sind ein Ergebnis der Sackgasse, in der sich der türkische Staat bezüglich der sog. kurdischen Frage befindet. Die jüngsten Vorhersagen und Warnungen von Herrn Öcalan haben alle beteiligten Parteien gehört. In einer Zeit, in der sich der Mittlere Osten in ein Meer von Blut verwandelt hat, hat Herr Öcalan in dem Versuch, zu einer Lösung beizutragen, einen lokalen, friedlichen und vernünftigen Ansatz für die Völker der Region vorgeschlagen. Dieser Ansatz ist zur Zielscheibe der herrschenden Machteliten geworden. Ihr Angriff wird durch ein internationales Komplott und die Isolationshaft gestützt.

Internationalisierung der sog. kurdischen Frage

Gegenwärtig treten Krisen überall auf der Welt auf, aus verschiedenen Gründen und vor unterschiedlichem Hintergrund. Am Ende des ersten Quartals des 21. Jahrhunderts wird der Mittlere Osten als Quelle des sich entfaltenden Chaos angesehen. Diese Krise ist ein Ausdruck der Misere der antidemokratischen Konzeption des Nationalstaates, die von den wechselnden Hegemonialmächten rund um die Welt verbreitet wurde. Nach den beiden Weltkriegen entwickelte Europa einen auf Verhandlungen basierenden demokratischen Stil, indem es neue administrative, politische und Regierungs-Mechanismen schuf. Im Mittleren Osten hingegen setzt sich die Krise in Form eines langwierigen Dritten Weltkriegs fort. Von Afgha-



Die Jugend Efrîns im Kanton Şehba hat einen Marsch zum 21. Jahrestag des internationalen Komplotts vom 15. Februar organisiert. Die Jugend ist entschlossen, den Faschismus mit dem Zorn der Jugend zu besiegen und das Imralı-System zu brechen. Foto: anf

nistan über Kurdistan bis nach Libyen haben die letzten 21 Jahre Millionen von Todesopfern gefordert und noch andere Verluste und Verwüstungen mit sich gebracht.

Die Entwicklungen, die als Internationalisierung der sog. kurdischen Frage beschrieben wurden, sind in Wirklichkeit ein genaues Spiegelbild der Ursache des Problems. Unter der Vormundschaft von vier verschiedenen Nationalstaaten waren die Kurd*innen einer assimilierenden, vernichtenden und sogar genozidalen Politik unterworfen. Wenn Syrien, Iran, Irak und die Türkei zu Gewalt gegriffen haben, dann taten sie dies nicht im Alleingang, sondern mit Genehmigung der internationalen Gemeinschaft. Sicher, es gibt im Lauf der Geschichte auch zahlreiche Beispiele für Freiheitskämpfe, die die Weigerung der Kurd*innen aufzeigen, den Status quo als ihr Schicksal zu akzeptieren. Die Kurd*innen haben mit Bezug auf das »Recht auf Selbstbestimmung« ihre Entschlossenheit unter Beweis gestellt, als Volk zu existieren, auch durch ihren Beitrag zur Demokratisierung der Nationalstaaten, in denen sie von Genozid bedroht werden. Der stärkste Ausdruck dieses Willens hat sich in den Ideen Öcalans selbst manifestiert. Herr Öcalan erklärt daher, dass er sich als den »Willen des freien Kurden« versteht.

> In einer Zeit, in der sich der Mittlere Osten in ein Meer von Blut verwandelt hat, hat Herr Öcalan in dem Versuch, zu einer Lösung beizutragen, einen lokalen, friedlichen und vernünftigen Ansatz für die Völker der Region vorgeschlagen. Dieser Ansatz ist zur Zielscheibe der herrschenden Machteliten geworden.

Für Frieden auf der Grundlage von Würde, Demokratie und Freiheit

In ihren philosophischen, soziologischen, ethischen, politischen, historischen und anderen Aspekten sind Öcalans Untersuchungsergebnisse zur sog. kurdischen Frage genau und umfassend. So wie seine Vorschläge zur Lösung des Problems auch einen lokalen und regionalen Schwerpunkt haben, so sind sie auch auf globaler Ebene diskussionswürdig. In den Jahren 1992–1993 hat Herr Öcalan zum Ausdruck gebracht, dass sein Streben von der Forderung nach »einer demokratischen politischen Lösung, einem Frieden auf der Grundlage von Würde, Demokratie und Freiheit« geleitet wurde, und hat Entsprechendes unternommen. Er erklärte mehrere einseitige Waffenstillstände, gab verschiedene Erklärungen ab und nahm an vielen Treffen teil, die eine Lösung erarbeiten sollten. Schließlich war Öcalan angesichts einer Kriegsgefahr, die unmittelbar nach seinem Aufruf vom 1. September 1998 zu Frieden und einer Lösung des Konflikts aufkam, gezwungen, seinen damaligen Aufenthaltsort Syrien am 9. Oktober 1998 zu verlassen. Er entschied sich, nach Europa zu gehen, um eine demokratische Lösung mit politischen Mitteln zu verfolgen.

Internationales Komplott statt Frieden

Europa bat er, seine Bemühungen um eine demokratische Lösung und Frieden zu unterstützen. Doch statt der Bitte nachzukommen, wurde ein internationales Komplott gegen ihn organisiert. Dennoch hat er seine Bemühungen um eine politische Lösung und Frieden nie aufgegeben. Er erkannte, wie dringend die Forderung nach Frieden geworden war; und indem er seine Gedanken zu einer noch energischeren und noch sorgfältiger begründeten Weltanschauung entwickelte, vergrößerte sich sein Einfluss. Regionale Kräfte, die sich als Unterstützer des Status quo positionieren, und internationale Kräfte mit ihren hegemonialen Interessen sind gleichermaßen verantwortlich für das anhaltende Chaos im Mittleren Osten, der nach wie vor durch Krisen und Kriege erschüttert wird. Inzwischen haben die Kurd*innen begonnen, sich darauf zu konzentrieren, ihre eigene Fähigkeit zur Versöhnung nach außen zu tragen. Tatsächlich haben die Entwicklungen im Mittleren Osten den Kurd*innen eine entscheidende Rolle in der Region zugewiesen und die Lösung der sog. kurdischen Frage zu einer Aufgabe von internationaler Bedeutung gemacht. Neben der Haltung der Kurd*innen zwingt uns die gegenwärtige Situation auch dazu, die Rolle von Herrn Öcalan zu überdenken. Vor und während seiner Gefangenschaft auf der Insel Imralı hat er oft genug seine Fähigkeit unter Beweis gestellt, auf historischem Bewusstsein beruhende, vernünftige und realistische Vorschläge zur Lösung des Problems zu unterbreiten.

Invasion als Fortsetzung des Komplotts

Betrachtet man sowohl die historischen als auch die jüngeren Entwicklungen, so lässt sich erkennen, dass die Kurd*innen als Erpressungs- und Verhandlungsmasse benutzt werden, um die vier Staaten, auf die sie aufgeteilt worden waren, in das kapitalistische Weltsystem einzugliedern. Vor diesem historisch-politischen Hintergrund zeigt sich der Zweck des am 9. Oktober 1998 gegen Herrn Öcalan organisierten internationalen Komplotts, nämlich einen kurdisch-türkischen Krieg zu provozieren – ohne Ausweg und ohne Hoffnung auf eine Lösung – und

die beiden schwächelnden Seiten in eine abhängige Position zu drängen. Der Besatzungsangriff auf Nordsyrien am 9. Oktober 2019, dem Jahrestag des Komplotts, muss als Demonstration verstanden werden, diese gleiche Politik fortsetzen zu wollen. Herr Öcalan selbst hat wiederholt darauf hingewiesen, dass das Komplott und seine Isolationshaft ein klares Spiegelbild der Kriegspolitik sind. Heute liegt der Fokus der Welt auf Syrien, insbesondere auf Nord- und Ostsyrien. Während diese Gebiete die Bühne für die jüngsten Entwicklungen waren, spielen auch die Spannungen und Widersprüche in Irak, Iran und in der Türkei eine wichtige Rolle. Die Politik der Türkei in Syrien steht in direktem Zusammenhang mit der sog. kurdischen Frage. Wenn man bedenkt, dass diese Politik eine solche des Krieges und der Blockade ist, können wir sie als Auslöser für die jüngste Welle von Tod, Zerstörung und Verlust, für die Fluchtbewegungen und für die Krisen im Bereich Migration und Asyl identifizieren. Trotzdem, wenn in der Türkei der notwendige Wille an den Tag gelegt werden würde, könnte eine Lösung der sog. kurdischen Frage auf einer Basis des Dialogs und der Politik erreicht werden. Herr Öcalan hat sich in seinen direkten und indirekten Beziehungen zum Staat bemüht, einen lösungsorientierten Standpunkt zu entwickeln; er hat viel Arbeit hineingesteckt und alle aufgerufen, sich einem demokratischen Frieden zu öffnen. Doch auf der internationalen Bühne missachten die politischen und menschenrechtlichen Mechanismen die Lösungs- und Friedensbemühungen, die Herr Öcalan vor und nach seiner Inhaftierung auf der Insel Imralı unternommen hat; sie ziehen es vor, ihn weiterhin als »Terroristen« zu bezeichnen. In juristischer Hinsicht hat dieses Verhalten willkürlichen Absprachen und Praktiken Vorschub geleistet, die die Isolationshaft auf Imralı und die Übernahme antidemokratischer Grundsätze in die türkische Verfassung und Gesetzgebung weiter verschärfen.

Besuchssperre nur kurz durchbrochen

Im Rahmen des willkürlichen und ungesetzlichen Isolationssystems von Imralı konnten die Rechtsvertreter*innen vom 27. Juli 2011 an für einen Zeitraum von 8 Jahren ihrem Mandanten keinen einzigen Besuch abstatten. Während der letztjährigen Konferenz diskutierten und verfolgten wir intensiv die Hungerstreiks und das Todesfasten von Tausenden von Menschen, die schließlich dazu führten, dass Herr Öcalan von seinen Anwält*innen besucht werden durfte. Insgesamt konnten fünf Besuche stattfinden; dem ersten Besuch am 2. Mai 2019 folgten weitere Besuche am 22. Mai, 12. Juni, 18. Juni und 7. August. Seit dem 7. August jedoch dürfen Öcalans



In verschiedenen Städten und Ländern wurde mit »langen Märschen«für die Freiheit von Abdullah Öcalan und gegen seine Isolation auf der Gefängnisinsel Imralı protestiert. Foto: anf

Anwält*innen wieder nicht zu ihrem Mandanten, und ihre jeweiligen Einsprüche werden noch nicht einmal beantwortet.

Erneut Lösungsvorschläge

Während des ersten dieser Besuche hat Herr Öcalan der Öffentlichkeit seine Ansichten in einer Sieben-Punkte-Erklärung mitgeteilt, die u. a. Vorschläge zu aktuellen Fragen enthält. Die Erklärung, die er selbst als »Imralı-Haltung« bezeichnet, ist aber auch eine hinreichende Quelle, um seine Ansichten aufzuzeigen. Kurz skizziert umfasst sie die folgenden Inhalte:

1. Die Notwendigkeit der sozialen Versöhnung,
2. die Notwendigkeit, demokratische Verhandlungen einzuleiten,
3. eine Lösung der Probleme der Türkei und der Region, insbesondere des anhaltenden Krieges, durch Soft Power,
4. eine Lösung der Probleme in Syrien aus der Perspektive einer verfassungsmäßig garantierten lokalen Demokratie unter Beibehaltung der territorialen Einheit Syriens,
5. Widerspruch zur Fortführung der Hungerstreiks,
6. Entschlossenheit, an der Newroz-Erklärung von 2013 festzuhalten,
7. eine Lösung, die auf menschenwürdigem Frieden und Demokratie basiert.

Auch während der vier Treffen, die auf diese aus dem ersten Besuch resultierende Erklärung folgten, bewertete Öcalan die Dimensionen und die voraussichtliche Entwicklung des erwarteten Krieges im Mittleren Osten und bewies damit erneut seine Bedeutung für eine Konfliktlösung. Im Zusammenhang mit dem, was in der kurdischen Politik als »Dritter Weg« bezeichnet wird, hat er deutlich gemacht, dass eine demokratische Verfassungslösung der Grundpfeiler einer demokratischen und gemeinsamen Zukunft der Völker ist. Während unseres fünften und letzten Treffens am 7. August 2019 wies Herr Öcalan auf die Wahrscheinlichkeit eines Krieges hin und bekräftigte sein Anliegen, ein solches Szenario zu verhindern. Er unterstrich seine Kompetenz, ein Ende der Gewalt und eine demokratische verfassungsmäßige Lösung der sog. Kurden*innenfrage herbeizuführen, und versicherte: »Geben Sie mir eine Woche und ich werde die Gefahr eines Konflikts ausräumen. Innerhalb einer Woche kann ich einen Weg zur Problemlösung ebnen; ich bin zuversichtlich, dass ich den Konflikt verhindern werde.« Aber weder wurde, wie Öcalan selbst einräumte, seinen Forderungen staatlicherseits Vernunft entgegengebracht; der Staat setzte seine Angriffe fort. Noch kam die erhoffte Antwort der internationalen Gemeinschaft. Da der Krieg weiterhin mit täglich verheerenderen Auswirkungen geführt wird, hält auch Herr Öcalan an seinem Aufruf zu einer friedlichen Lösung ebenso fest wie an seinem Angebot, seinen Beitrag zu leisten.

Das Imralı-System als Prototyp

Aus diesem und vielen anderen Gründen wäre es ein Fehler, das Imralı-System der Isolation im 21. Jahr allein als ein Problem der türkischen Gefängnispolitik zu betrachten. Dieses System ist nicht einfach nur ein Aspekt der Menschenrechts- und Demokratiefragen in der Türkei, sondern deren Ursache. Das Imralı-System ist ein Prototyp: In verschiedenen Bereichen werden die Erfahrungen und Kenntnisse aus diesem sich wandelnden und entwickelnden System, das kontinuierlich, ohne Unterbrechung und gezielt durchgesetzt wird, unter Anwendung der gleichen Techniken genutzt. Mit anderen Worten: Wir sollten Imralı nicht als eine einzelne Menschenrechtsverletzung wahrnehmen, sondern es als genaues Sinnbild des Zustands von Recht und Demokratie in der Türkei betrachten.

Über die Freiheit von Herrn Öcalan sprechen

Im Namen einer politischen und demokratischen Lösung der sog. kurdischen Frage und eines Friedensprozesses im Mittleren Osten sollte die Europäische Union Stellung beziehen und die Türkei von der Ausübung der Isolationshaft abbringen. Hätte es in der Vergangenheit Unterstützung für eine demokratische Lösung der sog. kurdischen Frage gegeben, so sähe die Bilanz der Türkei in Bezug auf Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit heute eindeutig besser aus. Ein Friedensprozess sollte in historischer und politischer Perspektive betrachtet werden, um zu verhindern, dass sich die Geschichte wiederholt. Deshalb möchten wir heute alle demokratischen Institutionen, Organisationen der Zivilgesellschaft, politischen Parteien und ihre Organe, insbesondere die, die an dieser Konferenz teilnehmen, bitten, in ihrer Arbeit über die Beendigung der Isolation und schließlich auch über die Freiheit von Herrn Öcalan zu sprechen.

Wir rufen alle auf, dazu beizutragen, dass der Zusammenhang zwischen der Isolation, der Demokratisierung der Türkei und der Erlangung demokratischer Rechte durch das kurdische Volk verstanden wird, und dazu, zum Kampf für die physische Freiheit von Herrn Öcalan beizutragen. Wir wünschen Ihnen allen fruchtbare Diskussionen. ♦

Eine Internationalistin erinnert sich

Öcalan in Rom

Chiara Mu, Künstlerin

Abdullah Öcalan hielt sich vor 21 Jahren einige Wochen in Rom auf, nachdem er am 9. Oktober 1998 Syrien verlassen hatte. Von Syrien aus flog Öcalan über Zypern nach Griechenland und Moskau. Am 12. November 1998 reiste er in Begleitung eines italienischen Abgeordneten weiter nach Italien, wo er aufgrund eines deutschen Haftbefehls festgenommen wurde. In dieser Zeit reisten Tausende in Europa lebende Kurdinnen und Kurden in die italienische Hauptstadt.

Nachdem die Bundesregierung am 23. November auf ein Auslieferungsersuchen verzichtet hatte, wurde Öcalan im Dezember 1998 aus dem Hausarrest entlassen und verließ Rom im Januar. Am 15. Februar 1999 wurde er in Nairobi (Kenia) nach dem Verlassen der griechischen Botschaft in einem internationalen Geheimdienstcoup in die Türkei verschleppt.

Die italienische Künstlerin Chiara Mu war damals in Rom und erinnert sich an die Tage auf der »Piazza Öcalan«:

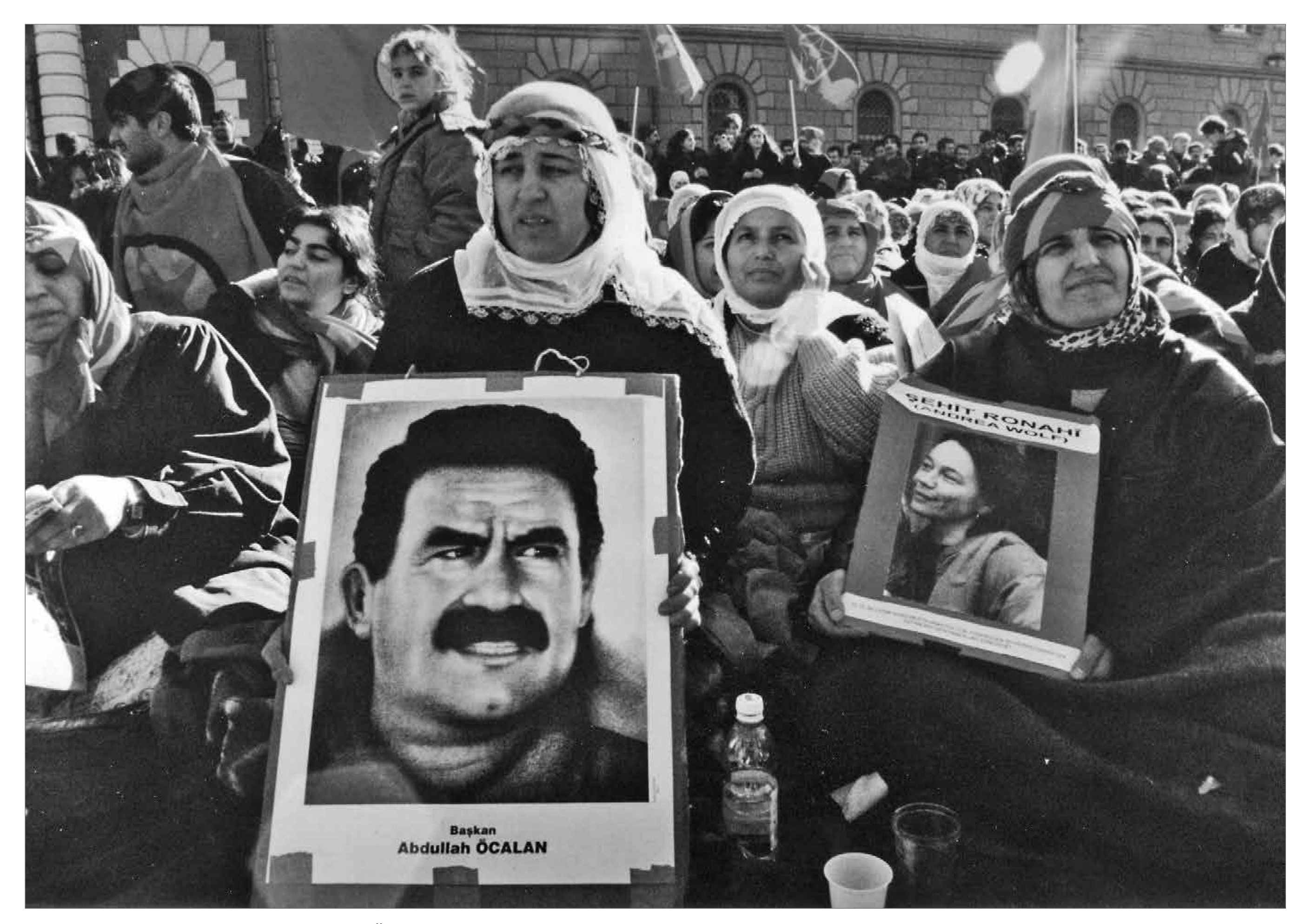
Öcalan in Rom

Anlässlich des 21. Jahrestages der Verhaftung von Abdullah Öcalan am 15. Februar 1999 in Nairobi möchte ich mitteilen, was das Wort »Öcalan« für mich bedeutet. Es ist tatsächlich mehr als ein Name. Ich bin eine italienische Künstlerin, die in den neunziger Jahren in Italien politisch aktiv war, und ich war in Rom, als »Apo«, wie Öcalan genannt wird, am 12. November 1998 dort ankam, nachdem er Syrien verlassen und ein Land gesucht hatte, das bereit war, ihn als politischen Flüchtling aufzunehmen. Die italienische Regierung wurde damals von dem einzigen linken Premierminister (Massimo D´Alema) geführt, den wir seit dem Zweiten Weltkrieg hatten, und es bestand die legitime Möglichkeit, dass Öcalan den notwendigen Status erhielt. Er wurde bis zum 16. Januar 1999 im Militärkrankenhaus Celio in Rom festgehalten. Innerhalb dieser Zeit zwang der ständige politische Druck der EU, der USA und der Türkei die italienische Regierung, Öcalan wegzustoßen, obwohl nur die italienische Justiz ihn zum politischen Flüchtling erklären konnte, wie sie es am Ende auch tat, aber zu spät: Er war bereits weg und leider gefangen genommen.

Piazza Öcalan: Ein Platz, der niemals schläft

Ich erinnere mich daran, dass ich abends rücksichtslos fuhr, versuchte, den typischen Stau im Stadtzentrum zu vermeiden, und auf dem Platz vor dem Celio-Krankenhaus einen nicht ganz legalen Parkplatz fand, auf den ich meinen sehr alten Ford quetschen konnte. Gleich am ersten Tag sah ich diesen riesigen Platz, der von Zelten, Autos, Lieferwagen mit ausländischen Kennzeichen und Menschen besetzt war, so vielen Menschen, die hauptsächlich aus Deutschland und anderen Teilen Europas kamen, um Apo zu unterstützen, ich war erstaunt. Niemand hatte eine menschliche Lawine kurdischer Frauen und Männer aller Altersgruppen erwartet, die bunte Tücher tragen, alle mit glänzenden, offenen Augen anschauen und singen, tanzen, Tee kochen, miteinander und mit jedem, der zuhören will, reden und dafür sorgen, dass der Platz wirklich niemals schläft.

Ich habe viele Nächte auf diesem Platz verbracht, der von den römischen Aktivisten in Piazza Öcalan (Öcalan-Platz) umbenannt wurde und später als Piazza Kurdistan bekannt wurde. Ich kam von der Arbeit und lief dorthin, um zu sehen, wie es dort lief, verbrachte in langen und kalten Nächten Zeit vor dem Feuer, half, wenn es nötig war, brachte Essen, nahm an dieser außergewöhnlichen Zeit teil, die aus der freudigen kollektiven Bemühung bestand, einem Mann zu sagen, dass sein Kampf eindeutig nicht nur sein eigener war, dass sein Kampf den ihren bedeutete, im Namen dieser Freiheit und Unabhängigkeit, die sie nie zuvor hatten.



Am 12. November 1998 kam Abdullah Öcalan, nachdem er Syrien am 9. Oktober verlassen hatte, in Rom an. Tausende Menschen machten sich daraufhin auf den Weg nach Rom. Foto: KR

»Ich musste dort sein«

Als internationalistische Aktivistin war ich es gewohnt, an Massenprotesten teilzunehmen, um verschiedene Anliegen zu unterstützen, die mir nahegingen, wie zum Beispiel den palästinensischen Kampf um Anerkennung und die Revolution in Chiapas in Mexiko. Mein politisches Engagement in dieser Notlage war ein vollkommen rationaler Akt; ich hatte das Gefühl, dass ich dort sein musste, um meinen Ideen und mir selbst treu zu bleiben. Aber was auf der Piazza Öcalan geschah, war eine andere Sache, die ich erst durch diese Erfahrung entdeckt habe. Ich hatte die persönliche Chance, zum ersten Mal mit Menschen in Kontakt zu treten, die sich von meiner Kultur und meiner persönlichen Geschichte sehr unterschieden. Dieses Ereignis hat mir die Gabe verliehen, Vielfalt und Andersartigkeit als ein Gefühl zu schätzen. Ich war verzaubert von der Würde und der Offenheit, die die Kurden zeigten. Sie waren so weit weg von zu Hause und so lange dort, ohne in Verzweiflung oder Wut auszubrechen.

Aufnahme in besetzter Fabrik

Nach Silvester wurden die Dinge schwieriger. Es war klar, dass die italienische Regierung nicht in der Lage war, sich der internationalen Front gegen den Aufenthalt Öcalans zu stellen, viele begannen nach Deutschland zurückzukehren, und der Stadtrat übte Druck auf die verbliebenen Kurden aus, den Platz zu räumen. Die politische Organisation, der ich angehörte (C.S.O.A. Snia), vermittelte zusammen mit anderen gegenüber der Polizei. Wir boten an, die wenigen hundert Kurdinnen und Kurden aufzunehmen, die nicht gehen wollten, bis die Situation von Apo geklärt war. Wir hießen sie in dem Gebäude, das wir als Hauptquartier besetzt hatten, willkommen. Es handelte sich um einen stillgelegten Fabrikkomplex

mit riesigen Innen- und Außenräumen. Wir machten endlose Bettenreihen auf dem Boden im Inneren, organisierten Zelte für Feuer und Versammlungen im Freien, machten viel Tee für die Ramadan-Tage und sorgten dafür, dass alle in Sicherheit waren. Wir überwachten ständig die Gegend und hielten Faschisten und Polizei aus dem Weg. Wir schützten und verteidigten jeden Einzelnen von ihnen, da wir der Meinung waren, dass unser Beitrag zu einem so großen Kampf tatsächlich sehr gering war.

Als Öcalan Italien verließ

Ich erinnere mich an den Tag, an dem Öcalan Italien verließ, und an die Nacht danach, als wir die letzten unserer kurdischen Freunde in die Busse setzten, die sie in ihre Heimatorte zurückbrachten. Ich erinnere mich an das Weinen, als ich sie bei der Abfahrt beobachtete und sie nach der Ampel in eine weitere endlose, kalte Nacht verschwanden.

Verzweifelte Wut

Als Öcalan in Kenia gefangen genommen wurde, war ich Teil der Massenproteste, die einige Tage später stattfanden und die mit dem Angriff auf ein geschlossenes Büro der Turkish Airlines auf dem römischen Hauptplatz, auf dem wir uns versammelt hatten (Piazza della Repubblica), begannen. Ich war dort, meine Freunde waren dort. Ich war nicht persönlich daran beteiligt, aber ich war zusammen mit meinen Weggefährten Zeugin und Unterstützerin dieser Aktion. Ich sah, wie Polizisten mit ihren Waffen auf die Demonstranten zielten; ich war, wie alle dort, sehr, sehr wütend auf die italienische Regierung und die internationale Gemeinschaft. Viele wurden in den Tagen danach verhaftet, wobei dieses Gefühl der Verzweiflung und der Wut und vor allem der absoluten Hilflosigkeit noch lange anhielt.

Eine dauerhafte Umarmung

»Öcalan« ist für mich ein Wort, das all jene enthält, die ich beim Schreiben dieser Erinnerung verwendet habe. Vor allem bedeutet es eine dauerhafte, lange Umarmung; dieselbe, die die Herzen des kurdischen Volkes mit Hoffnung und Freiheit füllt, die kein Gefängnis vermindern und auslöschen kann, und die Tag für Tag mit dem Teilen ihrer Wahrheit wächst. ♦

Der Text ist erstmalig auf Englisch bei Komun Academy erschienen.



Auf der »Piazza Öcalan« in Rom hält eine Kurdin ein Bild von Rohnaî, Andrea Wolf, im Arm. Ronahî war kurz vorher (23. Oktober 1998) von der türkischen Armee in den Bergen Kurdistans ermordet worden. Foto: KR

Irak, Iran, USA – Die Hintergründe des Konfliktes im Mittleren Osten

Der Machtkampf im Irak

Seyit Evran, Journalist

Die Krise und das Chaos im Irak haben sich mit der Ermordung von Ghassem Soleimani, dem Anführer der Islamischen Revolutionsgarden, und Abu Mahdi al-Muhandis, dem Leiter der al-Haschd asch-Schaabi im Irak, durch einen gezielten Angriff der USA weiter vertieft. Die historischen und gesellschaftlichen Grundlagen der gegenwärtigen Probleme und die Widersprüche zwischen den Kräften, die sich in einem Machtkampf um den Irak befinden, geben einige Anhaltspunkte für mögliche Entwicklungen. Diese Widersprüche scheinen die innenpolitische Fragmentierung im Irak noch weiter zu verstärken.

Der historische Hintergrund

Das System des zum Tode verurteilten und hingerichteten irakischen Diktators, Saddam Hussein, stützte sich auf sunnitische Strukturen und schuf damit Widersprüche zwischen schiitischen und sunnitischen sowie kurdischen und arabischen Bevölkerungsteilen. Die schiitische und die kurdische Bevölkerung war mit unvergleichlicher Repression konfrontiert. Schiitische Anführer wurden auf offener Straße ermordet und hingerichtet. Einer der Ermordeten war Mohammed Sadeqık as-Sadr, der Vater des schiitischen Geistlichen Muqtada as-Sadr. Auch Muhammad Baqir as-Sadr wurde hingerichtet. Er war der Schwiegervater von Muqtada as-Sadr.

An den Kurd*innen wurden mithilfe chemischer Waffen abscheuliche Massaker verübt. Helepçe ist das deutlichste Beispiel dafür. Tausende Dörfer in Behdînan, Silêmanî, Qendîl und Xakurkê wurden zerstört. Vor diesem Genozid fliehend sind die Kurd*innen nach Nordkurdistan, Ostkurdistan und einige wenige auch nach Rojava gegangen. Später, als sich die Möglichkeit ergab, kämpften sie auch gegen Saddam Hussein.

Die Intervention der USA im Irak

Die USA waren nach dem Einmarsch des Irak in Kuwait Anfang der 1990er bestrebt, Saddam Hussein zu stürzen. Die Ende der 1990er begonnene Intervention der USA endete 2003 mit dem Sturz Saddams, die US-amerikanische Armee blieb im Irak stationiert und die USA begannen, den Irak mit einem Sonderbeauftragten zu verwalten. Den Kurd*innen wurde nördlich des 36. Breitengrades ein Autonomiegebiet zugestanden.

Sunnitische Teile der Bevölkerung im Irak organisierten sich als ehemalige Anhänger*innen von Saddam und verkündeten ihren Kampf gegen die USA. Infolgedessen entstanden im Irak der sogenannte Islamische Staat (IS) und eine Vielzahl von Al-Qaida-Gruppen.

Organisationen der arabisch-schiitischen Bevökerungsgruppe eröffneten ebenfalls den Krieg gegen die USA. Die Vorreiterrolle hierbei spielte trotz seines jungen Alters Muqtada as-Sadr. As-Sadr und die von ihm gegründete Mahdi-Armee kämpften in Bagdad und Umgebung, sowie in Basra, Babil, Zikkar, Musena, Missan, Nadschaf und Kerbela gegen die USA. Sie erklärten die USA zur Besatzungsmacht und kündigten den Kampf bis zum Rückzug der USA aus dem Irak an.

Die neue im Jahre 2005 verabschiedete Verfassung teilte die Verwaltung des Irak in schiitische, sunnitische und kurdische Gebiete auf.

Das Erstarken des Iran

Besonders der Iran profitierte von der neuen Verfassung und der Aufteilung der staatlichen Institutionen. Weil das Amt des Premierministers verfassungsgemäß schiitisch besetzt sein sollte, versuchte der Iran von Anfang an darauf Einfluss zu nehmen. Die irannahe und alte Dava-Partei wurde aktiv, und auch wenn sie bei den Wahlen nur wenig Stimmen erzielte, beka-

men irannahe Personen das Amt des Premierministers. Nicht mit dem Iran verbündete Premierminister blieben nicht lange im Amt.

Die USA hatten sich in einem Teil des Irak festgesetzt und versuchten sich zu halten, indem sie Widersprüche zwischen den Sunnit*innen und den Kurd*innen schufen. Darüber hinaus erklärten die USA, dass das eigentliche Zentrum des Schiitentums die Stadt Nadschaf sei und nicht das iranische Kum, weshalb die irakischen Schiit*innen ihren geistlichen Anführer selbst wählen müssten. Auf diese Weise schufen die USA Widersprüche zwischen den arabischen und iranischen Schiit*innen. Doch der Krieg der Mahdi-Armee von as-Sadr richtete sich nicht nur gegen die USA in der Hauptstadt Bagdad und den schiitischen Regionen: Sie kämpfte gegen alle Staaten, die Teil der internationalen Koalition waren. Die heftigsten Auseinandersetzungen gab es in Basra gegen die Soldaten Großbritanniens.

Das Aufbrechen interner Probleme nach dem Sieg

Die stärksten Gefechte ereigneten sich 2011 in Basra. An einem Tag sollen 700 Mitglieder der Mahdi-Armee getötet worden sein. Trotzdem begann die internationale Koalition sich aus den von der Mahdi-Armee beeinflussten Gebieten zurückzuziehen. Kurz nachdem daraufhin die Mahdi-Armee ihre Siegesparade abhielt, machten sich ihre inneren Probleme bemerkbar, vor allem zwischen Qeys Xez Ali, dem offiziellen Sprecher der Armee, Asaib Ehlil Hak, dem heutigen Verantwortlichen der irannahen Gruppe, und Muqtada as-Sadr. Muqtada as-Sadr beschuldigte Qeys Xez Ali, innerhalb der Mahdi-Armee eine eigene Gruppe zu organisieren.

Aufstand in der arabischen Welt

Ab 2011 begannen in der arabischen Welt wichtige Entwicklungen. Die Aufstände gegen die langjährigen Diktaturen in der Region begannen in Tunesien und breiteten sich in Ägypten, Libyen bis hin nach Syrien aus. Die USA, Russland, europäische Länder und regionale Staaten wie die Türkei und der Iran nutzten die Aufstände für ihre eigenen Interessen. In Tunesien, Ägypten und Libyen bauten die Muslimbrüder ihr System mit der Unterstützung der Türkei auf.

Eingriff in die Einflusszone der Muslimbrüder

Aus diesem Grunde stockten die Aufstände in Syrien. Es gab Interventionen in Ägypten, Tunesien und Libyen. Die Situation in Syrien mündete in einen Krieg innerhalb der syrischen Grenzen. Es wurde versucht, den Einfluss der Muslimbrüder, die von der Türkei unterstützt wurden, zurückzudrängen.

Der Iran hingegen verfolgte weiterhin das Ziel, den schiitischen Halbmond auszubauen. Während Erdoğan mithilfe der Muslimbrüder und der Vernichtung der Kurd*innen seine regionale Macht erweitern wollte, verfolgte der Iran das Ziel, im Irak, Syrien, Jemen, Libanon und anderen Staaten seinen Einfluss mithilfe lokaler Kräfte auszudehnen.

Der IS in der Region

Als die Maske der von der Türkei unterstützten Gruppen fiel, wurde der IS im Jahr 2013 zu einem aktiven Faktor in Syrien und im Irak. In Syrien richtete sich der IS vor allem gegen die kurdischen Gebiete. Die Angriffe auf Nord- und Ostsyrien hielten ab 2014 ununterbrochen an. Im Irak besetzte der IS Gebiete wie Mûsil, Tikrît, Diyala, Kerkûk, Şengal und Zumar, wobei sich die irakische Armee aus den meisten Städten kampflos zurückzog. Infolge dieser Angriffe musste der damalige irannahe Premierminister Nuri al-Maliki von seinem Amt zurücktreten. Die Angriffe des IS und der Rücktritt von al-Maliki bedeuteten für den Iran einen enormen Einflussverlust. Als Premierminister folgte Haydar al-Abadi.

Der innerschiitische Widerspruch

Auch wenn er Mitglied der Dava-Partei war, dessen Vorsitzender Nuri al-Maliki ist, stimmte Haydar al-Abadi nicht in allen Punkten mit dem Iran überein und stand Muqtada as-Sadr näher. Die Anführer der schiitischen Front, an deren Seite Haydar al-Abadi stand, verstehen sich selbst als Iraker und arabische Alewiten. Sie erklärten, das Zentrum des Schiitentums sei nicht Kum, sondern Nadschaf. Die religiöse Autorität der arabischen Alewit*innen müsse nicht vom Iran, sondern von den irakischen arabischen Schiit*innen bestimmt werden.

Nachdem Haydar al-Abadi Premierminister wurde, bereitete er eine Offensive vor, um die antiiranische Gruppe zum Erfolg zu führen. Sie konzentrierte sich auf den Kampf gegen den IS. Ein Jahr nach der Amtsübernahme wurden Vorbereitungen getroffen zur Rückeroberung der vom IS besetzten irakischen Gebiete, allen voran Mûsil.

Al-Haschd asch-Schaabi als Karte des Iran

Angesichts der Schwächung der den Iran unterstützenden Parteien und Politiker einerseits und der Vorbereitungen einer Militäroperation gegen den IS von Seiten des Premierministers

Haydar al-Abadi andererseits unternahm der Iran einen neuen Vorstoß, indem er al-Haschd asch-Schaabi gründete, vorwiegend aus Schiiten bestehend. Dies geschah unter Führung des irannahen Nuri al-Maliki, der während seiner Amtszeit als Premierminister einen großen Teil des Irak an den IS verloren hatte. Am 13. März 2014 verkündete er – flankiert von einer Fetva des irakisch-schiitisch Geistlichen Ali as-Sistani – offiziell die Gründung der al-Haschd asch-Schaabi. Die al-Haschd asch-Schaabi bestehen aus über 100 Gruppen, mehr als 40 davon stehen dem Iran nahe.

Der Schachzug der Türkei

Auch der türkische Staat führte im Irak einen Machtkampf mit dem Iran, da er die Ölfelder in Mûsil und Kerkûk kontrollieren möchte und die südkurdische Region als Teil seines Einflussgebietes betrachtet. Tariq al-Haschimi und Esil Nuceyfi schmiedeten dafür in Ankara einen Plan. Zu Beginn des Jahres 2012 floh Tariq al-Haschimi, stellvertretender Staatspräsident des Irak und Vorsitzender der Islamischen Partei, nach Südkurdistan, um sich der Verantwortung für ein Massaker an Schiit*innen im Irak zu entziehen; von dort aus wurde er an die Türkei weitergereicht. Irakische Gerichte verurteilten ihn in Abwesenheit zum Tode. Esil Nuceyfi ist der ehemaligen Gouverneur von Mûsil. Er hatte Mûsil trotz massiver Truppenpräsenz kampflos wenigen hundert IS-Dschihadisten überlassen. Im Irak wurde unter anderem wegen Kollaboration mit der Türkei ein Haftbefehl gegen ihn ausgestellt. Nuceyfi floh anschließend in die Türkei. Es sollte gegen die al-Haschd asch-Schaabi eine aus Sunniten bestehende paramilitärische Gruppe namens Haşdi Watani aufgebaut werden. Dafür wurden in Absprache mit der kurdischen Regionalregierung militärische Kräfte nach Başika geschickt. Dieser Plan erregte die Aufmerksamkeit des irakischen Premierministers Haydar al-Abadi, der den sofortigen Rückzug dieser Kräfte forderte und mit Militärschlägen drohte. Die Türkei erklärte ihre Truppenpräsenz mit einem Abkommen mit der kurdschen Regionalregierung zur Ausbildung ihrer Peschmerga-Kräfte.

Der Kampf um Macht im Kontext des IS

Um seine eigene Position angesichts der Vorbereitungen des Iran sowie den Status der Haşdi Watani durch die Türkei zu stärken, plante Haşdi Watani mit den USA und der internationalen Koalition eine Operation gegen den IS. Diese »Mûsil« genannte Operation im Sommer 2015 wurde aufgrund des



Tausende Menschen demonstrieren im südkurdischen Silêmanî gegen die Besetzung Nordsyriens durch den türkischen Staat. Foto: anf

Verlustes von Ramadi und der fehlenden Erfolge der irakischen Armee bis ins Jahr 2016 verlängert. Haydar al-Abadi verkündete dann am 17. Oktober 2016 den Beginn der Operation, die von den Peschmerga, den USA und den von der Türkei im Başika-Camp ausgebildeten »Wächtern von Ninive« unterstützt wurde. Im Rahmen dieser Operation, bei der auch circa 30 Gruppen teilnahmen, die Teil der al-Haschd asch-Schaabi sind, wurden bis Mitte 2017 Bakuba, Diyala, Ambar, Tikrît, Telafer und zuletzt Mûsil und das Umfeld vom IS befreit. Damit hatte Haydar al-Abadi seine eigene Position gestärkt.

Das größte Problem für al-Abadi war die Balance zwischen dem Iran und den USA. Da die USA, der Iran und die Türkei bei der Anti-IS-Operation teilnahmen, konnte trotz aller bestehenden Interessenskonflikte vorübergehend ein Gleichgewicht aufrechterhalten werden.

Das Referendum hat das Gleichgewicht zerstört

Genau in diesem Zeitabschnitt aber wurde das »Unabhängigkeitsreferendum« zum Thema, das der Präsident der kurdischen Regionalregierung Mesûd Barzanî initiiert hatte. Die USA, UN und anderen internationalen Kräfte versuchten die Durchführung dieses Referendums zu verhindern. Die USA und UN schlugen vor, das Referendum um zwei Jahre zu verschieben, bis die Probleme mit der irakischen Zentralregierung gelöst sind, und dann ein Referendum unter internationaler Aufsicht stattfinden zu lassen. Doch es wurde am 26. September 2017 durchgeführt. Der Iran, der Irak und die Türkei legten kurz darauf all ihre Spannungen untereinander auf Eis, um gemeinsam dieses Referendum zu blockieren. Auf Wunsch des irakischen Präsidenten Haydar al-Abadi führten die türkische und die iranische Armee jeweils an der Grenze zu Südkurdistan zur Abschreckung Militärmanöver durch. Der Iran schloss die Grenzübergänge und der Irak die Flughäfen in Südkurdistan. Am 16. Oktober griff der Irak mithilfe der al-Haschd asch-Schaabi die »umstrittenen Gebiete« an und besetzte sie innerhalb einer Nacht. Dies kehrte die Situation zugunsten des Iran um, wo doch die USA seit Jahren versuchten, den iranischen Einfluss im Irak einzudämmen. Der Iran intervenierte mithilfe seiner Miliz in Kerkûk und weiteren Gebieten, in denen sie zuvor keinerlei Einfluss hatte. Damit hatte sich der Iran im Irak ausgebreitet. Das antikurdische Bündnis zwischen dem Iran, dem Irak und der Türkei hatte damit das Gleichgewicht zerstört. Auslöser war das Unabhängigkeitsreferendum in Südkurdistan.

Die notwendige Offensive der USA

Dies nötigte die USA zum Handeln. Bei den irakischen Parlamentswahlen am 12. Mai 2018 haben die irannahen schiitischen Gruppen einen bedeutenden Sieg davongetragen. Sechs Tage danach, am 18. Mai 2018, begannen die USA sich einseitig aus dem im Jahr 2015 festgelegten Atomabkommen mit dem Iran zurückzuziehen und flankierten dies mit einem verschärften Embargo gegen den Iran. Die Ausweitung des Embargos am 5. November 2018 auf alle Länder, die Öl vom Iran beziehen, verschärfte die Spannungen zwischen den USA und dem Iran. Auch wenn am 12. Mai die Wahlen stattfanden, blieb der Irak bis zum Oktober ohne eine Regierung, da sich weder die Kurd*innen auf einen Staatspräsidenten noch die Schiit*innen auf einen Premierminister noch die Sunnit*innen auf einen Parlamentspräsidenten einigen konnten.

Durch einen minimalen Kompromiss zwischen den USA und dem Iran wurde zunächst der Parlamentspräsident im Oktober gewählt. Darauf folgte Barham Salih von der Patriotischen Union Kurdistan YNK als Staatspräsident. Dieser gab dem Technokraten Adil Abd al-Mahdi die Aufgabe, eine neue Regierung zu bilden. Ende Oktober wurde die Regierung von Adil Abd al-Mahdi zur Wahl gestellt, aber acht der vorgeschlagenen Ministern wurde nicht das Vertrauen ausgesprochen. Doch schlussendlich konnte wieder eine Regierung gebildet werden. Dann vertieften sich die Spannungen zwischen den USA und dem Iran erneut.

Die Frist von as-Sadr und die Protestwelle

Einen Monat, bevor die befristete Unterstützung von as-Sadr für die Regierung endete, begannen in der Hauptstadt Bagdad und in den vor allem von arabischen Schiit*innen besiedelten Städten Nadschaf, Kerbela, Basra, Nasiriya, Diwaniye, Missan, Mussena und Zikar Proteste. Die regierungskritischen Proteste richteten sich gegen Korruption, Misswirtschaft und Armut. Um Einfluss zu gewinnen, unterstützten neben as-Sadr auch die beiden dem Iran eher kritisch gegenüberstehenden Amr Hekim und Haydar al-Abadi die Proteste. Auch der schiitische geistliche Führer Ali as-Sistani sagte den Protesten seine Unterstützung zu.

Diese wurden immer gewalttätiger. Auch die USA erklärten die Unterstützung für die Proteste. Im zweiten Protestmonat trat der irakische Premierminister zurück. Da immer noch keine Regierung gebildet werden konnte, führt ein vorübergehender Premierminister das Amt weiter. Die Proteste richteten sich mit der Zeit auch gegen den Iran und die Krise vertiefte sich.

Die Karten werden mit dem Tod von Soleimani neu gemischt

Das Ausmaß der Spannungen zwischen den USA und dem Iran hat sich mit der Ermordung des iranischen Generals Ghassem Soleimani und Abu Mahdi al-Muhandis, des Leiters der al-Haschd asch-Schaabi, deutlich gezeigt. Solch ein Akt wurde von den USA nicht erwartet. Damit wurde in gewisser Weise die seit 40 Jahren andauernde Aggression, die über Stellvertreterkriege und Embargos geführt wurde, auf eine neue, offenere Stufe gehoben. Stellvertreter werden aber weiterhin in diesem Konflikt eine Rolle spielen.

Iran fordert eine Klarstellung der Positionen

Der Iran hat auf eine indirekte Art und Weise durch Nachrichten, Analysen und Kommentare in den Medien eine Klarstellung der Position der Türkei verlangt. Darüber hinaus hat der Iran auch Druck auf die Regierung im Irak aufgebaut. Infolgedessen kam am 5. Januar das irakische Parlament zusammen und plädierte für einen Rückzug aller ausländischen Kräfte aus dem Irak. Der vorübergehende irakische Premierminister Adil Abd al-Mahdi und der Präsident der kurdischen Autonomieregion Nêçîrvan Barzanî wurden in die iranische Hauptstadt eingeladen. Doch trotz dreimaliger Einladung ist keiner dieser politischen Führer nach Teheran gegangen. Zur selben Zeit haben beide auch eine Einladung aus den USA erhalten. Abd al-Mahdi und Nêçîrvan Barzanî ließen auch diese Einladung der USA unbeantwortet.

Während der Iran von diesen Kräften eine klare Position forderte, gab er Kräften, mit denen er sich im Konflikt befand, zu verstehen, die Probleme lösen zu wollen. Hierbei gab es vor allem Signale an Saudi-Arabien. Saudi-Arabien reagierte positiv auf das Verhandlungsinteresse des Iran und interpretierte das als dessen Absicht, über Saudi-Arabien indirekte Beziehungen mit den USA aufzunehmen.

Klare Positionen in Davos

Die USA haben zuletzt Nêçîrvan Barzanî und Adil Abd al-Mahdi zum Weltwirtschaftsforum in Davos eingeladen. Barzanî nahm mit einer Delegation teil. Nach einer Rede auf dem Forum kam er mit dem US-Präsidenten Donald Trump zusammen. Bei seiner Rückkehr aus Davos erklärte er angesichts der anhaltenden Diskussionen über den Rückzug der US-Streitkräfte aus dem Irak, die USA und die internationale Koalition müssten im Irak bleiben. Der Iran wird dies nicht stillschweigend hinnehmen.

Adil Abd al-Mahdi fuhr trotz Einladung nicht nach Davos. Stattdessen wurde der kurdischstämmige Staatspräsident des Irak Barham Sali gebeten, daran teilzunehmen. Barham Sali traf sich dort mit Donald Trump und wurde dafür von al-Haschd asch-Schaabi kritisiert. In den iranischen Medien wurde von einem Verrat Barham Salihs am Irak und am Iran gesprochen.

Warum hat sich as-Sadr erneut dem Iran angenähert?

As-Sadr rief für den 24. Januar zu einem Massenprotest auf, um den Rückzug der US-Streitkräfte aus dem Irak zu fordern. Mit dieser Entscheidung zeigt sich sein erneuter Annäherungsversuch an den Iran. Der schiitische Geistliche Ali as-Sistani hat sich gegen diese Initiative von as-Sadr gestellt. Dennoch wurde die Kundgebung am 24. Januar durchgeführt. Danach erklärte as-Sadr die seit vier Monaten andauernden Proteste nicht mehr zu unterstützen, woraufhin sich einige Unterstützer*innen der Protestierenden zurückzogen, und die irakische Armee und Polizei begann brutal gegen die Proteste vorzugehen. Die Protest-Koordination erklärte, as-Sadr habe sie verraten, und verkündete die Fortsetzung der Proteste sowie die eigene Unabhängigkeit von as-Sadr.

As-Sadrs Haltung hat die bestehende Fragmentierung der Schiiten im Irak weiter vertieft. As-Sadr nähert sich statt dem Iran mehr Saudi-Arabien an. Gleichzeitig gibt es zwischen Iran und Saudi-Arabien gemäßigtere Töne, weshalb as-Sadrs Verhalten so interpretiert wird, dass er sich ein Hintertürchen Richtung Iran offenhält.

Ausblick

All die dargelegten Aspekte zeigen, dass die Spannungen zwischen den USA und dem Iran weiter andauern werden. Auch die politische Unklarheit und die Regierungskrise werden sich fortsetzen. Es besteht auch das Risiko einer verschärften Auseinandersetzung zwischen den Kurd*innen und den irannahen Schiit*innen. Die der Türkei nahe stehenden Sunnit*innen scheinen ebenfalls einige Vorstöße im Irak und in Südkurdistan zu unternehmen. Die jüngsten Äußerungen des ehemaligen Präsidenten des irakischen Repräsentantenrats Salim al-Dschaburi in der Presse, Mûsil und Kerkûk befänden sich innerhalb der Grenzen des Misak-ı Milli[1], machen deutlich, dass die Türkei weiter Pläne für den Irak schmiedet. ♦

1 Der Nationalpakt der türkischen Unabhängigkeitsbewegung nach dem Ersten Weltkrieg skizzierte u. a. die Grenzen des neuen türkischen Staates, inkl. Thrakien, Mûsil, Aleppo und Batum.

Ziele sind mit militaristischen Methoden nicht weiter realisierbar

Iran: Krisen und Lösungen

Siamand Moeini, Ko-Vorsitzender von PJAK (Partei für ein Freies Leben in Kurdistan)

Die Bewertungen und Analysen zur aktuellen Situation in Iran und Ostkurdistan können nur dann ein angemessenes Ergebnis liefern, wenn ein strategischer und gut etablierter Ansatz entwickelt wird. Daher muss die Situation in Iran und Ostkurdistan parallel zur Realität und den Entwicklungen im Nahen Osten und in der Welt betrachtet werden. Während der Wandel im Nahen Osten an Dynamik gewinnt, organisiert sich jeder regionale und aktionistische Player selbst, indem er auf der Grundlage seines eigenen politischen Plans die Entwicklungen zu beeinflussen sucht. Im Verlauf dieser politischen und sektiererischen Krise, die die Menschen in der Region betrifft, wird der Versuch unternommen, anstelle des alten Systems ein neues zu errichten.

Die Reaktionen der Gesellschaft sind Ergebnisse der Diktatur

Während die Auswirkungen der Krise in dem sich in einer kritischen Phase befindlichen Iran zunehmen, hat die Islamische Republik keine Kraft, diese Krise zu bewältigen. Vielmehr hat die Krise das iranische System politisch und organisatorisch geschwächt. Im Besonderen schwächt die Krise der Regimeführung alle Grundlagen des Regimes, von der politischen, wirtschaftlichen, diplomatischen bis hin zur sozialen Ebene, und bedingt somit den Untergang des Systems.

Die Islamische Republik Iran versucht vorrangig, die Gesellschaft durch Massaker und Repression zu regieren, um das System am Leben zu erhalten. Doch ist es dem Regime auf lange Sicht nicht möglich, mit diesen Methoden die Kontrolle über die iranische Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Außerdem sehen wir, dass die Gesellschaft auf unterschiedliche Weise auf diese Repression reagiert. So sehen wir neben dem Widerstand von ArbeiterInnen, dass sich Frauen, LehrerInnen, LKW-Fahrer, Bauern und Bäuerinnen sowie StudentInnen in unterschiedlichsten Formen und Methoden gegen das Regime wenden. Diese Reaktion und Rebellion in der Gesellschaft ist zweifellos das Produkt der Despotie und der Diktatoren, die ihre eigene politische Dominanz darin sehen, die Gesellschaft zu zerschlagen und deren Forderungen zu unterdrücken.

2018 wurde das Jahr des Wandels

Das US-amerikanische Embargo hat ebenfalls die Lebensader des iranischen Regimes getroffen. Das Volk ist an der Grenze eines Aufstands angelangt. Als das natürlichste Recht stellen die Menschen die Forderung nach Demokratie und Leben in Freiheit. Andererseits können wir feststellen, dass die Jahre 2018 und 2019 für die iranische Regierung ziemlich schwierig und problematisch waren. 2018 kann als ein Jahr definiert werden, in dem sich in allen Bereichen der Gesellschaft eine Ablehnung gegen die Despotie entwickelt hat. Diese Reaktionen, die ihren Höhepunkt im September 2018 erreichten, zeigten ihre Wirkung in allen Bereichen und Klassen in Iran. Der in all seinen Mechanismen geschwächte Staat schuf eine bankrotte Wirtschaft, ein Mafia-Regime, Korruption und dreckigste Arbeitsbedingungen, insgesamt grauenhafte Bedingungen und die Atmosphäre eines Käfigs für die iranische Gesellschaft und insbesondere für Frauen. Diese Situation zeigt, dass die Öffentlichkeit nicht mehr so weitermachen kann wie bisher und dass sie nach Möglichkeiten sucht, ihren Widerstand auf unterschiedliche Weise auszuüben. Dementsprechend sehen wir, dass die Zeitabstände zwischen den Aufständen kürzer und deren jeweilige Dauer immer länger werden. Dies offenbart den Willen des Volkes zum Machtwechsel.

Das Regime kann mit seinen militaristischen Methoden, öffentlichen Hinrichtungen und einer Politik der Terrorisierung der Öffentlichkeit nicht mehr seine Ziele verwirklichen. Es werden Reformen angestoßen, um den Widerstand zu beruhigen und die Öffentlichkeit zu überzeugen. Diese Maßnahmen sollen Hoffnungen wecken bei den Menschen, die gegen das Regime Widerstand zeigen, indem dieses etwaige Reformisten im bestehenden System überzeugt und sich ihrer – wie Muhammed Chatamis, Karroubis und Mussawis – bedient. Es ist


Landarbeiter in Pîranşar, Ostkurdistan/Iran. Foto: Archiv

mus, Angriffen und Drohungen gegen Europa sowie Staaten der Region, schaffen eine Grundlage für ein Bündnis gegen das iranische Regime. Die Stärkung des schiitischen Halbmonds durch Iran stellt eine Bedrohung für die Region dar. Aus diesem Grund wurden das unter der Führung und mit Unterstützung der USA errichtete Bündnis und die Front gegen Iran immer stärker. Dementsprechend war Iran das Hauptthema des Treffens der G7-Länder in Frankreich. Dabei wurden Themen wie die Bewaffnung Irans mit ballistischen Raketen und die Verhinderung des illegalen Verkaufs von Waffen an Iran auf die Tagesordnung gesetzt.

jedoch nicht zu erwarten, dass diese Methode Früchte tragen wird.

Die Auswirkungen des politischen und wirtschaftlichen US-Embargos sind ebenfalls stärker zu spüren. Die von den USA im SWIFT-Bankensystem errichteten Hindernisse, insbesondere für den internationalen Geldtransfer, haben die wirtschaftlichen Beziehungen Irans in der Welt äußerst negativ beeinflusst. Darüber hinaus hat die Krise im Hinblick auf die FATF (Financial Action Task Force) auch die Autorität der iranischen Regierung beeinträchtigt.

Die Front gegen Iran erstarkt

Obwohl Iran die USA und Europa gegeneinander auszuspielen versucht, bleiben seine diplomatischen Konzepte angesichts der politischen Realität Europas und der globalen Wirtschaftsposition der USA eine alte und uneffektive Methode. Iran hat nicht die richtige Grundlage geschaffen, um seine Ziele zu erreichen. Selbst die iranische Diplomatie, oftmals effektiv, ist hier nicht erfolgreich. Das ist einer der Schwachpunkte Irans.

Die politischen Beziehungen Irans zu Russland und China sowie die Abkommen mit diesen Ländern haben jedoch langfristige Konsequenzen für die iranischen Beziehungen zu Europa. Das militärische und politische Eingreifen Irans in seinen Nachbarländern und anderen Ländern der Region sowie die Aktivitäten der iranischen Revolutionsgarden und insbesondere der Al-Quds-Brigaden, einschließlich Terroris-

Die Frauen können eine Vorreiterrolle in der Revolution spielen

Die ökonomische Krise und das interne Chaos in Iran lassen der Gesellschaft keine Lebensmöglichkeiten mehr. Zudem belastet auch die (sicherheits-)politische Lage die Gesellschaft. Die Menschen sind außerdem mit einer kulturellen und politischen Assimilation konfrontiert. Den Frauen werden die Gesetze der Scharia aufgezwungen. Somit bilden die Frauen eigentlich das stärkste revolutionäre Potential in Iran. Sie können nicht nur eine feministische, freiheitliche Revolution anführen, sondern eine gesamtgesellschaftliche.

Fehlende Organisierung und Zersplitterung brechen den Widerstand

Die Auswirkungen der sich aus inkompetenten Mafia-Methoden auf das Leben von ArbeiterInnen und BeamtInnen ergebenden Wirtschaftskrise sind von Tag zu Tag stärker spürbar. Die Belastung durch die Krise schmälert die wirtschaftliche Stärke dieser Gruppen. Der Rückgang der Wirtschaftskraft hat das Ausmaß einer Krise erreicht. Die beunruhigte iranische Gesellschaft ist verzweifelt. Fehlende Organisierung und Zersplitterung führen zum gesellschaftlichen Kräfteverlust gegenüber den Machthabern. Obwohl die iranische Gesellschaft damit unzufrieden ist, brechen die fehlende Organisierung und Zersplitterung ihren Widerstand gegen die Macht. Trotzdem sehen wir, dass die Menschen ihre Hoffnung nicht verloren haben, sich erheben und rebellieren.

Iran am Scheideweg

In der Realität der iranischen Administration gibt es zwei Möglichkeiten, um dieser Krise zu entkommen, die sich aus der politischen und wirtschaftlichen Situation ergibt und auch mit dem US-Embargo verbunden ist. Darüber hinaus haben das innere Chaos und die Reaktionen in Iran sowie die Haltung der Weltmächte ihn an einen Scheideweg gebracht. Entweder muss er seine Institutionen und sein System reformieren, um das System zu schützen – doch eine Änderung des Systems scheint mit dieser Haltung nicht möglich. Für eine Reform ist es zu spät, da die Forderungen der Öffentlichkeit diesem Szenario entgegenstehen. Oder – der zweite Weg – das Regime wird das System und alle seine Institutionen militarisieren. Die zweite Option scheint eher der in Iran herrschenden Realität zu entsprechen, weil die Demonstration der iranischen Staatsmacht und ihre Distanz zur Öffentlichkeit und zur Gesellschaft nicht mehr auf deren Bedürfnisse eingehen. Trotzdem hält sich die iranische Regierung zurück, die Politik des Drucks und der Einschüchterung aufrechtzuerhalten. Sie will demokratischen und säkularen Kräften nicht die Möglichkeit bieten, diese Situation auszunutzen und einen neuen, alternativen Mechanismus für die Verwaltung zu schaffen. Ansonsten weiß das Regime, dass diese Gruppen eine Grundlage für verschiedene Projekte im Zusammenhang mit der Zukunft Irans bilden werden.

Die Kriegsfront in Syrien wurde nach Irak verlegt

Die Krise verschärfte sich nach dem Angriff von Haschd-al-Schaabi auf die US-Botschaft in Irak und insbesondere nach dem Mord an Qassem Soleimani. Diese Krise könnte noch eine Weile andauern. Die USA töteten Soleimani und übermittelten Iran, Russland und China eine klare Botschaft. Mit dem Mord zeigten sie, in der Region bleiben und Aktivitäten der iranischen Führung außerhalb der von ihnen gezogenen Grenzen nicht akzeptieren zu wollen. Während die Lage in Iran in jeder Hinsicht zu Engpässen und Spannungen führt, können die jüngsten Ereignisse die Situation noch verschlimmern. Der Abschuss des ukrainischen Passagierflugzeugs durch Iran und das Massaker an der Zivilbevölkerung haben Iran in eine noch kompliziertere Situation manövriert. In einem lächerlichen Szenario griff Iran mit Raketen zwei US-Stützpunkte in Irak an und verlor damit seinen Ruf. Seine militärischen Drohungen waren gehaltlos. Mit der Ermordung Soleimanis wurde die Kriegsfront in Syrien tatsächlich nach Irak verlegt. Obwohl sie sich der iranischen Grenze nähert, bedeutet dies nicht, dass der Krieg in Syrien vorbei ist. Vielleicht wird er in Syrien fortgesetzt, aber die Auswirkungen der Front in Irak sind unbekannt. Während der Krieg gegen Irak gewalttätiger und umfassender wird, sieht sich Iran mit radikaleren Widersprüchen konfrontiert. Obwohl Iran über Russland und China Anstrengungen unternommen hat, um Spannungen in diesem Krieg abzubauen, sind Ergebnisse unwahrscheinlich. Möglicherweise werden die USA ihren Druck auf Iran auf ein bedrohliches Niveau steigern, um die Ernsthaftigkeit der Anti-Iran-Abkommen zu demonstrieren.

Für Russland und die Türkei ergeben sich neue Möglichkeiten

Diese sich abzeichnende Situation bietet Russland die Möglichkeit, eine größere Rolle in der Region zu spielen. Russland befürwortet keinen Krieg zwischen den USA und Iran. Im Falle eines möglichen Krieges erscheint es wenig wahrscheinlich, dass Russland eine alternative praktische Rolle spielt, während die KurdInnen ihrer Rolle möglicherweise mehr Aufmerksamkeit schenken werden. Zurzeit planen die USA keinen direkten militärischen Angriff auf Iran, doch sie versuchen, ihre Bündnisse mit der antiiranischen Front zu stärken, indem sie Iran mit verschiedenen Methoden unter Druck setzen. Iran, der seine Abkommen mit den Regionalmächten ausbauen will, wird in diesem Fall vor ernsthaften Problemen stehen. Die Türkei wird von dieser Situation am meisten profitieren. Sie versucht, ihre Hegemonie in der Region auszuweiten und die Rolle der KurdInnen einzugrenzen, indem sie die kurdische Freiheitsbewegung zu liquidieren versucht. Um die anvisierten Staatsgrenzen des Misak-ı Millî zu erreichen, plant sie, die Demokratische Partei Kurdistans PDK, die SunnitInnen und TurkmenInnen zu benutzen, um den Krieg auszuweiten. Ohne Zweifel versucht sie, Südkurdistan in ein Schlachtfeld zu verwandeln und die Krise weiter zu verschärfen.

Das kurdische Volk muss die richtige Politik verfolgen

Dagegen sollte das kurdische Volk auf der Grundlage der nationalen Einheit und verlässlicher Bündnisse zusammen mit anderen Volksgruppen in diesem historischen und sensiblen Prozess eine richtige Herangehensweise an die politischen Akteure in der Region verfolgen. Um die Pläne der Feinde des kurdischen Volkes und aller für die Freiheit eintretenden Völker ins Leere laufen zu lassen, ist es von großer Bedeutung, im Rahmen des Freiheits-Paradigmas und als Führung der nach Freiheit strebenden Völker den Kampf zu erweitern. Außerdem ist dies sehr wichtig, um sich gegen das den Status quo schützende System zu behaupten und die Völker vor dem Chaos und vor Zusammenstößen zu schützen. ♦

Der Krieg der Türkei richtet sich im Besonderen gegen die Errungenschaften der Frauen

Jinwar: Inspiration für Frauen an allen Orten dieser Welt

Interview mit dem Rat von Jinwar (Meclisa Jinwar)

Am 25. November 2018 ist nach einer längeren Aufbauphase das Frauendorf Jinwar in Rojava/ Nordsyrien eröffnet worden und weit bekannt als ein Ort des kollektiven Zusammenlebens. Mit Beginn der Invasion der Türkei am 9. Oktober 2019 ist auch Jinwar in Gefahr. Amargî Lêgerin von der Kampagne Women Defend Rojava sprach mit dem Rat von Jinwar, wie die Frauen des Dorfes das alltägliche Leben unter den Kriegsbedingungen organisieren und was aktuell ihre Pläne in diesem Jahr sind.

Welche Beweggründe gibt es für die Gründung eines Dorfes für Frauen, und was sind eure Ziele?

Wenn wir heute in der Wintermittagssonne gemeinsam Suppe essen und Tee trinken, können wir uns kaum vorstellen, dass genau an dem Ort, an dem wir gerade sitzen, wo die Lehmhäuser stehen, die gerade jetzt im Winter die Wärme halten, wo schon wieder das Grün aus der Erde sprießt, wo die Tausenden Bäume stehen, die wir gepflanzt haben, und wo im Morgengrauen der Rauch aus dem Schornstein der Bäckerei steigt, wo wir gemeinsam über die Pläne für das Dorf sprechen, das an diesem Ort das Land vor etwa drei Jahren noch brach lag.

Die Diskussionen zur Gründung des Dorfes hatte es schon länger gegeben. Das Dorfaufbaukomitee hatte sich bereits 2016 mit dem Ziel gegründet, ein ökologisches Dorf zu bauen, in dem Frauen gemeinschaftlich und selbstbestimmt leben können.

Mit der Gründung von Jinwar knüpfen wir an jene Geschichte an, in der sich die Gesellschaft um Frauen herum gruppierte. Frauen haben lebendige und solidarische Beziehungen zu ihrer Umgebung – zu Natur und Menschen – entwickelt und hatten dadurch eine besondere Rolle in der Gesellschaft. Sie haben Sprache und Kultur weitergegeben. Und sie haben das Wissen über die Organisierung der einzelnen Lebensbereiche wie zum Beispiel der gesundheitlichen und materiellen Versorgung bewahrt und zum Wohl der Gesellschaft und der einzelnen Menschen weiterentwickelt. Im Mittelpunkt des gemeinsamen Zusammenlebens standen gesellschaftliche Werte wie Respekt, Solidarität und Fürsorge. Das Zusammenleben auf dieser Grundlage sichert die Existenz der Gesellschaft und damit das Leben und die Freiheit der Einzelnen.

Eine Gesellschaft kann auch nur dann demokratisch sein, wenn sich Frauen aktiv an deren Gestaltung beteiligen und sich in allen Lebensbereichen selbst organisieren.

Wenn wir uns die Entwicklungen in Rojava und Nordsyrien anschauen, dann sehen wir, dass Frauen eine führende Rolle im Kampf gegen den Islamischen Staat IS und andere dschihadistische Gruppen und beim Auf- und Wiederaufbau der demokratischen Selbstorganisierung in allen Bereichen der Gesellschaft spielen.

Mit dem Aufbau von Jinwar als Teil der autonomen Selbstverwaltung haben wir mit unserem Wissen und unseren Erfahrungen, unserer Kraft und unserer Kreativität einen Ort geschaffen, an dem wir uns von den Beziehungen befreien können, in denen wir nur als Objekte gesehen werden.

Gleichzeitig entwickeln wir auf der Grundlage unseres Willens eine kommunale, ökologische Lebensform und knüpfen damit an die Widerstände und das Wissen von Frauen zu allen Zeiten der Geschichte an. Das Dorf gründet auf der Idee der Selbstverwaltung, das heißt, dass alle Frauen Verantwortung füreinander und für das ganze Dorf übernehmen. Ein Ziel des Dorfes ist die Entwicklung und Stärkung einer freien Persönlichkeit der Frauen und Kinder: aktiver Teil des gemeinsamen Lebens zu werden, sich gegenseitig zu unterstützen, an die eigene Kraft und das eigene Wissen zu glauben, zu wachsen, Verantwortung zu übernehmen, eine Kraft zur Lösung von Konflikten und praktischen alltäglichen Problemen zu entwickeln.



»Wir laden dazu ein, nach Jinwar zu kommen, damit wir unsere Geschichte und unser Wissen miteinander teilen.« Foto: Jinwar

Wie würdet ihr Jinwar beschreiben?

Jinwar ist ein Ort, an dem wir als Frauen die Entscheidungen über die Gestaltung aller Bereiche unseres Lebens, wie Bildung, gesundheitliche Versorgung, materielle Versorgung, gemeinsam treffen und sie gemeinsam organisieren.

In dieser Hinsicht ist Jinwar ein riesengroßer Schritt hin zu einem bedeutungsvollen und freien Leben als Frauen.

Wohl eine der wichtigsten Grundlagen von Jinwar ist der Reichtum an Erfahrungen, die alle Frauen mitbringen und die durch das Zusammenleben zu kollektiven Erfahrungen werden. In Jinwar kommen Frauen mit den unterschiedlichsten Hintergründen und Lebensgeschichten zusammen.

Durch unser lebendiges alltägliches Miteinander teilen wir unsere Erfahrungen, lernen uns selbst, unsere Umwelt und unsere Gesellschaft besser kennen und entwickeln untereinander Beziehungen auf der Grundlage von Respekt, gegenseitiger Unterstützung und Solidarität. Damit schaffen wir die Basis für ein friedliches Zusammenleben.

Wir wollen ein Beispiel sein und zeigen, dass ein kommunales, frauenzentriertes Leben möglich ist.

Wie haben sich die Invasionsangriffe der Türkei auf Frauen und Kinder im Allgemeinen ausgewirkt und was bedeuten sie für das Frauendorf Jinwar? Und wie sah die Situation speziell nach dem 9. Oktober aus?

Die Angriffe der Türkei und ihrer Verbündeten auf die Föderation Nord- und Ostsyrien finden unter dem Vorwand statt, eine »Sicherheitszone« zu schaffen. Für die Schaffung dieser angeblichen Sicherheitszone hat die Türkei gemeinsam mit verbündeten Kräften im Januar 2018 Efrîn angegriffen, und seit dem 9. Oktober 2019 greifen sie Serê Kaniyê, Gire Spî und andere Städte und Dörfer an. Der Weg der Türkei, eine Sicherheitszone in Nordsyrien zu schaffen, besteht darin, das Land zu besetzen und diejenigen zu vertreiben, zu bestehlen, zu töten, die in diesem Land verwurzelt sind.

Frauen sind bei diesen Angriffen vielfachen Formen von Gewalt ausgesetzt. Viele Frauen werden vergewaltigt, misshandelt, gegen ihren Willen verheiratet, verkauft und versklavt. In Efrîn und jetzt auch in Serê Kaniyê und Gire Spî wurde die Scharia eingeführt.

All das hat enorme Auswirkungen auf die Psyche der Frauen und Kinder.

Dabei finden all die Angriffe auf Frauen und Kinder nicht zufällig statt. Während der Angriffe sowohl auf Efrîn als auch

auf Serê Kaniyê und Gire Spî wurden vor allem Frauen und Kinder getötet. Feminizid ist eine Kriegstaktik. Die Geschichte zeigt bis heute, dass es Frauen sind, die die Gesellschaft zusammenhalten, die den meisten Widerstand gegen Unterdrückung und Ausbeutung geleistet und gemeinschaftliche Lebensformen als Alternative zur zerstörerischen männlich-dominanten Mentalität aufgebaut haben.

Kinder anzugreifen bedeutet, die Zukunft und die Existenz einer Gesellschaft anzugreifen.

Die Invasions- und Besatzungspolitik hat Auswirkungen auf die alltägliche Selbstorganisierung von Frauen.

Durch die großen Leistungen der Frauen, ihren unermüdlichen Widerstand und ihre unzähligen Kämpfe konnten in den letzten Jahren im Rahmen der autonomen Frauenorganisierung viele Orte geschaffen und Beziehungen geknüpft werden, die für Frauen von großer Bedeutung sind. Frauenhäuser, Akademien, Kooperativen und Kulturzentren wurden auf ihre Initiative hin und mit ihrer Kraft aufgebaut. Sie haben ermöglicht, dass Frauen sich aus traditionellen Familienstrukturen befreien, sich bilden, sich versammeln und dadurch eine gemeinsame Stärke und einen gemeinsamen Willen entwickeln. Diese Orte sind Ziel der Besatzungskräfte.

Die Hinrichtung von Hevrîn Xelef, einer bekannten Vertreterin der Frauenrevolution, macht das gezielte gewalttätige Vorgehen gegen Frauen und ihre Organisierung deutlich.

Frauen und Kinder sind die Ersten, denen durch den Krieg der Zugang zu Bildung, zu gesundheitlicher Versorgung, zu juristischer Unterstützung erschwert wird. Zehntausende Kinder können zurzeit unter den Bedingungen des Krieges nicht in die Schule gehen.

Mit dem Beginn der Angriffe am 9. Oktober waren das Leben der Frauen und Kinder sowie Jinwar selbst genauso wie das Leben aller anderen Frauen und Kinder in unserer Umgebung bedroht. Einige Frauen hatten zuvor schon viele schmerzvolle Erfahrungen gemacht und in Jinwar zum ersten Mal einen sicheren Ort gefunden, nun sahen sie sich wieder Krieg und Gewalt ausgesetzt. Als Teil der Verteidigung unserer Gesellschaft, unseres Landes und all der Errungenschaften der Frauenrevolution haben wir an Demonstrationen und unterschiedlichen Treffen teilgenommen. Wir haben an Beerdigungszeremonien für Gefallene teilgenommen, haben deren Familien unterstützt und uns gegenseitig gestärkt.

Wie ist die aktuelle Lage in und um Jinwar? Was bedeutet diese Bedrohung für das Frauendorf? Wie ist die Haltung der Bewohnerinnen?



jinwar.org

Sowohl in der Geschichte als auch heute ist der Mittlere Osten von Konflikten und kolonialen Angriffen auf Frauen und die Gesellschaften, die hier leben, geprägt.

Die jetzigen Angriffe richten sich gegen das friedliche Zusammenleben der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, gegen das Projekt der autonomen Selbstverwaltung und vor allem gegen die Errungenschaften von Frauen. Jedes Dorf, das angegriffen wird, könnte Jinwar sein.

Ob ein Dorf, ein Kollektiv, eine Kommune – lasst uns als Frauen zusammenkommen und gemeinsam kämpfen!

Jinwar richtet sich gegen diesen Krieg, gegen die Besatzungs- und Invasionspolitik der Türkei, der dschihadistischen Gruppen und ihrer Verbündeten, gegen die Gewalt und Zerstörung und die Mentalität der Unterdrückung, aus der diese Politik resultiert.

Wir nehmen in diesem Konflikt eine Position ein, indem wir als Frauen zusammenkommen und gemeinsam im Widerspruch zur Mentalität der Unterdrückung eine Lebensform auf der Grundlage von Freiheit aufbauen.

Das Embargo gegen Syrien und der Versuch, Rojava vollständig abzuschotten, wirkt sich auch auf die regionale und lokale Ökonomie aus. Durch die starke Abwertung der Syrischen Lira gegenüber dem Dollar sind die Preise für Grundnahrungsmittel und vielerlei Dinge des täglichen Bedarfs stark angestiegen. Viele Baumaterialien, die wir benötigen, um unsere Projekte umzusetzen, sind sehr schwer zu bekommen.

Aber unser täglicher Widerstand geht weiter: Wir backen Brot, machen Joghurt aus der Milch der Dorfschafe, spinnen Ideen, wie wir das Dorf gestalten können, machen Pläne für die kommende Garten- und Feldsaison, bereiten eine Bildungseinheit zu Naturheilkunde vor, reparieren die Häuser und machen sie regenfest, diskutieren und kommen zusammen, um unser gemeinsames Leben und die Arbeiten der letzten Zeit zu reflektieren und auszuwerten. Gerade sind zwei Frauen des Dorfes von einer einwöchigen Bildung zu Gesundheit und Frauengeschichte wiedergekommen.

Was gibt es für Pläne und Projekte und was an Unterstützung?

Es gibt sehr viele Ideen und Pläne, von denen wir manche in nächster Zeit umsetzen wollen. Vor einigen Tagen haben wir mehrere Solarpaneele als Teil eines ganzen Solarprojekts auf dem Dach der Gemeinschaftsküche installiert, und ein Teil der Häuser wurde an die Solarstromversorgung angeschlossen. Ziel ist es, ausreichend Solarstrom zu produzieren, um alle Häuser mit Strom und Warmwasser zu versorgen.

Dann gibt es das Projekt für die Dorfschule. Der Unterricht der verschiedenen Klassen findet jeweils in einem der runden Kerpiç-Häuser[1] statt. Dieses Jahr wollen wir die Klassenräume gestalten, ein Spielfeld für die jüngeren Kinder, ein Fußballfeld für die Älteren und eine Cafeteria bauen.

Gerade bereiten wir die Eröffnung der Şifa Jin vor, des Gesundheitszentrums für Frauen und Kinder. Die Grundlage des Gesundheitszentrums sind Ansätze der Naturmedizin. Neben der Gewährleistung von Geburtshilfe und der medizinischen Versorgung der Frauen und Kinder von Jinwar und der umliegenden Dörfer wollen wir uns rund um das Thema Gesundheit weiterbilden, altes Heilwissen wieder aneignen, eigene Naturheilmittel herstellen. Dadurch können wir unseren Körper und unsere Umwelt besser kennenlernen und verstehen und unsere Gesundheit stärken.

Wollt ihr noch etwas sagen?

Jinwar bedeutet den Aufbau eines gemeinsamen Lebens von Frauen. Das Dorf ist ein Ergebnis der Errungenschaften, Kämpfe und Widerstände von Frauen der Region, sei es in der langen Geschichte frauenzentrierter Gesellschaftsformen in Mesopotamien, in den Verteidigungskämpfen der Frauenverteidigungseinheiten YPJ oder im Aufbau der selbstverwalteten Gesellschaftsstrukturen, den Kommunen, den Frauenräten und Kooperativen in Nordsyrien. Jinwar lebt durch die Erfahrungen von Frauen auf der ganzen Welt.

Wir laden dazu ein, nach Jinwar zu kommen, damit wir unsere Geschichte und unser Wissen miteinander teilen.

Jinwar ist Teil der Suche von Frauen auf der ganzen Welt nach einem freien Leben. Unsere Prinzipien eines demokratischen, ökologischen und frauenbefreiten Lebens sind nicht nur an Jinwar geknüpft, sondern dienen als Inspiration für Frauen an allen Orten dieser Welt.

Ob ein Dorf, ein Kollektiv, eine Kommune – lasst uns als Frauen zusammenkommen und gemeinsam kämpfen!

JIN JIYAN AZADÎ – FRAU LEBEN FREIHEIT

1 Kerpiç – traditionell hergestellte Lehmziegel

Deutschen Traum von eigener Drohnenkriegsführung stärker in den Blick nehmen!

Drohnen über Bagdad

Arif Rhein, Mitarbeiter bei Civaka Azad

Nach der Ermordung des iranischen Generals Qassem Soleimani und weiterer hochrangiger Militärs der Haschd-al-Schaabi-Milizen Anfang Januar in Bagdad wurde in der deutschen Öffentlichkeit intensiv über die Lage im Mittleren Osten diskutiert. Es wurde über die Berechtigung für den US-amerikanischen Mordanschlag gerätselt, das Chaos im Irak beklagt, der Protest im Iran begrüßt und nebenbei die Notwendigkeit der Bundeswehrpräsenz in der Region bekräftigt. So weit zu den dominanten Stimmen aus den Medien und dem parlamentarischen Betrieb. Setzt man sich mit Stimmen aus der Region selbst auseinander, wird deutlich, dass der Drohnenangriff in Bagdad repräsentativ für eine breit angelegte Politik gezielter Morde im Irak und in Südkurdistan ist, an der zahlreiche NATO-Länder wie die USA, die Türkei und Deutschland direkt oder indirekt beteiligt sind. Der Titel dieses Artikels müsste daher eigentlich sperriger sein und in etwa so lauten: »Drohnen über Bagdad, Qendîl, Heftanin, Xakurkê, Behdînan, Silêmanî (Sulaymaniyah) und Şengal.« Abgesehen von der irakischen Hauptstadt sind es insbesondere diese südkurdischen bzw. nordirakischen Regionen, in denen tagtäglich Drohnenangriffe stattfinden – gesteuert von türkischen Soldaten, eingesetzt mithilfe US-amerikanischer Geheimdienstinformationen und bewaffnet mithilfe deutschen Know-hows. Unmittelbares Ziel dieses NATO-Krieges sind neben der südkurdischen Zivilbevölkerung auch die Guerillakräfte der HPG[1] und YJA STAR[2], die sich seit Jahrzehnten in diesen Gebieten aufhalten. Unter größtmöglichem Schweigen führt die NATO seit 2007 in Südkurdistan einen Drohnenkrieg, dem seither vermutlich tausende Menschen zum Opfer gefallen sind. Wer also über den US-Drohnenangriff vom 3. Januar spricht, sollte auch über die täglichen Angriffe türkischer Drohnen in Südkurdistan nicht schweigen. Gerade für die deutsche Gesellschaft ist der Einsatz türkischer Drohnen relevant, werden deren Raketen doch mithilfe technischen Know-hows aus Bayern gebaut. Damit wird der NATO-Drohnenkrieg in Südkurdistan zu einem weiteren Beispiel für die bisherige Doktrin der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, eigene Interessen schwerpunktmäßig durch die Ausstattung von Bündnispartnern mit militärischem Know-how und Waffen durchzusetzen. Abzusehen ist jedoch, dass diese Doktrin in den nächsten Jahren durch umfangreiche direkte Interventionen deutscher SoldatInnen u. a. im Mittleren Osten erweitert werden wird. Die Frage ist, ob die deutsche Gesellschaft das zulassen wird.

1 »Hêzên Parastina Gel« bzw. »Volksverteidigungskräfte«: Guerilla, die in Süd- und Nordkurdistan (Nordirak und Südosttürkei) Widerstand gegen die türkische Besatzung leistet. Seit 1984 dauert dieser bewaffnete Kampf an.

2 »Yekîneyên Jinên Azad ên Star« bzw. »Einheit der Freien Frauen Star«: autonome Frauenguerilla neben und gemeinsam mit den HPG.

Konflikt zwischen globalem Machtsystem und Regionalstaaten

Die Konsequenzen aus dem US-Mordanschlag auf Soleimani und seine Begleiter können wir besser verstehen, wenn wir uns einer grundlegenden Konstante im Chaos des Mittleren Ostens bewusstwerden: An den Konflikten in der Region, ob auf politischer, sozialer oder militärischer Ebene, sind drei Akteure beteiligt. Zwei von ihnen – auf der einen Seite die USA als Vertreterin der globalen Mächte und auf der anderen Seite der Iran als Regionalmacht – haben sich am 3. Januar und in den Tagen danach auf eine massive gegenseitige Eskalation eingelassen. Der Konflikt zwischen den globalen und den regionalen Mächten dreht sich um unterschiedliche Vorstellungen für die Zukunft der Region. Es geht nicht um eine Abkehr von Ausbeutung, Unterdrückung oder Krieg, sondern um die Frage, wie diese Strukturen in der Region am besten in der Zukunft aufrechterhalten werden können. Die Pläne der USA scheinen darin zu bestehen, die bestehenden Grenzen neu zu ziehen und dadurch kleinere, besser kontrollierbare Nationalstaaten bzw. für sie berechenbare politische Gefüge zu schaffen. Insbesondere der Iran als entscheidende Regionalmacht wehrt sich entschieden gegen diese Pläne und versucht sich durch die Aufrechterhaltung des seit hundert Jahren bestehenden Status quo in der Region zu verteidigen. Weder die US-amerikanischen Verantwortlichen des Drohnenanschlags am 3. Januar noch seine zahlreichen Opfer haben also Dinge wie Demokratie, Stabilität oder Selbstbestimmung der Völker im



Die Demonstration während des Camps »Rheinmetall Entwaffnen« am 7.9.2019 vor dem Verwaltungsgebäude Rheinmetalls in Unterlüß. Auch dieses Jahr wird es wieder ein Camp »Rheinmetall entwaffnen« in Unterlüß geben, im August 2020. https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/

Sinn. Duran Kalkan, Mitglied im Leitungskomitee der PKK, äußerte sich in einem Interview mit dem Fernsehsender »Medya Haber« am 7. Januar dieses Jahres zu den Umständen des Mordes in Bagdad: »Es handelt sich um einen Konflikt der beiden Seiten *[USA und Iran]* um die jeweiligen Vorteile. Genau darum geht es auch grundlegend im derzeit andauernden Dritten Weltkrieg: einen Kampf zwischen dem globalen Kapitalsystem und den Status-quo-Kräften, also den Nationalstaaten im Mittleren Osten. Diese Auseinandersetzung erreicht heute mit dem Vorfall in Bagdad ein Ausmaß höchster Anspannung. Der Grund dafür liegt in all den Problemen des Mittleren Ostens, die durch das Staats- und Machtsystem und die Ordnung der kapitalistischen Moderne hervorgerufen wurden. Zudem sind diese beiden Akteure nicht in der Lage, die bestehenden Probleme zu lösen. Sie gehen davon aus, dass sie ihre Unfähigkeit, Lösungen hervorzubringen, durch gegenseitige Gefechte überwinden können. Doch auf diese Art und Weise wird ihnen das nicht gelingen. Sie werden auch in Zukunft ihre eigene Existenz und ihren Einfluss in militärischen Auseinandersetzungen zu sichern versuchen. All das gilt es abzulehnen. Wir können so etwas nicht akzeptieren. Dieser Dritte Weltkrieg, also der Konflikt zwischen dem globalen Machtsystem und dem Staatssystem, bringt keinerlei Vorteile für die Menschen und die Völker mit sich. Er führt nur zu Unterdrückung, Ausbeutung, Massakern und Blutvergießen. Wir müssen Position gegen diesen Krieg beziehen.«[3]

3 https://www.medyahaber.info/ozel-program-ozel-program-duran-kalkan-son-07-01-2020/

Kampf globaler Mächte gegen Selbstbestimmung im Mittleren Osten

Und der dritte Akteur im Mittleren Osten, also die Völker und demokratischen Bewegungen der Region? Gerne von der Staatspolitik, MittelostexpertInnen und großen Medienhäusern übersehen beteiligen auch sie sich mit aller Kraft an den laufenden Konflikten. Das Spektrum ihres Kampfes reicht von verzweifelter Selbstverbrennung wie zu Beginn des sogenannten »Arabischen Frühlings« über unorganisierte Volksaufstände wie derzeit im Irak bis zu organisiertem jahrzehntelangem Widerstand wie im Falle der PKK. Gerade den theoretischen Überlegungen Abdullah Öcalans und ihren praktischen Folgen in der »Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyrien« bzw. Rojava stehen globale Mächte wie die NATO-Länder oder Russland offen feindselig gegenüber. Ihre Antwort auf den Aufbau eines demokratisch-konföderalen Systems zur Selbstbestimmung der Völker in der Region – umfassend historisch hergeleitet und systematisch ausgearbeitet in den Büchern Abdullah Öcalans – beantworten sie mit einer seit Jahren anhaltenden Wirtschaftsblockade, politischer Nichtanerkennung und Krieg. Der dritte Akteur, also die Völker der Region, hat von Auseinandersetzungen wie am 3. Januar in Bagdad reichlich wenig. Weder haben die Völker des Mittleren Ostens mit Soleimani einen Unterstützer verloren noch durch seinen Tod etwas für Frieden und Demokratie gewonnen. Denn ihre Ziele sind grundlegend andere und an erster Stelle auf ein Ende von

Krieg, wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Unterdrückung ausgerichtet.

Abdullah Öcalan wies während der Friedensgespräche mit dem türkischen Staat in den Jahren 2013 bis 2015 immer wieder auf die Möglichkeit einer demokratischen Föderation z. B. der Türkei, Syriens, des Irak und des Libanon hin. Die dahinterstehenden Überlegungen beschreibt er in seinem Buch »Die kurdische Frage und die Lösung der Demokratischen Nation«[4] sehr ausführlich. An dieser Stelle soll ein kurzer Ausschnitt genügen: »Die Losung der Kurdinnen und Kurden lautet ›Demokratisch-Konföderales Kurdistan‹ und stellt eine Alternative zur Forderung ›Unabhängige, Vereinte Republik Kurdistan‹ dar. Die bestehenden Grenzen werden von dieser Losung nicht angetastet, sondern vielmehr zum Anlass für eine ›mittelöstliche Einheit der Demokratischen Nation‹ genommen. Im Rahmen dieses Modells können sich die unterschiedlichsten Kulturen und Volksgruppen als föderale Einheiten organisieren. In einer Region oder einer Stadt können die verschiedenen ethnischen, religiösen, konfessionellen Gruppen und die Geschlechter auf Grundlage von Gleichheit, Freiheit und Demokratie miteinander leben. Je weiter das demokratisch-konföderale Kurdistan sein eigenes Modell der Demokratischen Nation fortentwickelt, desto besser kann jeder einzelne Teil Kurdistans problemlos ähnliche Einheiten mit den ihm benachbarten Gesellschaften eingehen. Wenn wir uns einmal vorstellen, dass also derartige Einheiten in der Türkei, dem Irak, dem Irak und Syrien geschlossen werden, zeigt sich die Schlüsselrolle des von uns beschriebenen demokratisch-konföderalen Kurdistans für die ›mittelöstliche Einheit der Demokratischen Nation‹. Diese beiden Phänomene können sich in engster Verbindung miteinander entwickeln. Allein schon die historisch-gesellschaftliche Einheit des Mittleren Ostens macht eine derartige Entwicklung erforderlich.« Die Diskussionen in der deutschen Öffentlichkeit um den Mord an einem iranischen General in Bagdad lassen den Kampf der mittelöstlichen Völker für Selbstbestimmung und ein friedliches Zusammenleben zum allergrößten Teil unbeleuchtet. Im besten Fall werden ihre Kämpfe aufgegriffen, indem die angeblich bestehende Notwendigkeit europäischer oder US-amerikanischer Interventionen zu ihrer Unterstützung suggeriert wird.

4 Das Buch erschien 2011 auf Türkisch und trägt den Originaltitel »Kürt Sorunu ve Demokratik Ulus Cözümü. Kültürel Soykırım Kiskacında Kürtleri Savunmak«. Das Zitat stammt von S. 561 der türkischen Ausgabe.

Türkische Drohnenpolitik

Dass NATO-Interventionen im Mittleren Osten zu beeindruckend wenig Demokratie und Frieden führen, lässt sich an einer Entwicklung erkennen, die der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbekannt sein dürfte: Nach einem Staatsbesuch Erdoğans in Washington im November 2007 begann ein massiver Einsatz von Drohnen der türkischen Armee über Südkurdistan, der bis heute kontinuierlich ausgeweitet worden ist. Berichte der Bevölkerung vor Ort und von Mitgliedern der sich dort aufhaltenden Guerilla-Einheiten belegen eine praktisch ununterbrochene Präsenz bewaffneter Drohnen am Himmel zahlreicher südkurdischer Regionen. Ihnen dürften dort bisher einige tausend Menschen zum Opfer gefallen sein, u. a. die deutschen StaatsbürgerInnen Michael Panser, Sarah Handelmann oder Jakob Riemer, die 2018 und 2019 durch türkische Drohnen ermordet wurden. Regelmäßige Bombardements von Ackerland, Weidetieren und ZivilistInnen in südkurdischen Dörfern verdeutlichen, dass es der Türkei auch um eine Entvölkerung von Regionen wie Qendîl, Heftanin oder Xakurkê geht. Jüngstes Beispiel für gezielten Mord durch türkische Drohnen stellt ein Angriff auf die êzîdische Region Şengal dar, bei dem am 15. Januar dieses Jahres vier Mitglieder der êzîdischen Selbstverteidigungskräfte YBŞ[5] getötet wurden. Mustafa Karasu, Mitglied im Exekutivrat der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), fand dafür am 13. Januar 2020 deutliche Worte: »Derlei Mordanschläge und Methoden lehnen wir ab. Es bedarf wirklich einer gewissen Moral, eines Gewissens, gewisser Maßstäbe und einer klaren Grenze im Rahmen des Kampfes der verschiedenen Völker oder anderer Kämpfe. Auch wir sind mit dieser Art von Angriffen konfrontiert. Der türkische Staat hat mithilfe seiner Technik und anderen Mitteln unsere Genossen in Silêmanî[6] und unseren Freund Zekî in der Şengal-Region[7] ermordet. Vor Kurzem kam es zu einem weiteren ähnlichen Angriff in Şengal. Wir lehnen diese Art von Angriffen daher entschieden ab. Mit ihnen wird der Kampf der mittelöstlichen Völker für Freiheit und Demokratie vom eigentlichen Weg abgelenkt und die Tagesordnung im Mittleren Osten verändert. Die eigentliche Agenda der Völker

Nach einem Staatsbesuch Erdoğans in Washington im November 2007 begann ein massiver Einsatz von Drohnen der türkischen Armee über Südkurdistan, der bis heute kontinuierlich ausgeweitet worden ist.

5 »Widerstandseinheiten Şengals«: Gegründet nach den Angriffen des Islamischen Staates (IS) auf die êzîdische Region Şengal im Jahr 2014 sind sie heute Teil des Selbstverwaltungssystems der êzîdischen Bevölkerung vor Ort.

6 https://anfdeutsch.com/kurdistan/politische-aktivisten-in-silemani-ermordet-14840

7 https://anfdeutsch.com/kurdistan/widerstandseinheiten-gedenken-zeki-Sengali-13254

wird durch die Tagesordnung der Imperialisten und der regionalen Machthaber verdrängt.«[8]

Das NATO-Mitglied Türkei führt die Drohnenangriffe in Südkurdistan mithilfe in Deutschland entwickelter Raketen durch.[9] Die bayerische Firma »TDW Gesellschaft für verteidigungstechnische Wirksysteme mbH« liefert die Baupläne, die deutsche Bundesregierung genehmigt den Verkauf und türkische Drohnen töten mit ihnen in den Bergen, Dörfern und Städten Südkurdistans. Protest gegen die deutsche Unterstützung für den dortigen NATO-Drohnenkrieg gab es in Deutschland bisher praktisch noch gar nicht. Im Rahmen der zunehmenden Proteste gegen Rüstungsfirmen wie z. B. in Kassel oder Unterlüß wäre es aber durchaus sinnvoll, auch die Firma TDW in der kleinen Stadt Schrobenhausen in Bayern in den Fokus zu nehmen, ohne die tausende gezielte Morde in Südkurdistan seit 2007 wohl nicht möglich gewesen wären.

Deutschlands Traum von eigenen Drohnen

Deutsche Staatsbürokratie und Regierung arbeiten seit einigen Jahren mit Hochdruck daran, deutsche Militäreinsätze auf der ganzen Welt auszuweiten. Die tausenden deutschen SoldatInnen, die heute auf dem Balkan, in Afghanistan oder Nordafrika eingesetzt sind, scheinen für die politisch-militärischen VerantwortungsträgerInnen Deutschlands nur ein ungenügendes Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen darzustellen. Es wird von weltweiter deutscher Machtausübung mithilfe politischer, wirtschaftlicher und militärischer Mittel geträumt. Besonders der Mittlere Osten steht dabei im Fokus. Dafür werden immer öfter Debatten über einen deutschen Kriegseinsatz in Syrien oder den Ausbau der Präsenz im Irak angestoßen. Seit Jahren läuft in Begleitung dazu eine massive Werbekampagne der Bundeswehr, um deren Akzeptanz innerhalb der Gesellschaft zu verbessern und junge Menschen für den Kriegsdienst zu gewinnen. Das Militärbudget wurde umfassend auf knapp sechzig Milliarden Euro jährlich erhöht. Dieser Kurs wird von praktisch allen politischen Parteien mitgetragen, inklusive liberaler Stimmen wie der Bündnis-Grünen, die seit geraumer Zeit gern als hoffnungsvolle Alternative für die Zukunft gehandelt werden. Der starke politische Wille zum Einsatz deutschen Militärs kann nahezu täglich an verschiedensten politischen Äußerungen abgelesen werden. Exemplarisch dafür steht die Grundsatzrede der deutschen Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer im November 2019.[10] Es wird seit geraumer Zeit also ein Strategiewechsel eingeläutet: weg von der Doktrin, insbesondere im Mittleren Osten auf den Einsatz eigener SoldatInnen so weit wie möglich zu verzichten und stattdessen Bündnispartner wie die Türkei oder Saudi-Arabien massiv mit deutschen Waffen auszurüsten. Diese Strategie zur Durchsetzung deutscher Interessen in Mittelost wurde bisher von den unterschiedlichen Merkel-Regierungen und der Bürokratie für ausreichend gehalten. In Zukunft ist aber damit zu rechnen, dass deutsches Militär direkt und umfassend im benachbarten Mittleren Osten eingreift. Wo und wie das geschieht, wird auch von den Entwicklungen in der Region abhängen. Für die Umsetzung dieser Mitteloststrategie werden nicht nur mehr SoldatInnen, sondern vor allem modernste Militärtechnik benötigt. Passend dazu scheint heute ein Großteil des Geldes, das zusätzlich in die Bundeswehr fließt, für die Anschaffung moderner Kriegstechnik verwendet zu werden. Neben Panzern, Kriegsschiffen oder Flugzeugen gehören dazu auch bewaffnete Drohnen[11]. Da der politische Wille dazu im Staatsbetrieb bisher nur auf geringen gesellschaftlichen Protest stieß, könnten die Anschaffung und der Einsatz deutscher Drohnen schon bald Realität sein. Während es also heute noch türkische Drohnen mit deutschen Raketen sind, die in Südkurdistan morden, könnten schon bald bewaffnete Bundeswehrdrohnen über dem Himmel des Mittleren Ostens zum Einsatz kommen. Hat die deutsche Gesellschaft ein Interesse daran? Wäre sie damit einverstanden, wenn ihre Söhne und Töchter aus sicherer Entfernung Drohnenraketen auf Dörfer in Kurdistan, Syrien oder dem Irak abschießen? Schwer anzunehmen. Es ist die Aufgabe der demokratischen Kräfte in Deutschland, den gesellschaftlichen Unwillen dagegen zu organisieren. Und wenn sie dies nicht oder mit zu wenig Erfolg tun, sollte die Gesellschaft selbst ihr Recht in Anspruch nehmen, ihre demokratischen WortführerInnen an deren Verantwortung zu erinnern, auf Worte Taten folgen zu lassen. ♦

Während es also heute noch türkische Drohnen mit deutschen Raketen sind, die in Südkurdistan morden, könnten schon bald bewaffnete Bundeswehrdrohnen über dem Himmel des Mittleren Ostens zum Einsatz kommen. Hat die deutsche Gesellschaft ein Interesse daran?

8 https://www.medyahaber.info/ulkeden-karasu-13-01-2020/

9 https://anfdeutsch.com/aktuelles/deutsche-bewaffnung-fuer-killerdrohnen-des-tuerkischen-militaers-6660

10 https://www.tagesspiegel.de/politik/grundsatzrede-von-kramp-karrenbauer-deutschland-soll-helfen-chinas-machtanspruch-einzudaemmen/25200284.html

11 https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/akk-fuer-einsatz-bewaffneter-drohnen-zum-schutz-von-soldaten-16518762.html

Zehn Jahre nach den Razzien gegen den Nationalkongress Kurdistan (KNK) in Belgien entschied Brüsseler Gericht in letzter Instanz

Die PKK ist keine Terrororganisation

Elmar Millich

Der Kassationshof in Brüssel hat am 28. Januar 2020 endgültig die Entscheidung des Revisionsgerichts vom März 2019 bestätigt, wonach die Arbeiterpartei Kurdistan PKK keine »terroristische Organisation«, sondern eine Partei in einem bewaffneten Konflikt ist. Vor zwei Wochen hatte der Generalstaatsanwalt beim Brüsseler Kassationshof bereits eine entsprechende Empfehlung ausgesprochen. Die heutige Entscheidung ist somit endgültig und für die Parteien verbindlich.

Jan Fermon, einer der Verteidiger*innen in den Brüsseler Verfahren, begrüßte die Entscheidung des Kassationshofs und erklärte gegenüber ANF: »Das ist ganz klar ein bedeutendes Urteil, das im Einklang mit internationalem Recht steht. Ich hoffe, dass es in Europa zu einem Umdenken führt und dazu beiträgt, die kurdische Frage auf dem politischen Weg zu lösen. Mit der Entscheidung, dass die PKK keine terroristische Organisation, sondern eine Partei in einem bewaffneten Konflikt ist, wurde Europa die Perspektive eröffnet, diesen Konflikt durch Verhandlungen zu lösen.«

Fermon gab an, dass die heutige Entscheidung auch Auswirkungen auf die Haltung der belgischen Regierung gegenüber der EU-Terrorliste haben könnte: »Es handelt sich um eine juristische Entscheidung, keine politische. Auf Regierungsebene wird sie zumindest indirekt Auswirkungen haben.«

Anwendung von Anti-Terror-Gesetz gegen die PKK ist nach belgischem Recht nicht zulässig

Rückblick: Mit einem Großaufgebot an Polizei waren 2010 in Brüssel legale kurdische Organisationen und Produktionsstätten des kurdischen Fernsehens in Belgien durchsucht und einige Repräsentant*innen des Nationalkongresses Kurdistan (KNK) festgenommen worden. Die Ermittlungen mündeten in einer Anklage durch die Staatsanwaltschaft gegen insgesamt vierzig Personen, die sie der Spendensammlung, Propaganda und Rekrutierung für die PKK beschuldigte. In einem zweiten Fall wurde einem Kurden aus Nordsyrien vorgeworfen, Kommunikationsgeräte nach Hewlêr (Erbil) in Südkurdistan/Nordirak exportiert zu haben, die laut Staatsanwaltschaft an die kurdische HPG-Guerilla (Volksverteidigungskräfte) weitergereicht worden seien.

Das Revisionsgericht stellte nach neun Jahren letztinstanzlich fest, dass in diesen Verfahren das Anti-Terror-Gesetz nach belgischem Recht nicht angewendet werden könne. Daher werde es keinen Prozess geben und alle Angeklagten würden von sämtlichen Anklagepunkten freigesprochen.

Gegen heftige Widerstände der Staatsanwaltschaft hatte die Verteidigung von Beginn an die Frage in den Mittelpunkt der Verfahren gestellt, ob es sich bei der PKK überhaupt um eine »terroristische« Organisation handele und das belgische Anti-Terror-Gesetz zur Anwendung kommen könne. Dieses hat den Vorbehalt, dass es nicht auf bewaffnete Kräfte innerhalb eines Konfliktes nach internationalem Recht anwendbar ist. Die Regelung wurde 2003 im Zuge der europäischen Rahmenvereinbarung über Terrorismus buchstabengetreu in belgisches Recht übernommen und sollte eigentlich als Grundlage der Anti-Terror-Gesetze in den meisten europäischen Staaten gelten.

Nach Auffassung der Verteidigung ist der Konflikt in der Türkei zwischen Kurd*innen und der türkischen Armee selbstverständlich keine Terrorismusangelegenheit, sondern ein Bürgerkrieg zwischen einem Staat und einer Gruppe, die es als notwendig erachtet, sich mit Gewalt gegen Diskriminierung und Unterdrückung zu verteidigen. Der Konflikt habe eine hinreichende Intensität, um als Krieg angesehen zu werden und nicht als terroristische Aktivität oder bewaffnete Zwischenfälle.

Die kurdische Guerilla HPG sei hinreichend organisiert und strukturiert, um als bewaffnete Kraft und nicht nur als eine irreguläre Gruppe bezeichnet zu werden. Deshalb müsse



Demonstration in Hamburg gegen das PKK-Verbot am 30.11.2019 zum Jahrestag des Verbotes. Foto: anf

das Kriegsrecht und nicht das Anti-Terror-Gesetz angewendet werden. So könnten Angriffe auf militärische Ziele nicht als kriminelle Handlungen bewertet werden.

Während das Revisionsgericht dieser Einschätzung im Wesentlichen zugestimmt hatte, widersprach die Anklage beim Obersten Gerichtshof. Dieser hob zwar die vorherige Entscheidung auf, allerdings nicht in den zentralen Punkten. Deshalb mussten die Verfahren wieder vor dem Revisionsgericht in Brüssel verhandelt werden.

»Terrorismus-Argument« legitimiert Unterdrückung der Opposition

Zu den politischen Implikationen des Urteils äußerten sich zwei Tage später kurdische Politiker*innen, Abgeordnete des Europaparlaments und die im Prozess bevollmächtigten Anwält*innen.

Zunächst äußerten sich der sozialdemokratische EP-Abgeordnete Andreas Schieder, Nikolaj Villumsen (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken) und François Alfonsi von der Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz. Villumsen erklärte, dass die Gerichtsentscheidung Konsequenzen haben müsse. Er verwies auf die Unterdrückung der Opposition in der Türkei, insbesondere der Demokratischen Partei der Völker (HDP), durch das AKP-Regime, die mit Terrorismusvorwürfen begründet werde. Auch für den Einmarsch in Syrien sei das »Terrorismus-Argument« herangezogen worden. Das Problem lasse sich jedoch nicht mit Gewalt lösen, sagte Villumsen und rief die türkische Regierung und die PKK zu Verhandlungen über eine politische Lösung auf. Andreas Schieder erklärte, es gehe bei dem Problem nicht um Terrorismus, sondern um die Rechte einer Bevölkerungsgruppe. Für kulturelle, politische und ökonomische Rechte zu kämpfen, sei legitim.

Anschließend ergriff wieder Villumsen das Wort und sagte, die Listung der PKK als Terrororganisation sei ein Fehler der EU, der eine Lösung der kurdischen Frage verhindere. Das belgische Urteil könne dazu beitragen, einen politischen Prozess zu starten. Auf die Frage von ANF, wie die Erklärung des belgischen Außenministers Philippe Goffin zu dem Urteil zu bewerten sei, erklärte Villumsen, es handele sich um eine sehr unglückliche Äußerung. Goffin hatte am Mittwoch mitgeteilt, dass sich die Einstellung der belgischen Regierung durch das Gerichtsurteil nicht ändere, die PKK gelte weiterhin als terroristische Vereinigung. Villumsen kündigte an, das Urteil auch im Europaparlament zu thematisieren.

Der Grünen-Abgeordnete François Alfonsi bezeichnete die Brüsseler Gerichtsentscheidung als positiven Schritt gegen die Kriminalisierung der kurdischen Bewegung. Jetzt gehe es darum, den Beschluss in allen EU-Ländern durchzusetzen.

Anschließend äußerten sich die vier Rechtsanwält*innen Jan Fermon, Joke Callewaert, Paul Bekaert und Luc Walleyn, die die kurdische Seite vertreten hatten, zum juristischen Prozess und seiner Bedeutung. Paul Bekaert verwies darauf, dass die Unterdrückung durch die Terrorismus-Anschuldigung sich nicht nur gegen die PKK richte, sondern gegen alle Kurdinnen und Kurden. Jetzt stelle sich die Frage, ob die belgische Regierung den Gerichtsentscheid respektieren werde. Die belgische Justiz habe ein eindeutiges Urteil gefällt, das sich auch auf die EU-Terrorliste auswirken müsse. Jan Fermon erläuterte den Ablauf des Verfahrens und wies auf die Wikileaks-Dokumente hin, mit denen öffentlich geworden sei, dass die US-Botschaft entsprechenden Druck ausgeübt habe. Auch bei der Listung der PKK als Terrororganisation durch die EU handele es sich um eine politische Entscheidung, die revidiert werden müsse. Die Äußerung des belgischen Außenministers bezeichnete Fermon als »Eingriff in die Justiz«.

Zuletzt sprachen Remzi Kartal als Ko-Vorsitzender vom Volkskongress Kurdistan (Kongra-Gel) und Zübeyir Aydar vom Exekutivrat des KNK. Die beiden kurdischen Politiker gehörten zu den Angeklagten im ursprünglichen Verfahren in Belgien.

Kartal brachte den Wunsch zum Ausdruck, dass das Urteil die gegen die Kurd*innen gerichtete Kriminalisierungspolitik in Europa verändere: »Das Problem ist nicht die PKK. Die PKK wird zum Vorwand für einen Angriff auf das kurdische Volk genommen.« Die EU rief er dazu auf, den belgischen Gerichtsbeschluss als Präzedenzurteil zu behandeln und einen neuen Umgang mit der kurdischen Frage zu finden.

Zübeyir Aydar erklärte, dass über die EU-Terrorliste die Verhaftungen, Folter und Morde des türkischen Staates legitimiert werden: »Niemand sollte sich weiterhin zum Komplizen Erdoğans machen. In Europa sind Zehntausende Menschen über die Definition der PKK als terroristische Vereinigung kriminalisiert worden. Wir sind eine Kriegspartei und treten für die Freiheit unseres Volkes ein. Wir sind dazu bereit, das Problem friedlich über einen Dialog zu lösen. Ich rufe die belgische Regierung und die EU dazu auf, sich nach dem Gerichtsurteil zu richten und die PKK von der Terrorliste zu streichen.«

Bereit für eine politische Lösung

Am 2. Februar nahm auch die PKK-Führung Stellung: »Wir hoffen, dass sich das Urteil in der EU im Sinne einer demokratisch-politischen Lösung der kurdischen Frage durchsetzen wird. Damit könnte Europa das tun, was es vor 21 Jahren verpasst hat. Abdullah Öcalan stellte vor mehr als zwei Jahrzehnten die Möglichkeit in Aussicht, die kurdische Frage im Rahmen der Demokratie zu lösen – Europa nahm diese Chance nicht wahr. Wie damals ist Öcalan auch heute für eine friedliche Verhandlungslösung der kurdischen Frage bereit. Konsequent richtet er Gesprächsangebote an die verantwortlichen Stellen und signalisierte im vergangenen Mai einmal mehr seine Bereitschaft, für Gespräche über eine politische Lösung der kurdischen Frage zur Verfügung zu stehen. Nun liegt es an Europa und den verantwortlichen Kräften dieses Konflikts, die die kurdische Frage stets in eine Sackgasse manövrieren. Doch angesichts des belgischen Urteils und des Widerstands für Freiheit, der sich in Kurdistan entwickelt, wird es für diese Kräfte schwierig, an ihrem bisherigen Ansatz festzuhalten.« ♦

Aus ANF-Meldungen vom 28. und 30.01. und 02.02.2020



Antifa-Fahne auf Demonstration in Lüneburg durch Polizei beschlagnahmt

Gerichtsverfahren wegen Antifa-Fahne

Der Kurdistan Report im Gespräch mit Olaf Meyer, Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen

Am 24. März 2018 wurde im Anschluss an die Demonstration »Frieden für Afrin« in Lüneburg eine Antifa-Fahne durch die Polizei beschlagnahmt. Der Träger der Fahne wurde schon während der Demonstration mehrmals von Polizeibeamten gefilmt. Als Grund für die Beschlagnahme nannten die eingesetzten Polizeibeamten, dass die Fahne »verboten« und das Zeigen dieser Fahne ein Verstoß gegen das Vereinsgesetz sei. Wir sprachen mit Olaf Meyer von der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen



Nach der Demonstration »Frieden für Afrin« in Lüneburg wurde eine Antifa-Fahne durch die Polizei beschlagnahmt. Wie wurde die Beschlagnahme begründet?

Die eingesetzten Beamten meinten, dass die Fahne »verboten« und das Zeigen dieser Fahne ein Verstoß gegen das Vereinsgesetz sei. Im Protokoll zur Beschlagnahme wurde die Fahne folgendermaßen bezeichnet: »1x Fahne PKK, grüner Hintergrund, innen kreisrund Antifa Logo.« Außerdem gab der Einsatzleiter an, dass die Maßnahme auf Anordnung der Lüneburger Staatsanwaltschaft geschehen würde. Hintergrund war ein mittlerweile eingestelltes Ermittlungsverfahren gegen ein Mitglied der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen in ähnlicher Angelegenheit. Er soll das Symbol auf unserer Internetseite abgebildet haben.

Schon zum Zeitpunkt der Beschlagnahme irrten die Polizeibeamten, als sie von einer grünen PKK-Fahne schrieben. Die Fahne der PKK hat einen roten Hintergrund.

Was geschah mit dem Träger der Fahne, wurde er festgenommen oder ein Verfahren gegen ihn eröffnet? Wenn ja, wie lautet der »Tatvorwurf«?

Während der Demonstration wurde er fast durchgehend gefilmt. Auf den uns vorliegenden Filmen hört mensch, wie sein Aussehen von den filmenden Beamten beschrieben wird. Als die Veranstaltung beendet wurde, traten Polizisten auf ihn zu und teilten ihm mit, dass ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet worden sei und sie die Fahne beschlagnahmen müssten. Nach einigen Diskussionen fand das dann auch statt.

Es war auffallend, dass vor und während dieser Demo immer wieder Menschen von der Polizei behelligt wurden und Fahnen der YPG eingerollt werden mussten. Vor der Demo wurden sämtliche Fahnen kontrolliert. Selbst die Fahne Kameruns sollte entfernt werden. Nur die Antifa-Enternasyonal-Fahne konnte die ganze Zeit ungestört mitgeführt werden. Hier griff die Polizei dann erst nach der Demo zu.

Wenige Tage nach der Demo erhielt der Fahnenträger eine Vorladung der Polizei. Darin war dann das »Mitführen verbotener Fahnen« genannt. Die Staatsanwaltschaft Lüneburg führt bis heute das Verfahren fort. Tatvorwurf ist eine angebliche »Zuwiderhandlung gegen Verbote nach dem Vereinsgesetz«. Am 9. März 2020 findet die erste Hauptverhandlung vor dem Lüneburger Amtsgericht statt. Es ist davon auszugehen, dass das nicht die letzte Instanz im Verfahren sein wird.

Warum soll die Fahne nach Angaben der Staatsanwaltschaft Lüneburg verboten sein und wie begründet sie das Verbot?

Es wird einfach behauptet, dass die Fahne verboten sei, weil es eine abgewandelte Fahne sein soll. Sie sagen, dass auf der Antifa-Enternasyonal-Fahne »ein abgewandeltes Logo der Arbeiterpartei Kurdistans abgebildet sei, indem vor grünem Hintergrund innerhalb eines für die PKK typischen gelben Sternenkranzes, statt das Logo der PKK, das kreisförmige Logo der Antifa eingefügt« sei. Die Staatsanwaltschaft interpretiert die Fahne dahingehend, dass, »auch wenn die Fahne zentral ein Symbol der Antifa beinhaltet, angebracht auf einem etwa durch die PCDK (Partiya Çareseriya Demokratik a Kurdistanê), die KC (Koma Komalen Ciwanen Demokratik) und die KCK (Koma Civakên Kurdistan) verwendeten Hintergrund«, von einem Verstoß gegen § 20 des Vereinsgesetzes auszugehen sei. Merkwürdig ist hierbei, dass es keine PKK-Fahnen mit »Sternenkränzen« gibt und alle kurdischen Symbole der PKK zugeordnet werden.

Um was es bei diesen ganzen Verfahren wegen angeblicher PKK-Fahnen aber eigentlich geht, können wir in einem Beschluss des Landgerichts Lüneburg zu einer Beschwerde gegen die Beschlagnahme der Fahne lesen. Darin heißt es dann unmissverständlich: »Das Zeigen der Fahne bringt unzweifelhaft zum Ausdruck, dass das Anliegen der PKK und ihrer Teilorganisationen von Seiten der Antifa im Allgemeinen und auch von Seiten des Fahnenträgers, mithin des hiesigen Beschuldigten nicht nur unterstützt wird, sondern auch für die Ziele der PKK und ihrer Unterorganisationen geworben wird.« Egal ob dies in diesem Fall überhaupt so war oder ob die Interpretation der Fahne richtig ist, soll eine Solidarisierung oder gar Zusammenarbeit mit der kurdischen Freiheitsbewegung verhindert werden. Das Ganze steht in der unendlich langen Reihe der Verbotspolitik in Deutschland gegen die kurdische Freiheitsbewegung.

Gibt es Beispiele aus anderen Städten, dass wegen der Antifa-Fahne Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden?

Wir wissen nur von einem ähnlichen Fall aus Celle. Dort wurde im November letzten Jahres bei Aktionen gegen den Krieg in Nordostsyrien eine Fahne eingezogen.

Irritation hat es in den letzten Jahren immer mal wieder gegeben, als übereifrige Staatsanwälte oder Polizisten KCK-



Am 24. März 2018 wurde im Anschluss an die Demonstration »Frieden für Afrin« in Lüneburg eine Antifa-Fahne durch die Polizei beschlagnahmt. Der Träger der Fahne wurde schon während der Demonstration mehrmals von Polizeibeamten gefilmt. Als Grund für die Beschlagnahme nannten die eingesetzten Polizeibeamten, dass die Fahne »verboten« und das Zeigen dieser Fahne ein Verstoß gegen das Vereinsgesetz sei. Foto: Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen

Symbole erkannt haben wollten. Aber die Antifa-Enternasyonal-Fahne ist zurzeit weder verboten, noch findet sie sich in den Listen der verboten Symbole, und sie wird auch nicht flächendeckend beschlagnahmt. Ganz im Gegenteil. Sie wird gern und häufig auf vielen antifaschistischen und internationalistischen Demonstration mitgeführt und ist frei verkäuflich.

Gab es Angebote der Staatsanwaltschaft zur Einstellung des Verfahrens?

Im April und Oktober 2018 sowie nochmals im Januar 2019 bot die Staatsanwaltschaft die Einstellung des Ermittlungsverfahrens an. Unter der Bedingung, dass auf Rückgabe der sichergestellten Fahne verzichtet wird.

Warum wurde nicht auf das Angebot eingegangen?

Insgesamt gehen wir davon aus, dass die Fahne nicht verboten ist. Auch die Interpretation der Staatsanwaltschaft und des Landgerichts halten wir für falsch. Es wird ignoriert, dass das Symbol bzw. die Fahne nicht in den Bergen Kurdistans entstanden ist, sondern aus der internationalistischen, antifaschistischen Bewegung Deutschlands heraus.

Heute sind fast sämtliche Symbole der kurdischen Freiheitsbewegung in Deutschland verboten. Offensichtlich will die Staatsanwaltschaft Lüneburg diese Verbote noch weiter ausdehnen und nimmt sich jetzt ein Symbol der antifaschistischen Bewegung vor. Die grüne Fahne mit dem Antifa-Logo soll verboten werden, weil es für eine antifaschistische Bewegung steht, die internationalistisch, ökologisch, antikapitalistisch und solidarisch ist.

Wir können und wollen dies nicht einfach so hinnehmen und müssen die Antifa-Fahne verteidigen. Es besteht die Gefahr, dass sie sonst demnächst durch eine Entscheidung eines Gerichts aus Lüneburg auf der Liste der verbotenen Symbole zu finden ist und es zu weiteren Verfahren kommt. Außerdem wäre ein Eingehen auf die Angebote der Staatsanwaltschaft ein Schuldeingeständnis. Deshalb sind wir froh darüber, dass der jetzt Angeklagte nicht auf die Angebote eingegangen ist.

Wird es jetzt zu einer Gerichtsverhandlung wegen der Fahne kommen? Wenn ja, wie wird die Verhandlung begleitet?

Ja, wie schon gesagt, findet die Verhandlung am 9. März 2020 vor dem Amtsgericht in Lüneburg statt. Wir gehen davon aus, dass das Ganze durch mehrere Instanzen geht und mit einem abschließenden Urteil noch nicht so bald zu rechnen ist. In Lüneburg wären das Amtsgericht und das Landgericht die Orte für die beiden ersten Instanzen. Nach Aktenlage sieht es zurzeit nicht so gut für die Antifa-Fahne aus. Aber der Kampf hat ja gerade erst begonnen.

Selbstverständlich werden wir den Angeklagten begleiten und ihn nicht alleinlassen. Wir waren gemeinsam auf der Demo und gemeinsam werden wir auch im Gericht sein. Niemand wird in einer solchen Situation alleingelassen. Solidarität ist die Grundlage jeglicher antifaschistischer Politik. Und es ist ja auch so, dass er stellvertretend für uns alle dort sitzt. Wir alle haben die grüne Antifa-Fahne schon einmal getragen, und sie ist unser aller Symbol.

Wie sieht es in Lüneburg mit dem Zeigen der Fahne aus, ist sie jetzt grundsätzlich verboten oder kann sie auf Demonstrationen oder Kundgebungen gezeigt werden?

Eigentlich stellt das bisher alles kein Problem dar. Bis auf das eine Mal konnten die grünen Antifa-Fahnen ungestört gezeigt werden und die Polizei schritt auch nie dagegen ein. Zuletzt sah mensch die Fahne bei unserer Gedenkkundgebung am 27. Januar 2020 anlässlich des Befreiungstages des KZ Auschwitz. In der letzten Zeit konnte mensch viele Aufkleber mit dem Symbol und dem Slogan »Lass die Sonne in dein Herz« im Stadtbild entdecken.

Von einem Verbot war und ist sonst nichts zu spüren. Das kann sich nach dem Prozess aber ändern. Es besteht die Gefahr, dass die Fahne irgendwann verboten wird.

Was ist jetzt wichtig?

Vor allem, dass die Antifa-Enternasyonal-Fahne bei jeder Gelegenheit gezeigt wird und das möglichst massenhaft. Wir müssen deutlich machen, dass wir uns die grüne Antifa-Fahne nicht nehmen lassen werden! Was auch immer die Staatsanwaltschaft in ihr sehen will, für uns ist sie eine Antifa-Fahne, die nicht nur schön aussieht, sondern besonders gut unsere Perspektive antifaschistischer Arbeit ausdrückt. ♦

Weitere Informationen und das Solidaritätskonto:
https://antifa-lg-ue.org/

Die Klimakrise passiert nicht im leeren Raum, sondern ist in gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen eingebettet

Das Herz des Kapitalismus ist ein Kohleklumpen

Sina Reisch, Aktivistin bei Ende Gelände

Angesichts der Klimakrise ist die globale Perspektive der Klimagerechtigkeit wichtiger denn je. Um den Kapitalismus zu überwinden, ist eine Analyse der Bedeutung fossiler Energieträger unumgänglich. Die Kohleindustrie ist ein perfekter Angriffspunkt, um Fehler im aktuellen System aufzuzeigen und transnationale Solidarität praktisch werden zu lassen.

Kein Land der Welt verbrennt so viel Braunkohle wie Deutschland, obwohl es die dreckigste, ineffizienteste Form der Energiegewinnung ist. Das Rheinische Braunkohlerevier ist die größte CO2-Quelle Europas, dazu kommen noch zwei weitere Reviere in der Lausitz (östlich von Berlin) und bei Leipzig. Als einziges westeuropäisches Land soll hier 2020 noch ein neues Kohlekraftwerk ans Netz gehen. Es ist naheliegend, dass sich hier eine starke Anti-Kohle-Bewegung entwickelt hat. Ein Tagebau versinnbildlicht, was im Kapitalismus schiefläuft.

Neben der heimischen Braunkohle ist Deutschland auch ein großer Importeur von Steinkohle. Der größte Teil kommt aus Russland, den USA und Kolumbien, wo der Abbau mit massiver Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen verbunden ist. Indigene werden vertrieben, zahlreiche Menschen sterben an Atemwegserkrankungen und Anti-Kohle-Aktivist*innen erhalten Morddrohungen, z. B. Mitglieder der indigenen Organisation Fuerza de Mujeres Wayuu in Kolumbien. Nicht ohne Grund ist häufig von »Blutkohle« die Rede.

Nun kann man feststellen, dass hier genau die gleichen globalen Ausbeutungslogiken greifen wie bei anderen Rohstoffen. Doch ein Blick in die Funktionsweise und Geschichte des Kapitalismus verrät, dass es sich um ein ganz besonderes Verhältnis handelt.

Unbegrenztes Wachstum

Im kapitalistischen Wirtschaftssystem bedeutet Erfolg, Kapital zu vermehren (Kapitalakkumulation). Es beruht auf Wettbewerb, also ist ein Unternehmen gezwungen, Kapital profitabler zu produzieren und zu verkaufen als die Konkurrent*innen. Im Kapitalismus koexistieren ganz unterschiedliche Ausbeutungs- und Unterdrückungsformen nebeneinander: Rassismus ermöglicht Sklaverei und Kolonialismus, das Patriarchat ermöglicht die Ausbeutung von Frauen, die den Großteil der Hausarbeit und anderer reproduktiver Arbeiten ohne Lohn erledigen. Auch wer als Arbeiter*in Lohn erhält, befindet sich in einem Ausbeutungsverhältnis.

Die Entscheidungen darüber, was produziert wird und wie viel Lohn die Arbeiter*innen bekommen, treffen diejenigen, die das Eigentum an den Produktionsmitteln haben. Die Produktionssphäre dieses Systems ist zutiefst undemokratisch.

Welche Rolle spielt die Ausbeutung der Natur? Ein gewisses Maß an Nutzung natürlicher Ressourcen ist zum Leben notwendig. Wir benötigen Nahrung und Material für Häuser. Doch das Prinzip der Kapitalakkumulation und des Wachstums führt zu unvernünftigen Absurditäten im Ressourcenverbrauch. Im Kapitalismus gilt: Viel Ausbeutung ist gut, weil dabei viel Geld gemacht wird. Diese Logik ist nicht vereinbar mit einem Planeten, dessen Ressourcen begrenzt sind.

Fossile Energieträger waren der Schlüssel zum Gruselkabinett des modernen Kapitalismus

Die industrielle Revolution veränderte alles. Um sie zu erklären, wird in der Regel auf technologische Innovationen verwiesen. Der technologische Fortschritt war aber nur deshalb so einschneidend, weil fossile Energieträger für die Produktion nutzbar wurden. Erst durch die Watt'sche Dampfmaschine und den Verbrennungsmotor konnten Kohle und Erdöl so verbrannt werden, dass genug Energie für Massenproduktion und

Massenmobilität vorhanden war. Es ist kein Zufall, dass gerade diese Epoche Karl Marx und »das Kapital« hervorgebracht hat.

Die Verbrennung fossiler Energieträger machte ungeahnte Ausmaße von Wirtschaftswachstum möglich. Das Wachstum beruht auf dem Einsetzen von jahrtausendealter Energie aus Ozeanen, Wäldern, Torfmooren und anderer Biomasse, die in Form von Erdöl, Erdgas und Kohle gespeichert ist.



Ende-Gelände-Baggerbesetzung in der Lausitz im Mai 2016. Foto: Tim Wagner

Der Energiereichtum sorgte für viel Wohlstand. Selbst für Arbeiter*innen hat sich der Lebensstandard in vielen Ländern stark verbessert, insbesondere in den Zentren der kapitalistischen Moderne. Zwei Probleme bleiben jedoch ungelöst: Erstens ist der Wohlstand weltweit extrem ungleich verteilt und zweitens führt der Energieverbrauch zu Treibhausgasemissionen, die eine rasante Erhitzung des Klimas verursachen.

Das Klima hat Kipppunkte

Seit 1900 hat sich die globale Durchschnittstemperatur bereits um 1°C erhöht. Das mag nicht nach viel klingen, führt aber zu erheblichen Ungleichgewichten in vielen Ökosystemen. Die Dürren, Waldbrände und Naturkatastrophen der letzten Jahre sprechen für sich.

Um wissenschaftliche Erkenntnisse aus der ganzen Welt zu sammeln und so eine regierungsunabhängige Stimme der Wissenschaft zu bilden, wurde 1988 der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) gegründet, der Weltklimarat der UN. 2018 veröffentlichte der IPCC einen »Sonderbericht über 1,5°C globale Erwärmung«. Die 30-seitige »Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger« sollte jeder Mensch gelesen haben, um ein Grundwissen über den aktuellen Stand der Klimakrise zu erlangen.

Die Klimaerhitzung darf 1,5°C nicht überschreiten, weil es sich verstärkende Rückkopplungseffekte gibt, die das Klima unabhängig von menschlichen Emissionen weiter erhitzen.

Ein Beispiel hierfür sind die Permafrostböden in Sibirien. Gefrorene Torfmoore halten große Mengen an Methan eingeschlossen. Wenn sie auftauen, wird das Methan freigesetzt, was wiederum zu einer Erhöhung der Temperatur führt.

Ein weiteres Beispiel ist der Albedo-Effekt, der sich mit dem Rückgang von Eisflächen beschäftigt. Große weiße Flächen auf der Erde reflektieren Wärmestrahlung zurück in den Weltraum. Schmilzt das Eis, sind die Wasser- und Landoberflächen wesentlich dunkler und absorbieren die Wärme.

Der Unterschied zwischen 1,5°C Erwärmung und 2,5°C liegt also nicht nur bei einem Grad. Automatismen im Ökosystem führen zu weiterer Erhitzung, selbst wenn Menschen keine Treibhausgase mehr emittieren. Dieser Fakt macht die 1,5-Grad-Grenze so wichtig.

Wie viele Treibhausgase dürfen wir noch emittieren, um unter der 1,5-Grad-Grenze zu bleiben? Laut IPCC beläuft sich unser restliches Budget auf ca. 320 Gigatonnen CO2. Beim aktuellen globalen Ausstoß von durchschnittlich 1.331 Tonnen CO2 pro Sekunde wäre dieses Budget in weniger als 8 Jahren aufgebraucht.

Es braucht eine absolute Reduktion der Emissionen. Diese kann nur mit einer absoluten Reduktion des Energieverbrauchs erreicht werden.



Aktivist*innen von Ende Gelände erklären sich solidarisch mit Rojava, November 2019. Foto: Jens Volle

Klimagerechtigkeit weltweit

Hier kommt die globale Perspektive ins Spiel, denn der Energieverbrauch ist nicht überall gleich hoch, und die Klimakrise trifft verschiedene Regionen unterschiedlich hart. Den höchsten Ressourcenverbrauch haben reichere Länder des globalen Nordens, während die desaströsen Folgen der Klimakrise ärmere Länder im globalen Süden am heftigsten treffen. Auch in Zukunft werden sich reichere Menschen besser vor Klimakatastrophen schützen können. Diese Einbeziehung sozialer Verhältnisse charakterisiert das Konzept der Klimagerechtigkeit, das weiter greift als Klimaschutz.

Die Klimakrise passiert nicht im leeren Raum, sondern ist in gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen eingebettet. In dieser Erkenntnis beruft sich die Klimagerechtigkeitsbewegung auch auf das Konzept der Umweltgerechtigkeit, das die Schwarze Umweltbewegung in den USA der 1980er Jahre entwickelte.

Umweltgerechtigkeit

In North Carolina hatte das Unternehmen WTC (Ward Transformer Company) jahrelang Giftmüll illegal entlang einer Autobahn entsorgt. Als der Skandal 1982 aufflog, waren große Flächen bereits PCB-verseucht. Eine neue Giftmülldeponie musste her.

Als Standort wurde ausgerechnet Warren County ausgewählt, wo vor allem Schwarze Menschen mit niedrigem Einkommen lebten. Der Protest explodierte, denn die Bewohner*innen erkannten: Hier werden Umweltprobleme bei einer gesellschaftlichen Gruppe abgeladen, die schon auf andere Arten unterdrückt und diskriminiert wird. Warum nicht bei einem Vorort mit wohlhabenden Weißen? Oder neben einem Villenviertel?

Es zeigte sich, dass es nicht reicht, wenn Umweltschutz sich nur um die Verschmutzung an sich kümmert. In einer rassistischen, klassistischen Gesellschaft sind es eben arme Schwarze, bei denen der Müll abgeladen wird. Die Forderung lautete daher auch an die (Weiße) Umweltbewegung, gesellschaftliche Strukturen in die Analysen aufzunehmen. Aus Umweltschutz wurde Umweltgerechtigkeit.

Konsumkritik und die Frage nach der Macht

Was tun wir mit diesen Erkenntnissen? Wie kommen wir zu einem ressourcengerechteren Leben?

Oft folgt hier Forderung, man müsse den individuellen Konsum reduzieren und nachhaltiger gestalten. Dieser Impuls ist verständlich. Wenn ein Problembewusstsein zum ersten Mal aufkommt, ist es nachvollziehbar, dass man das Problem im Alltag bekämpfen will, wo es greifbar wird. Leider wird individuelle Konsumreduzierung aber nie zu wirkungsvollen strukturellen Veränderungen führen.

Die Entscheidungen über weitere Verbrennung fossiler Energieträger wird vor allem von denjenigen getroffen, die das Eigentum an den Energieträgern haben. Alle vorhandenen Vorkommen stehen bereits als Kapital in Büchern von Privatunternehmen und Staaten. Die Inwertsetzung der Ressourcen in Geld findet vor allem durchs Verbrennen statt. Alle Eigentümer*innen von Erdöl, Erdgas und Kohle gehen also davon aus, dass ihre Ressourcen noch verbrannt werden, da sie sonst wertlos werden würden. Wenn jedoch alle fossilen Ressourcen der Welt verbrannt werden, würden ca. 5.000 Gigatonnen CO2 freigesetzt. Ein Desaster, das es unbedingt zu verhindern gilt.

Das Problem sind also die Eigentumsverhältnisse. Eine Demokratisierung der Wirtschaft ist dringend notwendig, um die Klimakrise einzudämmen. Noch dazu müssen sich wirtschaftliche Grundprinzipien von Konkurrenz zu Kooperation wandeln, damit niemand mehr zu möglichst hoher Kapitalakkumulation gezwungen wird, die zur Verbrennung fossiler Energieträger verleitet.

Externalisierung

Die Freisetzung von Treibhausgasen wird ebenso wie Umweltverschmutzung unter dem Begriff Externalisierung gefasst. In der neoklassischen Wirtschaftstheorie wird Natur als Rohstoff verstanden, dessen Wert bezifferbar ist. Wenn eine Fabrik einen Fluss verschmutzt, ist die Verschmutzung ein »kostenloser Produktionsfaktor«, solange die Fabrik nichts für die Verschmutzung bezahlen muss. Deshalb sehen Neoliberale die Lösung darin, externalisierte Kosten zu internalisieren. Die Verschmutzung des Flusses soll etwas kosten, ebenso wie der Ausstoß von CO2.

Diese Herangehensweise zeugt von einem kaputten Verhältnis zur Natur. Was ist der Wert eines Flusses? Ist ein Fisch nur etwas wert, wenn er für den Menschen nutzbar ist? Wie viel ist ein Sonnenaufgang wert?

Neben diesem moralischen Argument führen Internalisierungen auch dazu, dass Verschmutzung immer noch möglich ist, wenn man nur genug Geld dafür bezahlt. Reiche dürfen weitermachen wie bisher, während sich die Lebensbedingungen für ärmere Menschen weiter verhärten.

Ein gewisser Grad an Nutzung natürlicher Ressourcen ist nötig und legitim, das haben wir bereits festgestellt. Wie stark diese Ausbeutung sein darf, gibt aber die Natur vor. Es bedarf großer Rücksichtnahme auf naturwissenschaftliche Erkenntnisse. Kipppunkte von Ökosystemen müssen eingehalten werden.

Rojava und das Erdöl

Wer mit diesem Hintergrund einen Blick auf Rojava wirft, kommt nicht daran vorbei, über das Öl zu sprechen. Die starke Abhängigkeit vom Öl ist eine der größten Schwachstellen dieses emanzipatorischen Projekts. Angesichts der geopolitischen Lage kann die Konföderation gerade nicht auf das Öl verzichten. Trotzdem muss es das Ziel der kurdischen Freiheitsbewegung bleiben, diesen Widerspruch aufzulösen.

Der Fall von Rojava zeigt auch: Selbst in einer demokratischen Selbstverwaltung zwingen die kapitalistischen Umstände zur Verbrennung und zum Verkauf fossiler Ressourcen. Selbst wenn in Rojava schon viel wirtschaftliche Produktion in gemeinnützige, genossenschaftliche Betriebe umgewandelt wurde, pumpt das Herz des Kapitalismus weiter Erdöl aus dem Boden. Die Schlussfolgerung ist simpel und nicht neu: Die Revolution muss sich global verwirklichen.

Was können wir in Deutschland tun?

Werfen wir den Blick zurück nach Deutschland, dem Braunkohleweltmeister. Hier gibt es viele sinnvolle revolutionäre Arbeiten, die getan werden müssen. Eine davon ist, die Kohleindustrie anzugreifen und mit politischen Aktionen Bildungsarbeit für die Gesellschaft zu machen.

»Ende Gelände« ist ein antikapitalistisches Bündnis, das seit 2015 jedes Jahr Kohleinfrastruktur in Deutschland blockiert. Die Blockaden produzieren spektakuläre Bilder, die in allen Medien gezeigt werden. Viele Menschen sehen die Tagebaue zum ersten Mal und sind schockiert über das Ausmaß der Zerstörung. Mit radikaler Analyse legt Ende Gelände den Finger in die Wunde und fordert: Systemwandel statt Klimawandel!

Die Kampagne erfährt viel Zulauf, nicht zuletzt wegen der Organisationskultur. Es wird viel Wert auf Gemeinschaftlichkeit und Rücksicht gelegt, viel gesungen und sich umeinander gekümmert. Die bessere Welt, für die wir kämpfen, soll schon heute in unserer Organisierung spürbar werden.

Ende-Gelände-Aktionen und -Klimacamps sind auch ein Ort, an dem sich verschiedene Bewegungen treffen. Bisher war die kurdische Freiheitsbewegung nur schwach vertreten und dieser Artikel soll ein Beitrag sein, um unsere Kämpfe noch besser zu verbinden. Ihr seid alle herzlich eingeladen, diesen Sommer an der Ende-Gelände-Aktion teilzunehmen und Klimacamps zu besuchen. Lasst uns gemeinsam das Ende des fossilen Kapitalismus einläuten! ♦

Mehr Informationen auf ende-gelaende.org.

Ökologischer Zerstörungswahn in der Türkei und Nordkurdistan erreicht neue Dimension

Ercan Ayboga, Ökologiebewegung Mesopotamiens (MEM)

Die Türkei als Staat erlebt eine mehrdimensionale Krise, die hauptsächlich durch die autoritär-diktatorische Staatsführung verursacht ist. In der seit 2018 vertieften Krise unternimmt der Staat alles, um Investitionen jeder Art durch Abkommen, Vergünstigungen, Verlockungen und Ausverkauf zu steigern. Wie rücksichtslose Privatisierung, Reallohnverlust und Niedrigzinsen sollen mehr Investitionen dazu beitragen, die Krise mit möglichst wenig ökonomischem und damit politischem Schaden so schnell wie möglich zu überwinden. In diesem Zusammenhang spielen Investitionen in Talsperren/Wasserkraftwerke, Kanalprojekte, Bergbau, Kohle- und Atomkraftwerke, Straßen- und Brückenbau, Bahnstreckenausbau, Pipelines, Tourismusanlagen, Flughäfen, Einkaufszentren und große Wohnquartiere eine besondere Rolle.

Diese Investitionen werden zumeist mit ausländischem Kapital und/oder ausländischen Krediten vorgenommen. Denn für die oft großen Projekte haben weder der Staat noch inländische Privatunternehmen ausreichend Kapital. Letztere haben rund 450 Mrd. Euro Schulden bei ausländischen Banken, die sie kaum zurückzahlen können – sie können nur durch eine Schuldenübernahme durch den Staat noch bestehen. Internationale Unternehmen mit viel Kapital wissen die Lage mit aktiver Unterstützung ihrer eigenen Regierungen auszunutzen. Hier spielen deutsche Konzerne eine nicht unbedeutende Rolle. Denken wir nur an die Nachrichten vom September 2018, als nach einem Besuch des türkischen Präsidenten in der BRD herauskam, dass der geplante Ausbau von Schienennetz und -infrastruktur in der Türkei durch ein von Siemens angeführtes Konsortium realisiert werden soll, verbunden mit Investitionen von rund 35 Mrd. Euro. In der BRD sind verstärkte Bemühungen für steigende Urlaubszahlen in der Türkei zu verfolgen.

Zunehmende und in der Regel unnötige Investitionen bedeuten natürlich zunehmende soziale und ökologische Zerstörung. In einem diktatorischen Staat wie der Republik Türkei, die ganz konkret das Potential zum offenen Faschismus hat und wo die schwachen sozialen und Umweltkriterien immer mehr abgebaut werden, führen schnell vorangetriebene Investitionen zu extremer Zerstörung bei Natur und Menschen. Die bestehenden Regelungen und Gesetze werden außerdem bewusst nicht eingehalten, wenn sie der jeweiligen Investition im Wege stehen.

Seit vielen Jahrzehnten werden im Staate Türkei zahlreiche Menschen durch Investitionen verschiedener Art vertrieben, in die Armut gezwungen, ihrer Grundrechte beraubt und die Ökosysteme eins nach dem anderen zerstört. So sind allein durch Talsperren nach offiziellen Angaben mehr als eine halbe Million Menschen vertrieben worden. Doch mit der extrem neoliberal agierenden AKP-Regierung ab 2002 hat das eine bis dahin nie gewesene Dimension erreicht.

Der Widerstand dagegen nahm parallel aber auch zu und mehrere größere Kämpfe für die Verteidigung des Landes und des Lebens wurden geführt. Leider zu wenige mit Erfolg, was auch an einer elitären Herangehensweise durch die Aktivist*innen, am Fehlen einer Bündelung der ohnehin begrenzten Kapazitäten und einer gemeinsam entwickelten Strategie als auch an einer Deutungshoheit der öffentlichen Meinung lag. Das zeigte sich beim Stopp des Ilısu-Staudammes 2009 und bei den Gezi-Protesten 2013. Jahre später hat der Widerstand angefangen, etwas dazuzulernen.

Heutzutage ist es so, dass fast alle Flüsse aufgestaut oder ausgetrocknet und fast alle Feuchtgebiete ausgetrocknet sind, der Grundwasserspiegel in Mittelanatolien, in der Ägäis- und Mittelmeerregion und in Nordkurdistan hunderte Meter gefallen ist, Dutzende Kohlekraftwerke ihre Umgebung dramatisch vergiften, durch Straßen- und Bergbau fast alle wichtigen Wälder degradiert sind, die industrielle Landwirtschaft viele Millionen Hektar Land vergiftet hat, die Biodiversität schnell abnimmt, die Urbanisierung extrem vorangeschritten ist, neue Gefahren durch vorbereitetes Fracking und Atomkraftwerke immer realer werden … die Liste ließe sich noch lange fortsetzen. Mit der Ausbeutung der Natur hat sich die Ausbeutung der Menschen vertieft.



Der wachsende Stausee hat im Januar 2020 den 12.000 Jahre alten antiken Ort Hasankeyf erreicht und soll ihn in den nächsten Wochen und Monaten unter Wasser begraben – wenn er nicht verhindert werden sollte. Foto: MEM

Einige der Widerstände gegen die zerstörerischen Investitionsprojekte spielten seit Ende der 90er Jahre eine wichtige Rolle für die kämpfenden und kritischen Menschen vor Ort und im ganzen Staate. Da seien zum Beispiel die Bauern von Bergama, Hasankeyf (kurdisch: Heskîf), Munzur genannt und das AKW Akkuyu. 2019 war ein Jahr, in dem der Widerstand gegen zerstörerische Projekte in der breiten Öffentlichkeit wie seit langem nicht wahrgenommen wurde – dies lag auch an den Erfolgen der linken und sozialdemokratischen Opposition bei den Kommunalwahlen im März 2019. Darunter vor allem das Ilısu-Projekt in Nordkurdistan und das Alamos-Bergbauprojekt in den Ida-(türkisch: Kaz-)Bergen bei Çanakkale in der Marmararegion. Monatelang wurde intensiv selbst von liberalen Medien darüber berichtet. Im Dezember 2019 kam ein neues Projekt auf die Tagesordnung, das fast schon vergessen erschienen war: der Istanbul-Kanal. Seitdem ist es ein Dauerthema in Istanbul und in der türkeiweiten Politik. Diese drei Wahnsinnsprojekte des türkischen Staates stehen exemplarisch für die dortige politische, ökonomische und ökologische Lage und in Nordkurdistan. Sie zeigen, mit welchen Mitteln und wie weit der türkische Staat geht, um Investitionen um jeden Preis zu realisieren.

Der Kampf um Hasankeyf und den Tigris

Seit dem Juli 2019 wird durch den höchst kontroversen Mega-Staudamm Ilısu der Tigris in Nordkurdistan aufgestaut. Der wachsende Stausee hat im Januar 2020 den 12.000 Jahre alten antiken Ort Hasankeyf erreicht und soll ihn in den nächsten Wochen und Monaten unter Wasser begraben – wenn er nicht verhindert werden sollte.

An dieser Stelle wollen wir nicht ausführlich wiederholen, wie wertvoll das bedrohte obere Tigristal ist. Global gesehen ist Obermesopotamien eine äußert wichtige Region, wo die ersten Menschen sesshaft wurden und die kaum untersucht ist. Anschließend hinterließen hier mindestens 24 Kulturen ihre Spuren. In ökologischer Hinsicht ist es eines der letzten noch intakten Flussgebiete im Mittleren Osten. Für die Kurd*innen wie auch die Araber*innen von Hasankeyf bedeutet Ilısu strengere Assimilation und Kontrolle der Bevölkerung durch den türkischen Staat. Sozial gesehen ist es eine Katastrophe, zehntausende Menschen zwangsweise zu vertreiben und sie in die Armut der Städte zu drängen. Die Vertreibung zehntausender Menschen wird sich bis in die Mesopotamischen Sümpfe im Süden Iraks fortsetzen, dem das Wasser abgegraben werden würde. Geopolitisch betrachtet würde in Mesopotamien das



Blick auf das nahende Wasser, in dem Hasankeyf untergehen soll. Foto: Mezopotamya Ajansı

Konfliktpotential zwischen Staaten und anderen politischen Akteuren zunehmen. Verschärft wird die Lage durch die Klimakrise mit abnehmenden Niederschlägen seit Ende der neunziger Jahre.

Der über zwanzigjährige Kampf zur Verteidigung von Hasankeyf und dem Tigristal hat am Tigris oft tausende Menschen mobilisiert, Millionen von Menschen beeinflusst und ist ein wichtiger Punkt in der Mobilisierung von Menschen für eine ökologische Gesellschaft. Die Ökologiebewegung Mesopotamiens ist auch durch die Ilısu-Kampagne vorangetrieben worden.

Die neuesten Bilder mit dem in Hasankeyf angekommenen Stausee haben nach zwei, drei Monaten relativer Ruhe die Gemüter in der Öffentlichkeit bewegt und die Medien berichten wieder mehr. Durch die Invasion des türkischen Staates in Rojava im Oktober 2019 wurde es zeitweise extrem schwierig, Protest zu organisieren. Zum Februar 2020 haben sich die Aktivist*innen wieder gefangen und versuchen, kritische Öffentlichkeit zu schaffen und Verbindungen zum Istanbul-Kanal-Projekt zu schlagen. Denn das Schicksal Istanbuls hängt auch von ökologischen Kämpfen an Orten wie dem Tigris ab. Ein Rückschlag am Tigris würde für den türkischen Staat das Istanbul-Kanal-Projekt unmöglicher machen.

Noch ist der Kampf um den Tigris und Hasankeyf nicht ganz entschieden, wir versuchen bis zum letzten Moment, das Projekt zu stoppen und die Tore des Ilısu-Staudamms zu öffnen, damit der Tigris wieder frei fließt.

Istanbul-Kanal – Sturz ins ökologisch-klimatische Chaos

Das seit einigen Monaten intensiv diskutierte Projekt Istanbul-Kanal ist eigentlich seit 2011 bekannt. Doch es hatte an konkreten Schritten und an Geld gefehlt. Ende 2019 kündigte die türkische Regierung ihn wieder groß an und veränderte somit die Agenda.

Der geplante Kanal soll etwa vierzig Kilometer westlich des Bosporus das Marmarameer mit dem Schwarzen Meer verbinden und angeblich die Schifffahrt sicherer machen, die Durchfahrthäufigkeit vergrößern und auch dem Staat weitere finanzielle Einnahmen bringen. Die ökologischen und sozialen Folgen für die sechzehn Millionen Istanbuler*innen und die Marmararegion wären äußerst katastrophal, würde das Projekt tatsächlich umgesetzt.

Denn es würde zunächst riesige Flächen des ohnehin stark dezimierten Istanbuler Waldes zerstören. Mit dem Bau weiterer Städte am Kanal wären praktisch alle natürlichen Flächen Istanbuls zugebaut und die Metropole würde um drei bis vier Millionen Menschen wachsen – Istanbul wäre ein größeres Monster. Zehntausende Menschen würden vertrieben und bedeutende Agrarflächen wären verloren. Die Trinkwasserversorgung für acht Millionen Istanbuler*innen wäre in Gefahr, weil es sich bei diesen Waldgebieten um die Haupttrinkwasserressourcen handelt. Der Kanal würde die Meeresströmungen so sehr ändern, dass sogar die Winde beeinflusst werden könnten. Das Marmarameer könnte biologisch komplett umkippen und zu einer Kloake werden, da aus dem Schwarzen Meer sauerstoffarmes und schmutziges Wasser dazukommen würde. Selbst wenn der Kanal später wieder geschlossen werden würde, wäre das Desaster nicht wiedergutzumachen.

Es gibt etliche Berichte, wonach Konzerne und Reiche aus dem Umfeld der AKP-Führung und vor allem aus befreundeten Staaten wie Katar Land um den geplanten Kanal herum aufgekauft hätten. Dies kann als eine Gegenleistung für katarische Unterstützung verstanden werden und für Investitionen in der Türkei in Höhe von Dutzenden Milliarden, was die ökonomische Krise lindern soll.

Tatsache ist, dass die Schifffahrtszahlen durch den Bosporus in den letzten Jahren rückläufig sind und die Behauptung von der Verdopplung eine Täuschung ist. Der letzte gefährliche Tankerunfall im Bosporus liegt mehrere Jahrzehnte zurück. Hinzu kommt, dass die Durchfahrt durch den Bosporus kostenlos ist und daher kaum jemand den neuen Kanal nutzen würde.

Weiterhin ist unbekannt, inwieweit die Kanalarbeiten das seit Jahren für Istanbul vorhergesagte große Erdbeben verstärken oder vorziehen würden. Das ist ein weiterer Aspekt, der dieses Projekt so unvorhersehbar macht und seit Dezember viele Proteste verursacht. Schon jetzt lehnen mehr als fünfzig Prozent der Menschen in Istanbul den Kanal ab. Doch die Regierung besteht darauf und hat die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) schnell absegnen lassen. Ein Gesetz, das den Kommunen bei Großprojekten jede Mitsprache auch offiziell entziehen soll, ist auf dem Weg, weil der neugewählte Oberbürgermeister von Istanbul, Imamoğlu (von der oppositionellen kemalistisch-sozialdemokratischen Republikanischen Volkspartei CHP), sich von Anfang an klar gegen das Projekt stellt und damit der Regierung das Leben schwermacht.

Der Widerstand gegen den Istanbul-Kanal hat schnell viele Menschen, zivilgesellschaftliche Organisationen und auch politische Parteien mobilisiert. Die Auseinandersetzung wird sich zuspitzen, wenn die Regierung internationale Unternehmen findet, die dieses Zwanzig-Milliarden-Projekt vorfinanzieren und bauen.

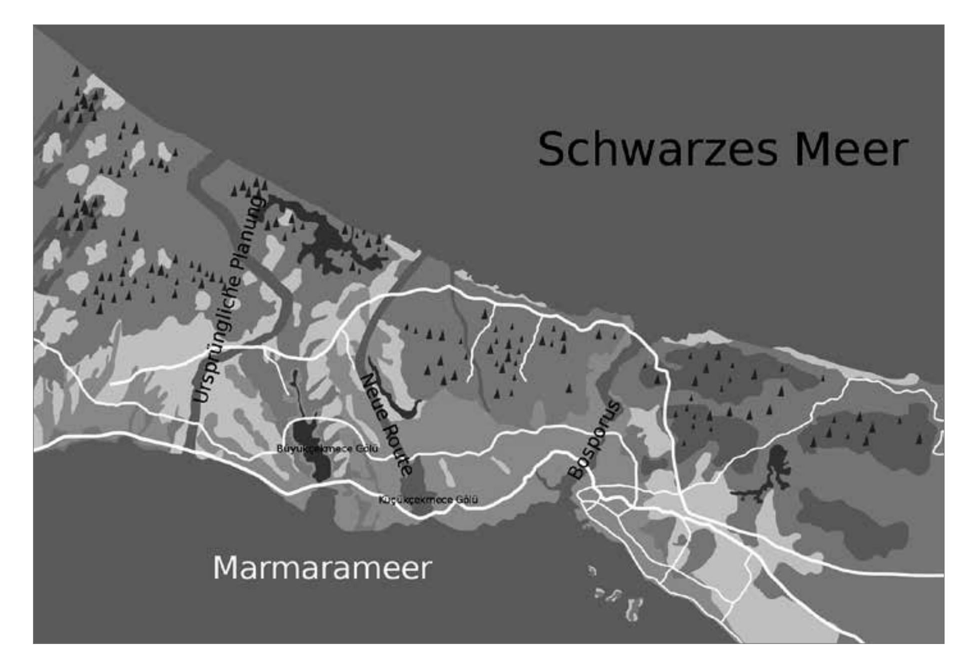
Ausblick für die ökologischen Kämpfe

Der sich formierende Widerstand gegen den Istanbul-Kanal kann nur Erfolg haben, wenn er viele Menschen, NGOs und soziale Bewegungen in Istanbul und im ganzen Staat mitnimmt. Es sollten sich nicht nur wenige und von der CHP abhängig profilieren. Gegenseitige Solidarität mit anderen ökologischen und sozialen Bewegungen ist ebenso unabdingbar, um den Widerstand gegen das diktatorische AKP-MHP-Regime zu stärken. So sollten die Aktivist*innen in Istanbul auch zerstörerische Projekte wie Ilısu immer wieder benennen, um daraus eine staatsweite Bewegung gegen die zunehmende ökologische Zerstörung zu formen. Istanbul ist das Zentrum des Staates und viele Millionen schauen dorthin.

Bei Kämpfen gegen desaströse Projekte wie Ilısu oder den Kanal ist es wichtig, gegen vom Staat verursachte Bautätigkeiten oder andere Entwicklungen nicht zu früh aufzugeben. Es ist nötig, schnell zu reagieren, aber nicht überstürzt. Dafür ist langfristige Voraussicht elementar – gerade dies fehlte zumeist in den letzten zwei Jahrzehnten in der Türkei und Nordkurdistan. Es ist nie zu spät für die Natur und das Leben. Die Renaturierung von Gewässern, Wäldern und der Biodiversität durch uns, die Menschen, ist weitgehend machbar, wenn die politischen Rahmenbedingungen durch soziale Bewegungen und allgemeine politische Kämpfe geschaffen werden. In diesem Sinne ist es auch nicht zu spät für Hasankeyf und den Tigris wie auch für den Munzur und die Wälder im Norden Istanbuls.

Die ökologischen Kämpfe haben das Potential, einen wichtigen Beitrag zu leisten, um die AKP-MHP-Diktatur zu schwächen. Millionen Menschen bewegt die ökologische Zerstörung. Wenn daraus Dutzende Millionen werden und eine gute Kampagne dahintersteht, kann durch die Annullierung der Investitionsprojekte vieles und kaum Vorstellbares ins Rollen gebracht werden. ♦

Mehr Infos unter: www.hasankeyfgirisimi.net, E-Mail: hasankeyfgirisimi.net, Twitter: @hasankeyfdicle



Der geplante Istanbul-Kanal soll etwa vierzig Kilometer westlich des Bosporus das Marmarameer mit dem Schwarzen Meer verbinden. Die ökologischen und sozialen Folgen für die sechzehn Millionen Istanbuler*innen und die Marmararegion wären äußerst katastrophal, würde das Projekt tatsächlich umgesetzt.

Der Weg nach Rojava

Ein Weg zurück zur eigenen Geschichte

Autor*innenkollektiv Geschichte&Widerstand

Viele InternationalistInnen, die ich in Rojava treffe, sind abgegessen von den Kämpfen, aus denen sie kommen. Ihr Glaube an eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft, ob in Frankreich, Spanien, Deutschland oder England, ist nur noch schwach. Und mit diesen Gesellschaften will sich niemand so richtig identifizieren. Doch so einfach ist das nicht: Aufzuhören, Teil einer Gesellschaft und Geschichte zu sein, geht nicht. Dafür sorgt die Revolution schon – und besonders die kurdischen FreundInnen.

Wir sitzen im Schatten mit Tee, Brot, Oliven und Tomaten. Es ist die kurze Pause vom Arbeiten. Die Gespräche kreisen um die Geschichte der Region, die Gesellschaft. Es wird erzählt von der Geschichte der KurdInnen in Rojava, von den letzten Jahren der Revolution, der Zeit des syrischen Regimes unter Baschar al-Assad, wie sich die weltweite Jugendrevolte der 68er-Jahre in Syrien auswirkte. Und noch weiter zurück geht es in der Geschichte des Mittleren Ostens. Von Zarathustra und Mani sprechen die FreundInnen, als ob sie noch unter uns lebten, füllen ihre Gedanken mit neuem Geist. Sie sind Beispiele für einen gesellschaftlichen Widerstand gegen den Dogmatismus im Glauben und gegen die Verherrlichung des Staates.

»Wer seine Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und somit auch nicht die Zukunft gestalten«

Und dann die Frage an uns Deutsche: »Was ist die Geschichte eurer Gesellschaft?« Erst einmal ist Schweigen in unserem Kreis. Wir deutschen InternationalistInnen haben es schwer, über unsere Geschichte zu sprechen. Wir kennen sie zu wenig. Wir werden nach den Şehids, den Gefallenen des Widerstands gegen den Faschismus gefragt. Nach der Revolution von 1848, den Bauernaufständen und HäretikerInnen, nach den GermanInnen und ihrem Widerstand gegen den Imperialismus des Römischen Reichs … Nein, wir wollen nicht nach den GermanInnen gefragt werden. Ich kann es in den Gesichtern lesen, wir wollen nicht Deutsche sein. Wir wollen nicht mit den deutschen Waffenexporten an die Türkei, mit dem deutschen Faschismus, dem Völkermord an den Herero und Nama und dem Holocaust in Verbindung gebracht werden.

Doch wie viel wissen wir über die Zusammenhänge unserer Geschichte? Über die ungeschriebene Geschichte der Besiegten? Ihre Kämpfe und ihren Widerstand gegen Unterdrückung, das Patriarchat, Vertreibung, den Staat und Kapitalismus? Wie hat sich eine staatliche, faschistische Mentalität in der Gesellschaft durchgesetzt?

Unsere kurdischen GenossInnen sagen immer: »Wer seine Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und somit auch nicht die Zukunft gestalten.« Also müssen auch wir tiefer in unsere Geschichte einsteigen. Verstehen, woher wir kamen, wie wir zu dem geworden sind, was wir sind …

Wenige Tage später sitzen wir wieder zusammen. Ohne Internet und nur mit den Büchern auf unserem E-Book-Reader haben wir uns den großen Fragen gewidmet: »Wer sind wir und aus welcher Geschichte ist unsere heutige Gesellschaft entstanden?« Silvia Federici und Friedrich Engels – das sind unsere ersten Anhaltspunkte. Wir stoßen auf Gesellschaften, die nach kommunalen und kooperativen Werten lebten und wirtschafteten, in denen die Frau eine zentrale Rolle innehatte, in denen alle Personen an wichtigen Entscheidungen, z. B. über Krieg und Frieden, beteiligt waren. Die Orte, an denen die Versammlungen germanischer Stämme abgehalten wurden, hießen Thingstätten. Ja, heute erinnert nur noch die NPD in Grevesmühlen mit ihrem »Thinghaus« als Nazi-Treff an diese Orte …

Wir streiten … Spielt diese alte Geschichte heute überhaupt eine Rolle für uns? Ergibt es Sinn, sich ihr zu widmen und sie als einen Bezugspunkt in der Analyse gesellschaftlicher Veränderungen zu nehmen? Alles scheint so vereinnahmt von nationalistischem Gedankengut und faschistischer Symbolik. Doch alles, was wir in den Büchern von Engels über die germani-

schen Stämme zu Zeiten des Römischen Reichs lesen, steht im Widerspruch zur Ideologie des deutschen Faschismus. Warum also diese Geschichte den Nazis überlassen? Doch wie haben sich in diesen doch sehr freiheitlichen Gesellschaften hierarchische Strukturen bis hin zu Königreichen, wie dem Frankenreich, und nicht zuletzt Staaten entwickelt?

Eintauchen in die eigene Geschichte

Immer wieder teilen wir das Gelesene mit anderen internationalistischen FreundInnen. Immer wieder stoßen wir auf viele Gemeinsamkeiten in den geschichtlichen Entwicklungen vergangener Gesellschaften in Europa und können Parallelen zur Entwicklung im Mittleren Osten ziehen. Mit französischen Genossinnen diskutierten wir über die Entstehung des Frankenreichs. Es ist das Ergebnis der sich immer weiter ausbreitenden und vertiefenden Herrschaftsstrukturen germanischer Stämme – der Franken – bis zum neuen Imperium, das Rom ablöste. Es war Karl der Große, der den Gesellschaften Mitteleuropas mit Gewalt die neue Ordnung des Christentums und Feudalismus aufzwang. Doch auch gegen diese Gewalt gab es Widerstand. Gerade die Friesen und Sachsen waren es, welche die neue hierarchische Ordnung nicht akzeptierten und an der Idee der Allmende festhielten. Einer Idee, nach der die Güter, welche die Menschen zum Leben brauchen, nicht im Besitz Einzelner sind, sondern im Besitz der Gemeinschaft. Ja, ja, diese Sachsen und Friesen, über die wir uns in Deutschland doch ab und an mal lustig machten. Und dabei knüpfen wir heute auch an ihre Kämpfe an, fordern wir die Vergemeinschaftung der Güter zum Leben, die Wiederbelebung der Allmende.

Mit italienischen Genossinnen diskutieren wir über Federicis Buch »Caliban und die Hexe«, wie sich zu Zeiten der Renaissance die Gesellschaft gegen den dogmatischen Katholizismus wehrte und sich Hunderte, wenn nicht Tausende widerständiger Gruppen von HäretikerInnen bildeten. Sie interpretierten das Christentum auf eine freie und demokratische Weise und kritisierten die Doppelmoral katholischer Priester. Und gleichzeitig wandten sie sich gegen soziale Ungleichheit, Hierarchien und die ökonomische Ausbeutung der BäuerInnen durch den Adel. Dafür wurden viele als Hexen verbrannt, entmündigt, entrechtet. Dies waren die ersten Züge der BäuerInnenaufstände, die im Schulterschluss mit den HäretikerInnen die bestehende Ordnung herausforderten. Federici spricht in diesem Zusammenhang von der »ersten proletarischen Internationalen«, da diese Bewegung nicht an den Grenzen der Fürstentümer und Reiche haltmachte, sondern sich über ganz Europa erstreckte.

»Wir sind des Geyers schwarzer Haufen – Heyah heyoh – Wir wolln mit Pfaff und Adel raufen – Heyah heyoh«. Erin-



Aufständische Bauern mit Bundschuhfahne umzingeln einen Ritter. Holzschnitt des sog. Petrarca-Meisters aus dem Trostspiegel, 1539. Bild: wikipedia

nerungen aus meiner Schulzeit kommen hoch. Die Melodie des Lieds über Florian Geyer klingt noch in meinen Ohren. Es ist ein Lied über die Aufstände der Bundschuh-Bewegung zu Anfang des 14. Jahrhunderts. In Südwestdeutschland organisierten sich Bäuerinnen und Bauern als »Haufen«, kleine bewaffnete Gruppen, die Kirchen und Schlösser niederbrannten und demokratische Strukturen der bäuerlichen Selbstverwaltung aufbauten.

Und in diese Zeit fällt die Bewegung der Beginen. Frauen, wie Mechthild von Magdeburg, die sich in Gemeinschaften zusammenschlossen, auf der Suche nach einem Leben jenseits von Ehe oder Klostermauern. Sie lebten ein freieres Leben in für alle Frauen offenen Konventen, unabhängig von ihren Ehemännern oder Vätern. Diese Konvente unterstanden keinem anderen Orden oder kirchlicher Hierarchie. Die Frauen wählten ihre Vertreterinnen selbst, arbeiteten oftmals in Kollektiven und legten ihr Geld zusammen. Als gelebte solidarische Gemeinschaften breiteten sich die Beginen schnell über ganz Mitteleuropa aus, besonders im heutigen Holland, Belgien und Deutschland.

Aber interessant sind die Beginen nicht nur für unsere Suche nach den widerständigen Formen des Lebens in Europa. Auch in der Jineolojî in Rojava forschen Frauen über diese Geschichte. Und wie damals werden wieder Dörfer für Frauen aufgebaut. Im Dorf Jinwar leben Frauen autonom von Männern, schaffen sich eigene ökonomische Grundlagen und erlernen wieder gesellschaftliches Wissen z. B. über fast vergessene Heilkunde. Doch was passierte mit den Beginenhöfen in Europa? Im Zuge der Reformation, getragen durch die Ansichten Luthers, dass Frauen ausschließlich zu Hausfrauen und Müttern geschaffen seien und der individuelle ökonomische Erfolg ein Zeichen Gottes für das eigene Ausgewähltsein galt, wurden die letzten Beginenkonvente zur Auflösung gezwungen.

Wir stoßen auf das Buch von Max Weber »Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus«, wir lesen die Zweite Verteidigungsschrift von Öcalan über die Entstehung des Kapitalismus … Die protestantische Moral hatte dem ausbeuterischen Kapitalismus in Mitteleuropa nichts mehr entgegenzusetzen – keine Werte, keine Grenzen. Alles wurde möglich, die einzige Rechtfertigung wurde der Profit.

Auf der Playlist von GenossInnen aus England finden wir den Song »Hey ho, nobody home, meat nor drink nor money have I none«. Es ist die Melodie des Kanons »Heho spann den Wagen an« – auch wir kennen es noch aus der Schulzeit. Es



Beginen lebten ein freieres Leben in für alle Frauen offenen Konventen, unabhängig von ihren Ehemännern oder Vätern.

ist ein altes Lied aus den ersten Jahren der immer größer werdenden Landlosenbewegung in England. Von ihren Feldern vertrieben und sich nicht abfindend mit dem Leben in Stadt und Fabrik, ziehen immer mehr durch das Land – nicht selten bettelnd und stehlend. Was blieb ihnen auch übrig, akzeptierten sie nicht das Leben in Ausbeutung und Knechtschaft? In Deutschland sind es besonders die Weber und Weberinnen, die sich einen Namen im Widerstand gegen Kapitalismus und Industrialisierung machen – MaschinenstürmerInnen. Sie zerstören ihre Webstühle und proben den Aufstand. »Deutschland, wir weben dein Leichentuch«, summen wir die nächsten Tage beim Arbeiten. Es ist die Vertonung des Gedichts von Heinrich Heine, eine Abrechnung mit der beginnenden Industrialisierung und der Monarchie.

Räterepubliken gründen

Und was hätte aus diesem alten Reich werden können? So viele setzten ihre Hoffnungen in ein geeintes Deutschland. Die Vereinigung und Identität der Menschen auf der Basis von Rechten und Freiheiten und nicht Leibeigenschaft und Knechtschaft. Doch musste daraus der deutsche Nationalstaat werden? Alles vereinheitlichend, Nationalismus stiftend, Kolonialismus nach außen und Unterdrückung nach innen im Namen der heiliggesprochenen Nation. Ja, es gab Alternativen, niemals ist etwas alternativlos. Die Badische Revolution entsprang einer dieser alternativen Vorstellungen. RevolutionärInnen wie Gustav Struve, Amalie Struve und Friedrich Hecker standen ein für eine andere Vorstellung von Deutschland, als sozialistische Republik. Beeinflusst von aufklärerischen Gedanken, der jungen sozialistischen Bewegung und traditionellen Formen gesellschaftlichen Lebens. Es ging ihnen um die Befreiung des Individuums, ökonomische Gleichheit und Selbstverwaltung der Gesellschaft in traditionellen Formen – nicht nach Maßstäben der bürgerlichen Demokratie. Doch auch diese kurze Revolution wäre gänzlich aus unserem Bewusstsein verschwunden, würden wir nicht an den gemeinsamen Abenden für unsere Moral das Hecker-Lied singen …

Doch für die jungen SozialistInnen dieser Tage war die Badische Revolution sicher ein Moment des Lernens und Erkennens. Diese Erfahrungen trugen einen Teil dazu bei, dass nur wenige Jahre später in ganz Deutschland Räterepubliken gegründet wurden, in denen die Gesellschaft ihre Zukunft selbst in die Hände nahm. Wieder war eine Zeit gekommen, in welcher der Weg gesellschaftlicher Entwicklungen nicht vorgezeichnet, sondern der Ausgang des Kampfes zwischen radikaler Demokratie und staatlichem Zentralismus noch offen war. Ein Kampf, in dem so viele RevolutionärInnen ihr Leben gaben, bis zuletzt ihre Vorstellung von Freiheit verteidigten. Die Entschlossenheit im Widerstand von Persönlichkeiten wie Erich Mühsam, Anita Augspurg und Kurt Eisner ist durch die Erfahrungen in der Revolution in Rojava vorstellbarer geworden – unsere Klarheit dessen, was es zu verteidigen gilt, gewachsen.

Und nun? Sollen wir weitergehen in dieser Geschichte? Es kommt die Zerschlagung der Räterepubliken mit der Macht des aufstrebenden Faschismus. Diese Macht, die so vieles, wenn nicht alles zerschlug: Parteien, Gewerkschaften, Vertrauen, Hoffnungen. Im Schrecken des Holocaust zerschlug sie sogar den Glauben an die menschliche Fähigkeit, in Frieden zusammenzuleben.

Antifaschistischer Kampf

Auch diese Geschichte zieht ihre Fäden in einer Region, die nur wenige Kilometer entfernt von uns liegt. »Das Vorbild des deutschen Faschismus, ja, das persönliche Vorbild Hitlers waren Atatürk und der Genozid an den ArmenierInnen«, berichten kurdische FreundInnen, die in Bakur, Nordkurdistan, aufgewachsen sind und sich den Verteidigungseinheiten (YPG/YPJ) zur Verteidigung der Stadt Kobanê gegen den Islamischen Staat angeschlossen hatten. »Hitler sah Atatürk als leuchtenden Stern eines nationalistischen Kampfes für die Schaffung einer Nation, die auf einer Sprache, einer Fahne und einem Volk basieren sollte. Und die kurdische Befreiungsbewegung leistet bis heute Widerstand gegen diesen Staat.« Und wo sind die Widerstände gegen den deutschen Faschismus geblieben? Hat es sie nicht gegeben, oder sind sie in der Geschichte – geschrieben durch die Herrschenden – untergegangen? Doch wohl Letzteres. EdelweißpiratInnen, Roter Frontkämpferbund, Roter Frauen- und Mädchenbund, Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition und PartisanInnen sind nur einige der vielen Namen und Organisationen, unter denen sich gegen den deutschen Faschismus organisiert wurde. Und hinter den Organisationen standen Menschen mit Biografien, die wir lesen und verstehen können, Maria Wachter, Georg Elser, Erna Eifler, Wolfgang Abendroth und Gertrud Koch – die Liste könnten wir über viele Tausende von Namen fortführen.

Wir erzählen den kurdischen Freundinnen von der Republik Schwarzenberg, einer kleinen Region im Erzgebirge. Zum Ende des Zweiten Weltkriegs lag sie für sechs Wochen zwischen den vorrückenden Armeen der Alliierten. AntifaschistInnen in Schwarzenberg warteten nicht, bis die Alliierten kamen, sondern bildeten in den über zwanzig Städten und Dörfern der Region eigene antifaschistische Aktionsausschüsse. Solche antifaschistischen Aktionsausschüsse und Komitees entstanden in vielen Städten des ehemaligen Deutschen Reichs. Nicht selten waren es diese Strukturen des antifaschistischen Widerstands, welche die ersten Verhaftungen von Nazis in den alten Verwaltungen und in Betrieben vornahmen. Sie organisierten

die für das Überleben der Menschen notwendigen Funktionen und setzten die Infrastruktur wieder in Gang. Auch waren sie die treibende Kraft in der Organisierung der ArbeiterInnen in neuen Gewerkschaften, die an den sozialistischen Ideen festhielten. Doch im Osten wie auch im Westen bestand kein Interesse, den antifaschistischen Komitees beim Aufbau neuer gesellschaftlicher Strukturen Raum zu lassen.

»Die kurdische Bewegung begann sich zu organisieren gegen den Kolonialismus in Kurdistan. Eure Rache für die Geschichte von Kriegen und Vernichtung der Deutschen muss es sein, die Gesellschaft gegen den Kapitalismus und Nationalismus zu organisieren und zu verteidigen.«

Schnell schon untersagte die SPD ihren Mitgliedern eine Mitgliedschaft in den Komitees und die KPD versuchte die Komitees in ihren Aufbau einer sozialistischen Einheitspartei zu integrieren. So unterschiedlich die Motive auch waren, eines war gleich: die Durchsetzung eines funktionierenden, zentralistischen Staates und die Entmachtung politischer Selbstorganisierung der Menschen. Wäre der erneute Aufbau sozialistischer Rätestrukturen in einem neuen Deutschland möglich gewesen? Ja. Wie die konföderalen Strukturen germanischer Stämme in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung, die Anfänge der Renaissance und die HäretikerInnen und Bauernaufstände, die Revolutionen von 1848 und die Räterepubliken der Weimarer Zeit war auch die Nachkriegszeit ein historischer Moment, in dem anderes möglich gewesen wäre. Es wäre nicht nur Möglichkeit geblieben, hätten sich die demokratischen, revolutionären Kräfte gegen die Kräfte und die Ideologie des Staates durchsetzen können.

Gesellschaftliches Leben in Freiheit

Doch woraus zogen die Menschen die Kraft und den Willen für ihre Kämpfe? Auf diese Frage lacht die Freundin. Ihr Name ist »Amargi«. Er bedeutet »Freiheit«. Sie erzählt, dass mit dem Entstehen der ersten Hierarchien in den Gesellschaften Mesopotamiens auch das Wort »Freiheit« auftrat. Es entstand aus dem Wissen um ein gesellschaftliches Leben in Freiheit, Kollektivität, gegenseitiger Hilfe und der Verbundenheit mit der Natur. »Aus diesem Wissen um ein freies Leben bezogen die Menschen ihren Willen und ihre Kraft zum Widerstand und zum Erkämpfen einer erneuten Freiheit.« Grundlage dafür sei, so sagen unsere kurdischen Genossinnen, dass sich die Menschen ihrem Land, von und auf dem sie leben, und ihrer Gesellschaft verbunden fühlen. Sie nenne dies »Welatparezi«, Verteidigung der Heimat. Und auch für uns InternationalistInnen ist dieser Begriff alltäglich geworden, gehen wir durch die Stadtteile, um genau jene Familien zu besuchen. Doch im Deutschen? Was würde das bedeuten: »Liebe und Verteidigung der Heimat?«

Wir verfolgen die Ende-Gelände-Proteste gegen den Kohleabbau in Deutschland. Menschen, deren Dörfer und damit Zuhause und sozialer Zusammenhang zerstört wird, stehen an der Abraumkante. AktivistInnen klettern in die Bäume des Hambacher Forstes, um ein Stück Natur zu verteidigen. Entschlossen stellen sich AntifaschistInnen in ihren Kiezen der neuen rechten Bewegung entgegen … Es sind diese Bilder und Stimmen, die uns eine Idee davon geben, was »Welatparezi« bedeuten kann.

Wir sind es, die am Ende einer langen Kette in sich verwobener sozialistischer, feministischer, ökologischer, demokratischer und anarchistischer Kämpfe stehen. Wir sind es, die heute das letzte Glied im Kampf um das Land, Gleichheit, Solidarität und Freiheit sind, der die gesamte Geschichte – auch in Europa – durchzog.

Zu unserem Umgang mit dieser Geschichte und unseren Gesellschaften sagt Amargi: »Die kurdische Bewegung begann sich zu organisieren gegen den Kolonialismus in Kurdistan. Eure Rache für die Geschichte von Kriegen und Vernichtung der Deutschen muss es sein, die Gesellschaft gegen den Kapitalismus und Nationalismus zu organisieren und zu verteidigen.« ♦

Filmkunst stellt einen wichtigen Teil des Widerstandes dar, der Hoffnung gibt und unsere Solidarität verdient

Aspekte solidarischer Filmkunst

Sophia Angeli

Filme bringen Menschen zusammen. Sie versetzen Zuschauer und Zuschauerinnen wie Produzierende in fantastische Welten, egal wie nahe diese auch der Realität sind. Sie können zeigen, wie Alternativen aussehen können, sie geben Hoffnung auf kommende Tage, sie vermitteln Bildung und wirken als Inspiration. Sie kritisieren, sie decken politische und ökonomische Wirkungsgefüge auf, sie können Geschichten erzählen, welche sonst unsichtbar bleiben. Sie können Marginalisierten und Unterdrückten eine Stimme geben und diesen ermöglichen, sich von der Objektivierung zu lösen und sich als Subjekte zu begreifen.

Dieser Artikel widmet sich einigen Aspekten, die ich in den vergangenen Wochen aus einigen Filmvorführungen und Veranstaltungen mitgenommen habe. Er erhebt weder den Anspruch, als ausgereifte Filmkritik zu gelten, noch vollständig zu sein. Vielmehr geht es um Gespräche, Diskussionen und Gedanken, die im genannten Rahmen entstanden sind. Generell lässt sich sagen, dass das Zeigen von Filmen Zugänge schafft, welche besonders vielfältig sind. Diese Vielfalt zeigt sich nicht nur hinsichtlich der Ebenen, welche Zugänge ermöglichen – niedrige, spezielle, bildhafte, persönliche oder eine Mischung aus vielen –, sondern oftmals auch darin, dass Menschen aus unterschiedlichen Kreisen und Hintergründen zusammenkommen. Ich betone das an dieser Stelle, da ich den Eindruck habe, dass dies bei anderen Veranstaltungsformaten weniger häufig der Fall ist.

In Hamburg gibt es seit 2019 das Avakino Filmkollektiv, welches von in Hamburg lebenden Menschen gegründet wurde, welche der Wunsch eint, alternative Filmkunst zu entwickeln, eine Brücke auf dieser Ebene zwischen Kurdistan und Hamburg zu bilden und das Netzwerk revolutionärer und antikapitalistischer Filmschaffender zu erweitern. So richtete Avakino beispielsweise im Februar 2020 gemeinsam mit einem Kollektiv aus Dänemark einen Abend im Kulturtreff Amargî im Hamburger Gängeviertel aus. Kopenhagen Underground – so der Name des Kollektivs aus Kopenhagen – versteht sich als ein Mittel der Solidarität, welches mit freien Filmvorführungen Spenden sammelt, um Graswurzelbewegungen, humanitäre Projekte und politische Gefangene zu unterstützen. Im Gespräch antwortete Ryan, eines der Mitglieder, auf die Frage, was ihn zu dieser Aktivität gebracht hat: Er könne nicht schlafen, solange er nicht etwas mache, was für all die, die kämpfen, produktiv sei, egal ob es dabei um die Kämpfe der Geflüchteten in Dänemark oder um die Menschen in Rojava gehe.

Seit 2017 veranstalten sie ein Filmfestival in Kopenhagen, welches hauptsächlich Arbeiten annimmt, welche mit geringen Kosten und selbstorganisiert produziert wurden. Die Filme zeigen häufig Geschichten von revolutionären Kämpfen oder Schicksale, über welche in der breiten Öffentlichkeit nicht geredet wird. Aus dieser Auswahl wiederum stellen sie Veranstaltungsreihen zusammen, welche für eine bestimmte Sache Unterstützung sammeln.

Solidarität als Praxis des alltäglichen Lebens

»Kurdish Lens«, das ist der Name der Reihe, welche gemeinsam in Hamburg gezeigt wurde: vier Kurzfilme aus allen vier Teilen Kurdistans, von kurdischen FilmemacherInnen. Die Kontakte zwischen diesen und Kopenhagen Underground kamen größtenteils in der Arbeit mit Geflüchteten in Serbien zustande. Die Spenden, welche gesammelt werden, gehen an den kurdischen Roten Halbmond Heyva Sor a Kurdistanê. Gezeigt wurde die Reihe schon in vielen Ländern Europas und auch in Vietnam. Die Teilnahme an den Veranstaltungen sei in Dänemark selbst viel geringer als im Ausland, erzählt Ryan im Gespräch. Laut ihm seien viele der Menschen dort sehr auf sich selbst konzentriert, obwohl oder gerade weil sie im höchsten Maße komfortabel lebten. Doch in den anderen Ländern erfahre die Reihe durchweg positive Reaktionen. An einigen Orten kämen zwar weniger Spenden zusammen, wie



Filmeabend mit Avakino Filmkollektiv und Kopenhagen Underground im Gängeviertel in Hamburg. Foto: Avakino

beispielsweise in Lissabon, dafür aber seien dort die Gespräche und Diskussionen im Anschluss besonders intensiv und lang gewesen – und damit sei ein weiteres wichtiges Anliegen des Kollektivs erfüllt worden. Die erzählten Geschichten der Filme sollen der Bildung dienen, sie sollen die ZuschauerInnen dazu ermutigen, selbst aktiv zu werden, sich einzubringen in den Kämpfen um sie herum. Solidarität sei eine Praxis – eine Praxis, die Teil des alltäglichen Lebens sein müsse.

Generell sei Solidarität für ihn eines der wichtigsten Prinzipien im Leben – neben Autonomie und Anarchie, führt Ryan weiter aus. Solidarität sei etwas, das eingebettet sein solle in die Art und Weise, wie man die wichtigsten Dinge im eigenen Leben angehe. Ohne Solidarität gebe es keine Menschlichkeit oder zumindest weniger Hoffnung auf diese. Er hoffe, dass Kopenhagen Underground einen Teil dazu beitrage, Solidarität praktisch werden zu lassen.

Eine weitere Veranstaltung, die ich an dieser Stelle erwähnen möchte, war ein Abend in Hamburg, welchen eine Jugendgruppe organisierte. Die Idee war, einen Film zu zeigen und eine Ausstellung zu Inhalten und Hintergründen der Revolution in Rojava zu erstellen. Der Saal war bis auf den letzten Platz mit Jugendlichen gefüllt. Das Avakino Filmkollektiv half bei der Auswahl eines Filmes und stellte diesen am Abend selbst vor: »Berfîn.« Dies ist ein Spielfilm der Guerilla-Filmgruppe SineÇiya und der Regisseurin Özlem Arzeba. Es geht um ein Mädchen Berfîn, das wie Zehntausende weitere in den 1980er und 1990er Jahren in Kurdistan unter der Repression des türkischen Staates groß wurde. Der Vater ermordet, die Mutter verhaftet. Die Unterstützung des Kampfes um Freiheit und Selbstbestimmung wurde mit allen Mitteln bekämpft. Berfîn entscheidet sich eines Tages selbst, für die Gerechtigkeit aktiv, Teil des Befreiungskampfes zu werden und in die Berge zu gehen.

In der anschließenden Diskussion bestimmten viele der eingangs genannten Aspekte das Gespräch. Über den Film wurde vielen eine andere oder neue Art des Zugangs zu den Inhalten des kurdischen Freiheitskampfes ermöglicht. Diskutiert man das Gesehene anschließend, lässt sich auch der Kontext des Filmes weiter ausführen und begreiflich machen. Aktuelle politische Entwicklungen lassen sich vergleichen und diskutieren. Für einige war es auch etwas Besonderes, einen Film abseits der Produkte des Mainstream-Kinos und der Hollywood-Blockbuster zu sehen. Alternative Filmkunst nimmt diese Rolle schon seit Beginn des Kinos ein; der Film, welcher einem Guerilla-Gebiet entspringt, in diesem produziert wurde und in dem Guerilla-KämpferInnen selbst sowohl die Schönheiten als auch die Schwierigkeiten und Widersprüche des Kampfes und des Lebens in den Bergen verkörpern, reiht sich in dieses Erbe ein. Auch dieser Film inspirierte, regte an zum Überdenken der eigenen Privilegien und zur Solidarität mit denen, die kämpfen, mit denen, die unterdrückt werden.

Auf zwei Veranstaltungen, welche erneut gezeigt haben, welches Interesse und welche globale Solidarität der kurdische Freiheitskampf erfährt, bin ich eingegangen und habe dabei so Initiativen und Organisationen ausgelassen, welche auch ihren Teil dazu beitragen. Abschließend lässt sich nur sagen, dass auch das Kino ein wichtiger Raum der Öffentlichkeit ist, welcher das Potenzial besitzt, sich mit Kritik und Kreativität mit den herrschenden Zuständen auseinanderzusetzen und sich selbst weiterzuentwickeln. Filmkunst stellt einen wichtigen Teil des Widerstandes dar, der Hoffnung gibt und unsere Solidarität verdient. ♦

Ab März wird der Film »Ji bo Azadiyê« auch in zahlreichen deutschen Städten zu sehen sein

Ji bo Azadiyê: Kritik am Schweigen zum Krieg in Kurdistan

Interview mit dem Regisseur Ersin Çelik

»Ji bo Azadiyê« (Für die Freiheit, englischer Titel: The end will be spectacular) thematisiert den vom Dezember 2015 bis März 2016 andauernden Widerstand der Zivilen Verteidigungseinheiten YPS (Yekîneyên Parastina Sivîl) gegen die Belagerung des türkischen Militärs im Stadtteil Sûr von Amed (Diyarbakır). Gedreht wurde der Film in der nordsyrischen Stadt Kobanê. Seine Premiere feierte »Ji bo Azadiyê« auf dem 25. Internationalen Filmfestival im indischen Kalkutta. Ab März finden auch in zahlreichen deutschen Städten Filmvorführungen statt. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur anf berichtet Ersin Çelik, wie der Film zustande kam und warum und mit wem er gedreht wurde.

Kannst du uns über die Film-Kommune von Rojava erzählen und ihre Rolle in der Produktion des Films »Ji bo Azadiyê«?

Die Film-Kommune von Rojava ist der Produzent des Films. Die Kommune wurde im Jahr 2015 in Rojava gegründet. Sie hat bis heute zahlreiche Filme, Dokumentationen und Musikvideos produziert. Die Kommune hat auch ein Filmfestival organisiert. Im Rahmen ihres mobilen Kinos hat sie auch Filmvorstellungen in den nordsyrischen Dörfern speziell für Kinder organisiert.

Den Film »Ji bo Azadiyê« hat nicht nur die Film-Kommune allein erstellt. Dutzende Einrichtungen in Rojava und Hunderte Personen waren an der Produktion beteiligt. Bis zu 100 Freiwillige haben bei den fast sechs Monate umfassenden Dreharbeiten mitgearbeitet. Beispielsweise war die Unterstützung der Stadtviertel-Räte in Kobanê und der Frauen- und Jugendkommunen sowie Selbstverteidigungseinheiten entscheidend für den Dreh des Films.

Wie habt ihr die Geschichte zu einem Film gewandelt und Kontakt zu den Personen aufgebaut, die den Krieg in Sûr überlebt haben?

In der Phase der Entwicklung des Szenarios konnten wir in Kontakt mit vier Personen treten, die überlebt haben. Wir haben die Gespräche mit ihnen aufgenommen. Einer der wichtigsten Gründe, dieses Thema zu wählen, war das in Sûr geführte Tagebuch. Zudem wurde die Verbrennung von Hunderten Menschen in den Kellern von Cezîr live im Fernsehen ausgestrahlt. Über 300 Menschen wurden in den Kellern bei lebendigem Leibe verbrannt. In Sûr wurde eine Geschichte ausgelöscht. Als all dies passierte, schaute die Welt nur zu. In derselben Region ereigneten sich bereits Massaker und Übergriffe auf das Volk. Es gab eine massive Fluchtwelle. Dieser Film ist eine Kritik an diesem Schweigen.

Ist es schwer mit Menschen zu arbeiten, die keine ausgebildeten Schauspieler sind?

Es ist immer schwer mit Akteuren zusammenzuarbeiten, die für diese Tätigkeit keine Ausbildung erhalten haben. Doch es wäre vielleicht schwerer gewesen, diesen Film mit ausgebildeten Schauspielern zu drehen. Zwei Personen (Haki und Korsan Şervan), die am Widerstand in Sûr beteiligt waren, haben sich selbst gespielt. Auch die anderen Schauspieler waren größtenteils Jugendliche, die ihren Platz im Kampf gegen den IS hatten oder im Krieg aufgewachsen sind. Damit waren sie keine Schauspieler, aber verfügten über wahre Gefühle und Erfahrungen. Deshalb wollte ich, dass die Schauspieler nicht »schauspielern«. Ich habe versucht zu gewährleisten, dass sie sie selbst sind, sich so verhalten, wie sie es auch sonst tun. Ich denke, dass, wenn wir mit ausgebildeten Schauspielern diesen Film gedreht hätten, er seinen jetzigen Erfolg nicht hätte erreichen können.

Wie nah sind die Ereignisse im Film an der Realität? Wie ist die heutige Situation in Sûr?

Der Film, die Geschichte, beruht auf wahren Gegebenheiten. Die Basis bilden größtenteils reale Erzählungen und das Tagebuch, das von den Kämpfern während des Sûr-Widerstands geführt wurde. Der Drehort war ein Stadtteil von Kobanê, der beim Widerstand der Stadt zum größten Teil zerstört wurde. So wie es auch mit Sûr geschehen ist.

Die Ausgangssperre ist in einem Teil von Sûr immer noch gültig. Die größte Zerstörung hat das historische Sûr nach dem Ende des Krieges heimgesucht. Sie haben förmlich Rache an der Stadt genommen. Dieser langfristig angelegte Völkermord richtet sich nicht nur an die Gesellschaft, sondern gegen seine Geschichte und Zukunft. So wie beispielsweise das historische Heskîf (Hasankeyf) überflutet wird, wurde auch die historische Altstadt Sûr dem Erdboden gleichgemacht.

Während der Dreharbeiten zum Film dauerte der große Krieg gegen den IS in Raqqa an. Die Türkei hatte zudem begonnen, Efrîn zu bombardieren. Wie gefährlich waren die Dreharbeiten für euch?

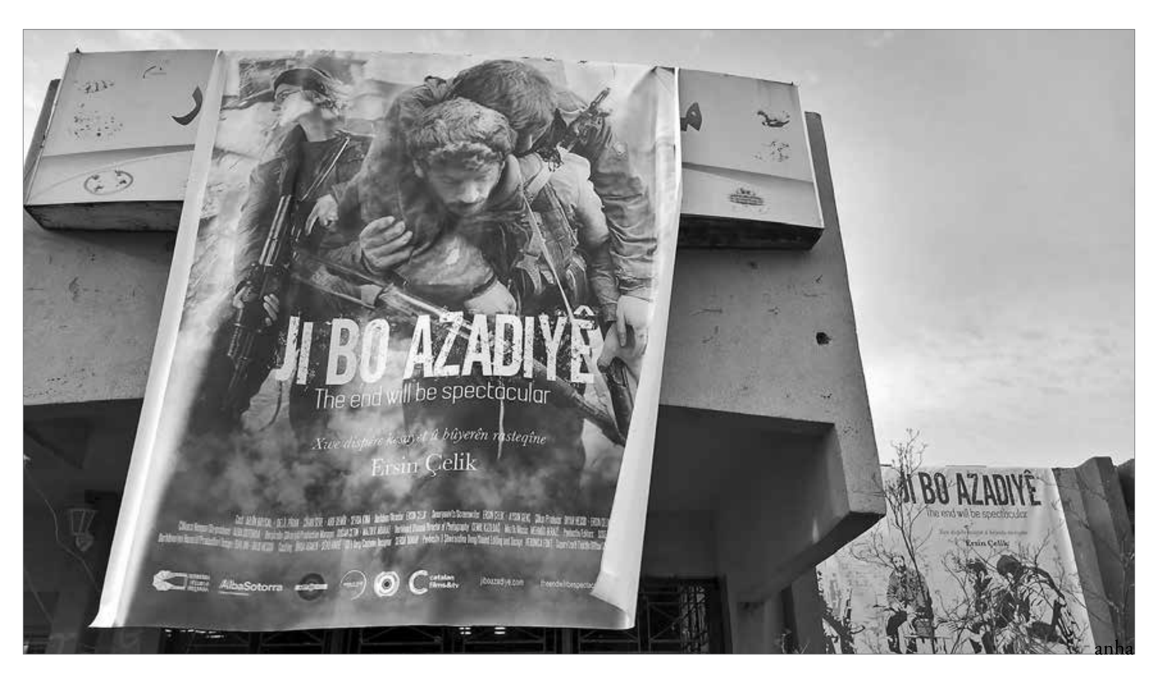
Ja, wie heute auch gab es zum einen den Widerstand und zum anderen die Intervention und auch die Bombardierung von Efrîn durch die Türkei hatte begonnen. Wir haben den Film in der Stadt Kobanê gedreht, die als ein demokratisches Experiment internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte. Dort, wo es Leben gibt, kann auch ein Film gedreht werden. Ja, es gab viele Risiken, aber es ist unsere Heimat. So wie alle Menschen dort in Gefahr leben, waren wir auch in Gefahr. Unser Set hätte bombardiert werden können. Ich und alle Kollegen vom Film-Team waren auf alles vorbereitet. Wir wollten unter allen Umständen diesen Film drehen. Das Kino ist Teil dieses demokratischen Widerstandes. Es ist so risikoreich wie die Politik und ein so gefährlicher Bereich wie der Krieg selbst.

Wie ist die gegenwärtige Situation des kurdischen Films?

Die Situation des kurdischen Films ist wie die kurdische Frage. Es werden Filme gedreht, aber im Land selbst wüten der Faschismus und der Krieg. Es ist schwer, sowohl einen Film zu drehen als auch diesen Film der Gesellschaft näherzubringen. Darüber hinaus gibt es die kurdische Gesellschaft in der Diaspora und ihre Filme.

Das kurdische Kino wird als ein Teil der gesellschaftlichen Opposition der Kurden wichtige Ergebnisse hervorbringen. Denn in unserer Heimat gibt es zum einen Diktaturen und zum anderen einen demokratischen und an der Befreiung der Frau orientierten Widerstand. Das kurdische Kino muss sich daran orientieren. Es gibt auch die Realität der Fluchtgeschichten, aber ich denke auch, die Rückkehr der vielen kurdischen Flüchtlinge ist ein noch viel wichtigeres Thema. Das kurdische Kino kann auch die Vorreiterrolle der Frauen im politischen, militärischen und kulturellen Bereich veranschaulichen. ♦

Mehr Informationen:
Homepage: www.theendwillbespectacular.com
Facebook: https://www.facebook.com/filmjiboazadiye/
Twitter: www.twitter.com/jiboazadiyefilm



anha

Network for an AlternativeQuest

Die kapitalistische Moderne herausfordern IV

Wir wollen unsere Welt zurück!

Autonome Bildung und Organisierung



Einladung zur Konferenz

- Das hier ist ein Aufruf, um mit einer gemeinsamen Haltung unsere Welt zurückzufordern.
- Dies ist ein Aufruf an all jene, die für ein freies Leben und ein Ende aller Formen der Ausbeutung kämpfen.
- Ein Aufruf, sich zu versammeln, um ein Ende der Zerstörung unserer Welt und der Umwelt zu fordern.
- Ein Aufruf, sich zu organisieren, um Femizid, Epistemizid, Soziozid und Völkermord ein Ende zu setzen.

Unsere Welt hat noch nie zuvor eine solche Zerstörungsrate erlebt. In den letzten hundert Jahren sterben nicht nur verschiedene Sprachen und Kulturen aus, sondern täglich auch zahlreiche Pflanzen- und Tierarten. Die kapitalistische Moderne und ihr Ursprung, das Patriarchat, haben uns nicht nur an den Rand der Zerstörung der menschlichen Gesellschaft, wie wir sie kennen, sondern auch unserer Welt gebracht. Es ist jedoch nicht alles hoffnungslos: Wenn wir eine kollektive Haltung einnehmen, können wir mit einer besseren Zivilisation – einer demokratischen Zivilisation – aus dem Chaos herauskommen, aber nur, wenn wir jetzt etwas dagegen unternehmen. Wir müssen nicht anderswo nach einer anderen Welt suchen; wir wollen unsere Welt zurück!

Liebe Freundinnen und Freunde,

vielleicht habt ihr an einer unserer letzten drei Konferenzen teilgenommen: »Die kapitalistische Moderne herausfordern I: Alternative Konzepte und der kurdische Aufbruch« im Jahr 2012; »Die kapitalistische Moderne herausfordern II: Kapitalistische Moderne sezieren – Demokratischen Konföderalismus aufbauen« im Jahr 2015; oder »Die kapitalistische Moderne herausfordern III: Demokratische Moderne entfalten – Widerstand, Rebellion, Aufbau des Neuen« im Jahr 2017. Drei Tage lang kamen Hunderte von Studierenden, Intellektuellen, Aktivistinnen und Aktivisten und Bewegungen zusammen und diskutierten nicht nur, was sie kritisieren oder welche Hindernisse es gibt, sondern auch, wie diese Hindernisse überwunden werden können und welche Alternativen diese Kritik hervorbringt. Viele Ideen aus der ganzen Welt und aus der kurdischen Freiheitsbewegung kamen zusammen, um unser kollektives Verständnis und unsere Praxis zu stärken.

Seit dem letzten Jahr führen wir Dialoge und in Diskussionen mit vielen Menschen auf der ganzen Welt, um zu bestimmen, was auf der vierten Konferenz diskutiert werden soll. Wir freuen uns, dass wir unter dem Namen »Die kapitalistische Moderne herausfordern IV: Wir wollen unsere Welt zurück! – Autonome Bildung und Organisierung« zusammenkommen werden.

Auch diese Konferenz findet am Osterwochenende statt, vom 10. bis 12. April 2020 in Hamburg. Auf dieser vierten Konferenz werden wir uns weiterhin auf die Kritik an der kapitalistischen Moderne konzentrieren, aber unsere Diskussionen haben uns gezeigt, dass es wichtiger denn je ist, über Alternativen nachzudenken, uns zu organisieren und uns zu bilden. Daher werden die Hauptthemen der diesjährigen Konferenz »Autonome Bildung und Organisierung« sein.

Wie bei jeder Konferenz möchten wir den möglichen Lösungen und Alternativen viel Zeit widmen. In diesem Jahr werden wir die Tradition der Arbeitsgruppen und Workshops fortsetzen. Es wird eine Ausschreibung für Workshops auf der Homepage geben. Bitte seht euch die Website für alle aktuellen Informationen an.

Die letzten beiden Konferenzen brachten nicht nur Intellektuelle zusammen, sondern gaben auch jungen Aktivistinnen und Aktivisten, Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Möglichkeit, ihre Ideen zu präsentieren. Auch bei dieser vierten Konferenz wollen wir wieder Brücken zwischen all diesen gesellschaftlichen Bereichen und Bewegungen, in Kurdistan und weltweit, bauen.

Die Themen der 3 Tage sind:

Tag 1: Die kapitalistische Moderne – das Multizid-Regime

- Ökozid
- Femizid
- Epistemizid
- Soziozid

Tag 2: Widerstand, Rückeroberung und Wiederaufbau

- Widerstand und Wandel beginnt in der Kunst
- Freies Leben aufbauen – Selbstverwaltung
- Freiheit als Lebensweise aufbauen (Informationen über Workshops und andere Ankündigungen werden in Kürze bekannt gegeben)

Tag 3: Wir wollen unsere Welt zurück – und zwar wie!

- Organisieren – Xwebûn
- Aufruf zu einem globalen demokratischen Konföderalismus von unten

Technische Informationen:

Datum: 10.–12. April 2020

Anmeldung: 08:00 Uhr morgens

Ort: Universität Hamburg, Audimax

Übersetzung: Simultan in Kurdisch, Englisch, Deutsch, Türkisch; eventuell Italienisch, Spanisch und/oder Französisch.

Verpflegung: Das Mittagessen kostet 3 € für angemeldete Teilnehmer; Tee, Kaffee und Wasser sind ebenfalls erhältlich.

Live-Stream: Die gesamte Konferenz wird in mehreren Sprachen übertragen.

Kulturelle Aktivitäten: Am Samstagabend finden kulturelle Aktivitäten statt.

Spenden in Höhe von mindestens 15 € werden zur Deckung der Kosten der Konferenz erbeten.

Unterbringung: Kostenlose Übernachtung in privaten Wohnungen, 9. bis 13. April 2020.

Die Anmeldung ist jetzt möglich; meldet euch frühzeitig an, um euch einen Platz zu sichern.

Bitte meldet euch unter registration@networkaq.net an und teilt uns mit, ob eine Unterkunft benötigt wird. Dies ist für eine reibungslosere Registrierung am Tag und zur Sicherung einer Unterkunft erforderlich.

Diese Konferenz wird vom AStA der Universität Hamburg und dem Network for an Alternative Quest veranstaltet.

Network for an AlternativeQuest:
Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan–Frieden in Kurdistan« • KURD-AKAD Netzwerk kurdischer Akademiker • YXK/JXK - Verband der Studierenden aus Kurdistan • Kurdistan Report • ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V. • Cenî e.V. – Kurdisches Frauenbüro für Frieden • Civaka Azad e.V. — Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit
AStA der Universität Hamburg

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Frauendorf Jinwar in Rojava: Ein Ort des kollektiven Lebens. Foto: Jinwar

Rückseite:
Hamburg: 10.–12. April 2020
Die kapitalistische Moderne herausfordern IV
Wir wollen unsere Welt zurück!

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Newroz 2020 in Frankfurt: Fest der Freiheit

Die kurdische Föderation KAWA lädt zur Teilnahme an der Newrozdemonstration mit anschließender Feier nach Frankfurt ein.

Jedes Jahr feiert die kurdische Gesellschaft in Deutschland das Neujahrsfest Newroz. In diesem Jahr findet am 21. März in Frankfurt eine bundesweite Demonstration statt. Angemeldet wurde die Demonstration und Kundgebung von der Demokratischen Föderation der Gesellschaften Kurdistans e.V. (KAWA). Die Veranstalter erwarten mehrere tausend Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet.

Es wird zwei Demonstrationszüge um 10 Uhr geben. Die eine Demonstration startet an der Alten Oper und die andere an der Bockenheimer Warte. Beide Demonstrationen treffen sich um 13 Uhr am Rebstockgelände zu einer Kundgebung. Das Newroz-Fest findet auf dem Rebstockgelände (Messe Frankfurt) statt.

Im Folgenden der Aufruf zum Newroz-Fest in Frankfurt:

Am 21. März feiern die Völker des Mittleren Ostens Newroz als Beginn des neuen Jahres und des Frühlings. Für uns Kurdinnen und Kurden ist Newroz zudem der Ausdruck unserer Bestrebungen für Frieden, Freiheit und Demokratie.

Leider ist der Mittlere Osten weiterhin ein Kriegsschauplatz, gezeichnet von zahlreichen ethnisch und konfessionell konnotierten Konfliktlinien sowie internationalen Interaktionen. Die jüngste Offensive der Türkei in Nordsyrien und die Spannungen im Kontext des Iran machen die Hoffnungen auf eine Befriedung der Region zunichte. Die völkerrechtswidrigen Angriffe der Türkei richten sich gegen eine von Pluralismus, Demokratie, Ökologie und Gendergerechtigkeit gezeichnete Region, in der zuvor zehntausende Menschen Zuflucht vor Krieg gefunden hatten. Eine weitere Flüchtlingskatastrophe ist somit hinzugekommen, neue Fluchtwellen nach Europa und vor allem Deutschland sind nicht auszuschließen. Zudem ist ein Erstarken des IS zu verzeichnen, nachdem er, vor allem durch den Einsatz der Demokratischen Kräfte Syriens, als besiegt galt. Die Entwicklungen in der Türkei, einem unter der AKP von Präsident Erdoğan autokratisch geführten Land, kommen hinzu. Tausende Politiker der progressiven HDP (Demokratische Partei der Völker), Journalisten, Schriftsteller und Akademiker sind in Haft, die HDP-Bürgermeister werden auf Anordnung des Innenministeriums durch Zwangsverwalter ersetzt und inhaftiert. Wir setzen uns nachdrücklich für die Freilassung dieser politischen Gefangenen ein!

Wir Kurdinnen und Kurden in Deutschland möchten Newroz 2020 zum Anlass nehmen, unsere Position gegen den Krieg und unser Lösungskonzept für Frieden in der Region zum Ausdruck zu bringen. Hiermit verbunden sind auch die Forderungen im Hinblick auf unser Leben in Deutschland, schließlich bilden wir die zweitgrößte Migrantencommunity des Landes. Noch immer werden wir nationalstaatlich subsumiert, was uns in Bezug auf zahlreiche Rechte, z. B. die Namensgebung, diverse Beratungsangebote im kommunalen Bereich oder das Recht auf herkunftssprachlichen Unterricht, vor große Herausforderungen stellt. Das Erstarken rechter Gesinnung kommt erschwerend hinzu.

All diese Herausforderungen, sowohl in Deutschland als auch in unserem Herkunftsgebiet, gilt es gemeinsam anzugehen. Unser Newrozfest, das wir in diesem Jahr in Frankfurt begehen, ist hierfür ein Anlass und Aufruf zugleich.

Setzen wir gemeinsam ein Zeichen für Frieden, Demokratie und Freiheit, gegen Rassismus, Ausgrenzung und Krieg!

Network for an Alternative Quest
http://www.networkaq.net/

Die kapitalistische Moderne herausfordern IV

WIR WOLLEN UNSERE WELT ZURÜCK!

Autonome Bildung und Organisierung



KONFERENZ

10 – 12 APRIL 2020

Adriana Guzman, John Holloway, Ayreen Anastas, Barry K. Gills, CIG, Rojava Film Commune, Radha D'Souza, Raul Zibechi, Andrej Grubacic, MST, David Graeber, Nazan Üstündag, Renee Gabri, Sina Reisch, Nika Dubrovsky, Harriet Friedman und andere...

UNIVERSITÄT HAMBURG / AUDIMAX

10. APRIL 2020

KAPITALISTISCHE MODERNE – DAS MULTIZID-REGIME

- ANMELDUNG
- ERÖFFNUNG
- SESSION I: ÖKOZID
- SESSION II: DAS MULTIZID-REGIME

11. APRIL 2020

WIDERSTEHEN, ZURÜCKFORDERN UND NEU AUFBAUEN

- SESSION III: WIDERSTAND UND VERÄNDERUNG BEGINNEN MIT KUNST
- SESSION IV: AUTONOME BILDUNG (WORKSHOPS) FREIHEIT SCHAFFEN ALS LEBENSFORM
- ABENDPROGRAMM: MUSIK

12. APRIL 2020

WIR WOLLEN UNSERE WELT ZURÜCK – UND SO GEHT'S!

- SESSION V: ORGANISIERUNG VON XWEBÛN / SELBSTSEIN
- SESSION VI: AUFRUF FÜR EINEN WELTWEITEN DEMOKRATISCHEN KONFÖDERALISMUS



NETWORK FOR AN ALTERNATIVE QUEST

Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan", KURD-AKAD - Netzwerk kurdischer Akademikerinnen, YXK – Verband der Studierenden aus Kurdistan, ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V., Kurdistan Report, Ceni – Kurdisches Frauenbüro für Frieden, Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit



www.networkaq.net - registration@networkaq.net

ISSN 0935–5375